

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,50 M.,
im voraus zahlbar. Postbezug 4,32 M.,
einjährlich 50 Pf. Postzeitung- und
72 Pf. Verteilungsgebühren. Auslands-
abonnement 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Samstags und Montags
einmal, die Abendausgaben für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, illustrierte Beilagen „Welt
und Zeit“ und „Kinderfreund“, Frauen-
unterhaltung und Wissen“, Frauen-
stimme“, „Leserbrief“, „Bild in die
Wohlfahrt“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Die einpaltige Konparierung
50 Pfennig, Reklamewerte 4.— Reichs-
markt. „Kleine Anzeigen“ des zeitge-
druckte Wort 25 Pfennig (täglich zwei
zeitgedruckte Worte), jedes weitere Wort
12 Pfennig. Stellengeluche des erste
Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort
10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt
Jelle 50 Pfennig. Familienanzeigen 30 Pf
60 Pfennig. Anzeigenannahme im Haupt-
gebäude Lindenstraße 3, wochenttäglich
von 9½ bis 17 Uhr.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Töndell 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkasskonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten Cassstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3

Rußlands Außenpolitik.

Der bolschewistische Janus.

Von Peter Garwy.

Sicherlich werden die Richtlinien der sowjetistischen Außenpolitik am wenigsten von den Sowjetkongressen bestimmt. Alle Fragen, die auf dem letzten Rätekongress behandelt wurden, waren bereits auf der Parteikonferenz oder richtiger gesagt, in der letzten Plenarsitzung des Zentralkomitees der KPdSU. im voraus entschieden.

Dennoch sind die Ausführungen des noch amtierenden, obwohl schon zur Hälfte kaltgestellten Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare, Rykow, über die Grundzüge der sowjetistischen Außenpolitik von großer Bedeutung. Der analytische Teil der großangelegten Rede bringt freilich nichts Neues. Das sind die bekannten Ideengänge der Komintern über die fortschreitende Verschärfung der Gegensätze der kapitalistischen Welt und über die Unvermeidlichkeit eines neuen Weltkrieges. Alle Konflikte seien dem Grundkonflikt zwischen England und den Vereinigten Staaten untergeordnet. Sowjetrußland sei der einzige Staat in der Welt, der aufrichtig und folgerichtig für die Abrüstung und für den Frieden kämpft. Daher sei der Schutz des „ersten Arbeiterstaates“ die Hauptpolitik des internationalen Proletariats.

Es muß gleich darauf hingewiesen werden, daß die Sowjetregierung sich diesmal in einer recht günstigen Lage befindet. Die imperialistischen Großmächte bieten leider durch ihre Sabotagepolitik in der Abrüstungsfrage die gewünschten Argumente für die bolschewistische Propaganda. Rykow wußte geschickt, den abenteuerlichen Charakter der sowjetistischen Außenpolitik, insbesondere im Osten (in China und Afghanistan) zu vertuschen und die Sowjetregierung als die einzige Friedensmacht inmitten der Hieberhaft zu neuen Kraftproben rüstenden imperialistischen Staaten hinzustellen.

Rykovs Ausgangspunkt ist die Feststellung, daß unter den bürgerlichen Regierungen zwei Tendenzen bestehen und einander bekämpfen, und zwar eine aggressive, die sich „die Vernichtung der proletarischen Diktatur“ zum Ziel setzt und eine friedliche, die das „Zusammenleben der beiden Wirtschaftssysteme“, der „sowjetischen“ und der „kapitalistischen“ — für möglich hält. Das Vorhandensein zweier Tendenzen — einer kriegerischen und einer friedlichen, im modernen Kapitalismus — wurde auch vom Brüsseler Sozialistenkongress festgestellt. Aber kann man nicht mit gleichem Recht behaupten, daß in der Außenpolitik der Sowjetmacht gleichfalls zwei Tendenzen, eine aggressive und eine friedliche, vorhanden sind?

Und in der Tat sind längst die Zeiten vorbei, da die bolschewistische Außenpolitik einen eindeutigen, geradlinigen Charakter trug und sich einzig und allein weltrevolutionäre utopische Ziele stellte. Mit der innerpolitischen „Repe“ kam im Frühling 1921 auch die außenpolitische. Als isolierter Staat konnte Rußland keinen Tag mehr aushalten. Die Sowjetmacht war gezwungen, die Fäden der internationalen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit den kapitalistischen Staaten wieder anzuknüpfen und zu pflegen. Aber die weltrevolutionäre Grundeinstellung war damit nicht aufgegeben. So trägt seither die Außenpolitik des Bolschewismus alle Zeichen einer Zweideutigkeit. Die Bedürfnisse des wirtschaftlichen Aufbaues drängen immer mehr nach einer Friedenspolitik; die spezifischen Interessen der bolschewistischen Parteidiktatur führen zur weltrevolutionären Partischpolitik, die mit einer folgerichtigen Friedenspolitik auf die Dauer unvereinbar ist. Anders die Bolschewisten mit der rechten Hand der Sowjetdiplomatie die normalen Beziehungen mit der kapitalistischen Umwelt anknüpfen und pflegen, greifen sie mit der linken Hand der Komintern wieder in das Gewebe der Friedensbeziehungen zerstörend ein.

Es war auch diesmal Rykovs Rede auf dem Rätekongress im großen Ganzen — trotz der offiziellen ideologischen Komintern-Ausrüstung — in recht freudlichem Ton gehalten. — abgesehen von einer Entgleisung in bezug auf Polen, die an das Säbelraseln von einst bedenklich anklang. Jede Kundgebung des Friedenswillens der Sowjetregierung ist zu begrüßen. Auch das russische Volk braucht vor allen Dingen Frieden. Aber die Begeisterung für die bolschewistische Friedfertigkeit verblaßt einigermaßen, wenn man die gleichzeitige Kundgebung des Bürgerkriegswillens der von Moskau geleiteten Komintern in Betracht zieht.

Fast zu derselben Zeit, in der Rykow seine Friedensrede in Moskau hielt, hat in Brüssel (und nicht in Moskau?) eine Konferenz der 13 größten kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder (also ohne Rußland?) stattgefunden, die durch das „Westeuropäische Bureau“ der Komintern einberufen wurde. Man muß die Ausführungen Rykovs und die Entschuldigungen der Brüsseler Konferenz einander gegenüberstellen, um die Zweideutigkeit der bolschewistischen Außenpolitik festzustellen, die wahrhaftig dem römischen Gott Janus ähnlich ist, der bekanntlich zwei Gesichter gehabt hat. Man kann nicht in einem Atemzuge Weltfrieden und „Weltrevolution“ predigen, man kann nicht diplomatische und handelspolitische Beziehungen

Macdonalds Kabinett.

Inneres Clynes, Außerer Henderson, Arbeitsbeschaffung Thomas, auch Lansbury Minister.

London, 6. Juni. (Eigenbericht.)

Es kann nunmehr als sicher gelten, daß Arthur Henderson, der Präsident der sozialistischen Arbeiterinternationale, Außenminister im zweiten Kabinett Macdonald sein wird. Arthur Greenwood wird das Ministerium für Volksgesundheit und Clynes, der Führer der Fabrikarbeiter, das Innenministerium erhalten. Thomas wird Minister für Arbeitsbeschaffung. Sein offizielles Amt wird der Posten des Lord Groß-Siegelbewahrers sein, das mit einem Portefeuille nicht verbunden ist.

Die Ernennung Thomas hat in der Arbeiterpartei große Befriedigung hervorgerufen. Thomas erklärte heute, er habe die schwierige, mit seinem Amte verbundene Verantwortung übernommen, weil Macdonald und er das Arbeitslosenprogramm als das eine große dringende Problem ansehen.

Eine für die internationale sozialistische Bewegung überaus interessante Berufung ist die Einbeziehung Georg Lansburys, des greifen Vorkämpfers der Kämpfer der Armen unter dem britischen Proletariat, in das Kabinett. Lansbury wird das

Ministerium für öffentliche Arbeiten übernehmen und in enger Verbindung mit Thomas arbeiten. Die Ernennung ist um so bemerkenswerter, als Lansbury 1924 den ihm angebotenen Ministerposten abgelehnt hat. Lansbury gehört zur Linken der Partei. Er hat in früherer Zeit aus seiner Sympathie für die Kommunisten keinen Hehl gemacht. Seit dem Birminghamer Parteibeschluß der Arbeiterpartei gegen die Kommunisten hat er die loyalste Haltung gegenüber der Partei und Macdonald eingenommen. Sein Eintritt in das Kabinett stellt die Erfüllung eines Wunsches der Mehrheit der Fraktion der Arbeiterpartei dar; für das Kabinett bedeutet er eine gewisse Befreiung gegenüber den bürgerlichen Parteien.

Der als Liberaler in Preston gewählte bekannte Rechtsanwalt W. M. Jowett ist zur Arbeiterpartei übergetreten. Jowett gilt als einer der fähigsten britischen Rechtspraktiker. Er dürfte den Posten eines obersten Staatsanwalts (Attorney-General) mit Kabinettsrang bekleiden.

Mit dem Uebertritt eines zweiten Liberalen Abgeordneten zur Arbeiterpartei wird gerechnet.

(Siehe auch 3. Seite.)

Antwort an Curtius.

Sozialdemokratische Erklärung zur Arbeitslosenversicherung.

Im Reichstag sprach am Donnerstag zum Wirtschaftsstat

Abg. Brandes (Soz.):

Der Reichswirtschaftsminister hat gestern in einer Rede gegen meinen Freund Krähig folgende Ausführungen über das Problem der Arbeitslosenversicherung gemacht:

„Die Arbeitslosenversicherung ist ein großer sozialer und wirtschaftlicher Fortschritt. Aber es steht schon heute fest, daß wir die Gesehgebung, Verwaltung und die Finanzen überspannt haben, und daß schwere Schäden der Arbeitsmoral eingetreten sind. Wir müssen eine grundlegende Reform der Arbeitslosenversicherung durchführen, und dabei kann auch der bisher gesteckte Kreis der Versicherungspflichtigen nicht unangetastet bleiben. Unmöglich können wir diese Reform mit Beitragserhöhungen beginnen.“

Durch diese Rede von der Ministerbank konnte der Eindruck erweckt werden, als sei die Materie vom Kabinett bereits abschließend geregelt. Doch das ist der Fall nicht, steht fest:

Herr Curtius kann also nur seine persönliche Meinung und die der ihm nahestehenden Kreise ausgesprochen haben.

Das nötigt die sozialdemokratische Fraktion, auch bei dieser Ge-

legenheit noch einmal ihren Standpunkt zu vertreten. Es ist derselbe, den ihre Redner bei den Reichstagsberatungen über den Haushalt des Reichsarbeitsministeriums gemäß dem bekannten Beschluß ihrer Fraktion festgelegt haben.

Dieser Beschluß besagt, daß die sozialdemokratische Fraktion bereit ist, einer notwendigen und beschränkten Beitragserhöhung zuzustimmen. Sie ist auch zur Beilegung nachweislich bestehender Mißstände bereit. Sie verlangt aber die Fortführung der Sonderfürsorge bei berufstätlicher Arbeitslosigkeit.

Wir bedauern es, daß der Reichswirtschaftsminister trotz der Anerkennung, daß die Arbeitslosenversicherung einen großen sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt darstellt, gemeint hat, Gesehgebung, Verwaltung und Finanzen seien überspannt worden.

Seine Behauptung, daß dadurch „schwere Schäden der Arbeitsmoral“ eingetreten sind, weisen wir als bisher völlig unbewiesen entschieden zurück.

(Lebh. Zust. d. Soz.) Bedauerliche Einzelfälle sind keine Rechtfertigung für einen so schweren Vorwurf gegen Millionen arbeitssamer Menschen, die jede Gelegenheit zur Wiederbeschäftigung mit Freuden ergreifen haben. Wenn 2½ Millionen Erwerbslose trotz schwerster Notlage viele Monate hindurch geduldet alle damit ver-

mit den anderen Staaten pflegen und gleichzeitig in ihnen den Bürgerkrieg schüren. Man wende nicht ein, daß die Sowjetregierung mit den Komintern nichts gemein habe. Die Sowjetdiplomatie und die Komintern sind zwar zwei verschiedene Hände, aber von einem Kopf geleitet, der auf den breiten Schultern Stalins sitzt.

Die eigenartige „Arbeitsstellung“ führt dazu, daß auf ein und dieselbe Frage zwei einander entgegengesetzte Antworten gegeben werden. So stellt Rykow in seiner Rede fest, daß „Englands Versuch, eine Einheitsfront gegen uns zu organisieren, für die gegebene Zeit mißlungen ist.“ Die Entschließung des Rätekongresses fügt hinzu, daß es der Sowjetregierung gelungen sei, die außenpolitische Stellung der Sowjetunion zu verstärken und „die unmittelbare Kriegsgefahr zu verschieben.“ Die Brüsseler Konferenz behauptet dagegen, daß „die Organisierung des imperialistischen Krieges gegen die Sowjetunion in eine aktuelle Phase eingetreten ist.“ Rykow sagt: „In der letzten Zeit wegen viele Tatsachen dafür, daß die Tendenz zur Aufrechterhaltung der friedlichen ökonomischen Beziehungen mit uns stärker geworden ist.“ Die Brüsseler Entschließung spricht von der Gefahr der gerade in der letzten Zeit zum Vorschein getretenen Verstärkung der Verleumdungskampagne gegen die Sowjetunion.“ Rykow stellt fest, daß „acht Jahre normale Beziehungen mit Deutschland die Richtigkeit und

gegenseitige Rücksicht der Grundlagen bewiesen haben, auf denen diese Beziehungen aufgebaut sind und auch zukünftig sich entwickeln werden.“ Die Brüsseler Konferenz spricht von „dem entschiedenen Uebergang Deutschlands unter der ideologischen und organisatorischen Führung der Sozialdemokratie zur antisowjetischen Front“.

Genug damit. Zwei Seelen in einer Brust — zwei Zungen in einem Mund. Eine außenpolitische Konzeption für die bürgerliche Welt, für die Sowjetdiplomatie, die in Genf Friedenspolitik treibt, Handelsverträge abschließt, langfristige Kredite sucht, Anerkennungen verlangt und vorbereitet. Eine andere für die proletarische Umwelt, der eine eigenartige „Zusammenbruchstheorie“ vorgeführt wird, um sie im Interesse des Fraktionskampfes Stalins und seiner Ablenkungsmanöver in neue Straßenkämpfe und Bürgerkriege hineinzuhetzen.

Die westeuropäische Arbeiterschaft tut gut daran, wenn sie nach wie vor die Friedenstendenzen der Sowjetmacht begrüßt und unterstützt. Aber sie hat auch recht, wenn sie die „neue Taktik“ der Komintern auf das Entschiedenste bekämpft. Denn diese Taktik gefährdet den Weltfrieden, indem sie seine stärkste Stütze, die internationale Sozialdemokratie, zu sprengen sucht, und durch die sinnlosen Putzversuche im Westen und im Osten die gefährliche Isolierung Sowjetrußlands verstärkt.

Es bleibt bei § 218.

Sozialdemokratische Anträge im Strafgesetzbuch abgelehnt.

Der Strafgesetzbuch gestern die Beratung des Abtreibungsparagrafen fort.

Reichsjustizminister von Guérard

wandte sich entschieden gegen die sozialdemokratischen und kommunistischen Änderungsanträge. Als Vertreter der Reichsregierung müsse er einer Einschränkung der Strafbarkeit widersprechen. Auch bei Freigabe der Abtreibung durch einen Arzt würde die Kurpfuscherei nicht beseitigt werden, da sie stets billiger sei als die Ärzte. Wenn auch nur ein geringer Teil der vorgenommenen Abtreibungen zur Bestrafung führe, so liege es nicht anders als bei anderen Strafbestimmungen. Wegen der Schwere der Strafbestimmung könne man nicht davon absehen, eine Handlung als strafbar zu bezeichnen. Die Strafbarkeit der Abtreibung ergab sich aus der Notwendigkeit, die in Frage kommenden Rechtsgüter zu schützen: Die Lebenskraft, die Schwangerschaft, den Erzeuger, Staat und Sittlichkeit. Ein dieser Rechtsgüter werde stets in empfindlicher Weise gestört. Durch die Abtreibung werde wertvolles Menschenleben vernichtet. Außerdem sei die Abtreibung in keinem Falle gefahrlos. Sterblich der Frau sei als Folge wiederholter Eingriffe zu befürchten. Der Geburtenüberschuß sei jetzt schon stark zurückgegangen. Bei Freigabe der Abtreibung würde die Geburtenzahl sich noch mehr verringern. Eine Verwilderung der Sitten und eine weitere Zerrüttung der Ehe ließe sich befürchten. Der Gesetzentwurf berücksichtige bereits milder liegende Fälle. Er gestatte auch die Abtreibung aus medizinischen Gründen, weiter dürfe man nicht gehen.

Abg. Dr. Moses (Soz.)

hob zur Begründung der sozialdemokratischen Anträge hervor: Nicht durch Strafbestimmungen, sondern lediglich durch Besserung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse sei es möglich, die Verhältnisse zu beseitigen, die zur Bornahme von Abtreibungen führten. Nur steigende wirtschaftliche Not, ungünstige Ernährungs-, Lohn- und Wohnungsverhältnisse hätten zur Zunahme der Abtreibungen in den letzten Monaten geführt. Es sei eine Täuschung, in der Zunahme der Abtreibungen ein moralisches Hinuntergleiten des Volkes zu erblicken.

Mit Moral hätten diese Vorgänge überhaupt nichts zu tun. Außerdem gebe es keine absolute Moral. Was heute erlaubt sei, ist früher als unerlaubt angesehen worden. Auch in den verschiedenen Schichten des Volkes herrschten verschiedene Auffassungen über Moral und Sittlichkeit.

Auch die katholischen Bemühungen, durch Hirtenbriefe die Abtreibungen einzudämmen, seien vergeblich gewesen. Die sozialen Räte machten sich eben überall geltend. Die Zunahmen der Abtreibungen bewiesen durchaus kein Zurückgehen der Sittlichkeit des Volkes. Wenn gerade von Vertretern der besitzenden Klasse der Arbeiterhaft gepredigt werde, Abtreibungen zu unterlassen, so sei dies nichts anderes als Heuchelei, da besonders in den besitzenden Klassen Abtreibungen an der Tagesordnung seien. Man könne den Frauen der Arbeiterklasse nicht von einer Geburtenpflicht sprechen, solange der Staat nicht die Nährpflicht anerkenne und erfülle. Man soll auch endlich aufhören, von den verheerenden Folgen des Geburtenrückgangs und von einem sterbenden Volke zu sprechen. Das sei geradezu Unfug.

Man solle lieber gesunde und wirksame Bevölkerungspolitik treiben.

Das sei bedeutungsvoller. Man übertreibe auch die Zahl der erfolge von Abtreibungen eintretenden Todesfälle. Habe man doch sogar behauptet, daß jährlich 44 000 bis 48 000 Frauen an den Folgen der Abtreibung sterben, eine unmögliche Zahl, da die Zahl der Frauen, die zwischen dem 18. und 45. Lebensjahr sterben, überhaupt nur 59 000 betragen. Heute geschehe die Unterbrechung der Schwangerschaft durch Ärzte in ungenügender Weise, und zwar nicht nur in den Großstädten, sondern auch in den kleineren Städten, in den evangelischen wie auch katholischen Gegenden. Wenn der Abgeordnete Beil gefogt habe, daß bei Aufhebung des Abtreibungsparagrafen Deutschland zur Abtreibungsgeißel würde, so sei dies ganz unzutreffend, da auch die Frauen im Ausland genügend Möglichkeiten zur Bornahme von Abtreibungen hätten.

Gegen den jetzigen Abtreibungsparagrafen sprache auch seine Handhabung in der Praxis. Sei es doch vorgekommen, daß man in Württemberg, um einen Arzt wegen Abtreibung verurteilen zu können, nicht weniger als 2000 seiner Patientinnen verhört habe. In sechs Fällen sei es dann zur Anklage gekommen, aber auch in diesen Fällen Freisprechung erfolgt.

Mindestens müsse die Abtreibung strafflos sein, in den ersten drei Monaten der Schwangerschaft oder wenn die Geburt eines fieschen oder geistig minderwertigen Kindes zu erwarten sei, wenn schwerer wirtschaftlicher Notstand das Kind ermarcel oder wenn die Schwangerschaft auf Notzucht oder Schändung eingetreten sei.

Die heutige Abtreibungsgeißel werde durch keinen Strafparagrafen beseitigt werden können. Eine Frau, die ihre Frucht befeitigen wolle, werde immer Mittel und Wege finden. Wenn sie den Arzt nicht in Anspruch nehmen könne, würde sie sich in die Hände von unzuverlässigen Elementen begeben müssen, und sich der Lebensgefahr aussetzen. Nur die ersaubte Hinzuziehung eines Arztes werde die wirklich schwere Schädigung der Volksgesundheit auf ein geringes Maß herunterdrücken. Es sei eine wichtige Aufgabe, die Kenntnis von den Möglichkeiten eines vorbeugenden Geschlechtsverkehrs zu verbreiten. Die Frage der Geburt eines Kindes dürfe nicht vom Zufall, sondern von dem bewußten Willen der Eltern abhängig sein. Man soll endlich modernen Gebarten die Bahn öffnen und die sozialdemokratischen Anträge freigegeben.

Abg. Rahl (Dr. Sp.) wandte sich gegen die sozialdemokratischen Anträge. Er könne sich unter keinen Umständen für die Straflosigkeit der Abtreibung entscheiden. Ganz abgesehen von ethischen, sozial- und bevölkerungspolitischen Gründen sei es juristisch unmöglich, einer Frau die Verfügungsfähigkeit zu geben auch über eine im weiblichen Körper vorhandene lebende Frucht. Es sei gewiß richtig, bei milden Fällen Strafmäßigung, unter Umständen Straffreiheit eintreten zu lassen. Aber an der Strafbarkeit der Abtreibung müsse festgehalten werden.

Abg. Hölein (Komm.) machte längere Ausführungen zur Begründung des Standpunktes seiner Fraktion, die Strafbarkeit der Abtreibung zu beseitigen.

Abg. Emminger (B. Sp.) erhob gegen alle Einschränkungen der Strafbarkeit von Abtreibungen Widerspruch.

Die sozialdemokratischen Anträge wurden abgelehnt. Fortsetzung der Beratung Freitag 10 Uhr.

bundenen Seiden ertragen haben, so sticht das Verhalten der Arbeitslosen sehr zu ihrem Vorteil von jenen Gemakalten ab, die von anderen Bevölkerungskreisen durch den Sturm auf Finanzämter usw. verübt wurden. (Stürmische Zustimmung links.)

Wenn die sozialdemokratische Fraktion eine beschränkte Erhöhung der Beiträge angerenkt hat, so ist das aus dem Verantwortungsbewußtsein für die Erwerbslosenversicherung und die Reichsfinanzen gebunden. Eine übermäßige Belastung des Reiches kann ebenso wie ein Abbau der Leistungen oder eine Einschränkung des Personenkreises nur vermieden werden durch eine Erhöhung der Beitragseinnahmen. Sie wird die Reichsfinanzen um so stärker entlasten, je eher sie beschloffen und durchgeführt wird. Wer die Entlastung der Reichsfinanzen wünscht, aber auch die Erhöhung der Beiträge ablehnt, kann sich nur den materiellen Abbau der Versicherungsleistungen als Ziel gestellt haben.

Diesen Bestrebungen aber wird die sozialdemokratische Fraktion auf das entschiedenste Widerstand leisten.

(Lebh. Zustimmung der Soz.)

Der Machtkampf der Schwerindustrie.

Die nordmeckliche Eisenindustrie hat im letzten Winter über 200 000 Arbeiter ausgesperrt, weil ein Schiedspruch des Reichsarbeitsministers, der übrigens nur sehr bescheidene Verbesserungen brachte, den aber die Arbeiter angenommen hatten, für verbindlich erklärt wurde. Die erregte Öffentlichkeit forderte damals Maßnahmen, die die Wiederholung eines solchen Vorgehens verhindern. Die Ruhrindustrie hatte das mächtige Instrument, das ihr der Besitz der Produktionsmittel gibt, nicht nur zu einem Schlag gegen die Staatsautorität mißbraucht, sondern zugleich Millionen Menschen das zum Lebensunterhalt notwendige Einkommen entzogen, dem Geschäftsleben in einem der bedeutendsten Gebiete schwersten Schaden zugefügt und die deutsche Gesamtwirtschaft außerordentlich benachteiligt. Schon damals hat meine Fraktion erklärt, daß sie beim Wirtschaftsetat darauf zurückkommen werde. Solche Maßnahmen sind um so notwendiger, als

die Schwerindustrie einen neuen Machtkampf vorbereitet.

Auf der Tagung der Eisenhüttenleute hat einer der führenden Männer ausgesprochen, es wäre gut, jetzt schon zu betonen, daß eine allgemeine Lohnerhöhung, wie auch die Wirtschaftslage sein werde, nicht erfolgen dürfe, bei einer verschlechterten Wirtschaftslage oder unbedeutend ein Lohnabbau eintreten müsse. (Lebh. hört! hört! links.) Zur Durchführung dieser Politik soll durch Querverbindungen eine von der Schwerindustrie angeleitete Einheitsfront gegen die Arbeiterhaft errichtet werden. Man kann über den Wert solcher Drohungen verschiedener Meinung sein — auf die Gewerkschaften werden sie keinen Eindruck machen —, aber sie zeigen doch einen Hochmut gegen die Arbeiterhaft und eine Mißachtung des Staates, die man nicht ruhig hinnehmen kann.

Auf dieser Tagung ist auch gesagt worden, daß ein rechtlich unannehmbarer Schiedspruch im November 1928 den Kampf nicht verhindert hätte, der vielmehr in noch schärferer Form geführt worden wäre. (Hört! hört! links.) Das bestätigt, daß ein neuer Kampf vorbereitet wird, um die Forderung der Arbeiter, an den Erfolgen der Rationalisierung, wenn auch nur in bescheidener Weise teilzunehmen, auf absehbare Zeit zu erfüllen.

Regelung der Eisenwirtschaft.

Die Jahre 1926 und 1927 zeigen eine außerordentlich günstige Entwicklung der deutschen Eisenindustrie und im letzten Jahre wird sie sich nicht verschlechtern, sondern noch verbessert haben.

Trotz erhöhter Leistung sind die Löhne kaum höher als 1913! Die Rationalisierung ist gerade in der Schwerindustrie außerordentlich weit fortgeschritten. Es ist eine Täuschung, wenn behauptet wird, die Eisenindustrie wäre nicht in der Lage, bessere Arbeitsbedingungen zu gewähren.

Leider fehlt es noch fühlbar an statistischem Material. Wir brauchen ein Organ, das all dieses Material sammelt und zur Verfügung stellt. Der Rohisenpreis ist im vorigen Jahre zweimal erhöht worden. Die Wirtschaft war besonders durch die Januarerhöhung auf das äußerste überrascht. Damals war dem Reichswirtschaftsminister zugesagt worden, daß ihm sämtliche Beschlüsse und der Schriftwechsel der Eisenindustrie rechtzeitig übermittelt werden würden, damit er dazu Stellung nehmen könne. Das ist aber nicht geschehen. Und trotzdem ist kürzlich wieder der Rohisenpreis erhöht worden. Auch ein Zeichen der Achtung dieser Herren vor dem Staat! (Sehr richtig! links.)

Die letzte Eisenpreiserhöhung hatte die sofortige Wirkung einer hinaufschraubung der Gleispreise, aber gleich um das Dersache der Eisenpreiserhöhung.

Für die weiterverarbeitenden Industrien, besonders den Großmaschinenbau, war das außerordentlich empfindlich. Und das in einer Zeit, wo immer noch viele Hunderttausende Arbeitslose auf der Straße liegen, so daß eine Preissteigerung und nicht eine Preisermäßigung eintreten müßte, damit die Arbeitslosenzahl sinkt. Man hat dann gut über Immoralität reden und für die Arbeitslosen Worte der Berurteilung zu finden, während man das, was für sie geschehen könnte, unterläßt. Deutschland hat die teuersten Eisenpreise für seine Industrie, während die englische Industrie sogar viel höhere Löhne zahlt als die deutsche. Die Eisenindustriellen können eine solche Politik treiben, weil sie das Monopol haben und weil sie nicht nur gegen die Arbeiterhaft, sondern

auch gegen die weiterverarbeitenden Industrien und gegen die gesamte Wirtschaft zusammengekehrt sind.

Das wäre zu begrüßen, wenn damit ein Weg zur Höherentwicklung in gemeinwirtschaftlichem Sinne gegeben und die Industrieprodukte dadurch verbilligt würden. Davon ist aber keine Rede, sondern die Konzentration sucht immer mehr politischen Einfluß auszuüben. Sie hat internationalen Umfang und hat erreicht, daß auch die Eisenindustrie über die Eisenindustrie geht, so daß die deutschen Verbraucher keinen Vorteil davon haben. Das alles beweist, wie dringend notwendig ein Organ ist, das in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung dem Staat und der gesamten Wirtschaft die Kontrolle aller Maßnahmen in dieser mächtigen Industrie ermöglicht. Der Artikel 156 der Reichsverfassung gibt uns das Recht dazu und die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse erzwingen es. Überdies besteht noch die Verordnung über den Eisenwirtschaftsbund. Aber der ist nicht mehr tätig und hat sich durch seine Unzulänglichkeit selbst ausgeschaltet. Wir brauchen ein Organ für die

Regelung der Gesamtproduktion und des Absatzes der Eisenindustrie einschließlich des Erzbergbaues und des Grobhandels sowie des Ein- und Verkaufs von Eisen und Schrott. Bestimmungen darüber sollen von der Genehmigung dieser Stelle abhängig gemacht werden. Das Organ soll berechtigt sein, Vertreter der Arbeiter und Angestellten in den Ausschüssen der Eisenwirtschaftsverbände zu entsenden, für syndizierte Produkte die Preise festzusetzen und die nichtsyndizierte Höchstpreise zu bestimmen.

Es soll paritätisch aus Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter zusammengesetzt und durch das Reichswirtschaftsministerium die gemeinschaftlichen Interessen vertreten werden. Wir brauchen dieses Organ, damit Staat und Gesamtwirtschaft jederzeit klaren Einblick und das Recht des Eingriffs gegen Maßnahmen haben, die die Gesamtwirtschaft oder den Staat in irgendeiner Form schädigen. Nur so kann eine rücksichtslose Ausnutzung der Eisenverbraucher verhindert und nur so Sicherheit gegeben werden, daß Erzeugungs-

kosten und Preisgestaltung, Löhne und Arbeitsbedingungen in gemeinmöglicher Weise festgesetzt werden. Nur so kann die Arbeit einer kleinen Zahl mächtiger Industriegewaltigen durchkreuzt werden, die nicht nur eine Diktatur über die Arbeiter und Angestellten, sondern über die Gesamtwirtschaft und den Staat ausüben wollen.

Ein Volk wie das deutsche, das an der Spitze seines Staates einen Despoten nicht mehr duldet, wird Despoten auch nicht auf wirtschaftlichem Gebiet haben wollen.

(Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Im Interesse Schlesiens, das seit dem Kriege besonders schwer zu leiden hat, dürften Aufträge nicht ins Ausland gegeben werden, die von den hochstehenden schlesischen Werken mindestens ebensogut ausgeführt werden könnten. Besonders darf das nicht geschehen, wo es sich um staatliche Aufträge handelt. Wir fordern Sie auf, für unsere Entschließung zu stimmen, die ein Eisenwirtschaftsorgan verlangt, wie ich schon seine Aufgaben dargelegt habe. (Lebhafter anhaltender Beifall bei den Soz.)

Berlängerung des Republikshutzgesetzes

Im Reichsrat mit verfassungsgändernder Mehrheit beschlossen

Der Reichsrat hielt am Donnerstagnachmittag eine öffentliche Sitzung unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Zweigert ab und erledigte eine Reihe kleinerer Vorlagen.

Der Reichsrat beschäftigte sich ferner mit der Regierungsvorlage, wonach das Republikshutzgesetz, dessen Geltungsdauer demnächst abläuft, noch weitere drei Jahre in Geltung bleiben soll, da noch nicht abzusehen ist, wann das neue Strafgesetzbuch in Kraft treten kann, das die wesentlichsten Bestimmungen des Republikshutzgesetzes übernehmen soll.

Ein Antrag Bayerns, die Geltungsdauer des Gesetzes nur auf ein Jahr zu verlängern und den § 23 (Kaiserparagraf) zu streichen, fand nicht die genügende Unterstützung. Der bayerische Gesandte v. Preger hatte zur Begründung des Antrages ausgeführt, daß die bayerische Regierung auch die Aufrechterhaltung der materiellen Bestimmungen des Gesetzes für notwendig und ihre möglichst baldige Einarbeitung in das ordentliche Strafrecht für erwünscht halte. Letzteres könne aber sehr wohl auch im Wege einer Gesetzesnovelle erfolgen. Die bayerische Regierung befrachte, daß die Verlängerung um drei Jahre dazu beitragen könnte, die Einarbeitung in das ordentliche Strafrecht zu verzögern. Die in § 23 vorgesehene Ausweitung verstoße gegen allgemein anerkannte Grundsätze des Staats- und Völkerrechts.

In namentlicher Abstimmung wurde die Regierungsvorlage mit 62 gegen 4 Stimmen angenommen, also mit ungenügender verfassungsgändernder Mehrheit. Gegen die Vorlage stimmten nur die Vertreter der preußischen Provinzen Ostpreußen, Brandenburg, Pommern und Niederschlesien.

Die Ablehnung der Vorlage durch die deutschen nationalen Provinzialvertreter Preußens ist charakteristisch. Sie zeigt — wie schon so oft — wieder einmal, daß für die Stellungnahme dieser Herrschaften nicht die Belange Preußens oder die ihrer Provinzen, sondern ausschließlich das deutsche nationale Parteinteresse maßgebend ist. Die preußischen Provinzialvertreter gehören dem Reichsrat nicht als Mitglieder ihrer Partei, sondern als Vertreter preußischer Organe an. Die Logik spricht deshalb dafür, daß ihre Stimmen einheitlich im Sinne der preußischen Politik abgegeben werden. Insofern

ist die einheitliche Abgabe preußischer Stimmen im Reichsrat ein staatspolitisches Erfordernis, das endlich auch von der Zentrumsfraktion des Preußischen Landtags eingesehen werden sollte. Ohne ihre passive Resistenz gegen dieses Erfordernis hätte der Zustand, daß preußische Provinzialvertreter im Reichsrat deutschnationale Politik gegen die Preußische Regierung treiben, längst aufgehört.

Das preußische Konkordat.

Die Presse wird unterrichtet.

Die für Freitag angelegte Sitzung im Preußischen Staatsministerium, in der die Fraktionen des Preußischen Landtags über den Inhalt des Konkordats unterrichtet werden sollen, wird am Freitag vormittag 11 Uhr beginnen.

Es wird zunächst eine Besprechung mit den Koalitionsparteien (Zentrum, Sozialdemokraten und Demokraten) stattfinden. Am Nachmittag werden die übrigen Parteien unterrichtet. Die Vorlage dürfte am 17. Juni an den Staatsrat gelangen. Der Staatsrat, der für den 18. Juni auf etwa vier Tage einberufen ist, um neben kleinen Vorlagen insbesondere das Städtebaugesetz zu beraten, wird sich voraussichtlich in diesem Sitzungsabschnitt auch mit der Konkordatsvorlage befassen.

Es ist zu erwarten, daß die Vorlage sodann noch vor den Sommerferien auch das Plenum des Landtags, das bekanntlich am 25. Juni auf etwa drei Wochen zusammentritt, beschäftigen wird. In einer Besprechung, die einige Tage vor dem 17. Juni stattfinden soll, wird die Regierung über den Inhalt des Konkordats der Presse Mitteilung machen.

Genosse Heinrich Ströbel begeht heute seinen 60. Geburtstag. Fast gleich könnte er auch sein 40jähriges Jubiläum als sozialdemokratischer Publizist feiern, denn schon 1889 hatte der junge Student aus Helsen zu schreiben angefangen, und als Dreißigjähriger bezog er die Redakteurstube des „Volksblatt“ in Kassel. Es folgte eine siebenjährige Tätigkeit an der „Volkszeitung“ in Kiel, die ihm einen Ruf in die Redaktion des „Vorwärts“ eintrug. Hier wirkte Genosse Ströbel ein halbes Menschenalter als politischer Redakteur mit großer Sachkenntnis und nie ermüdendem Fleiß. Bierundsechzig Quartalsbände aus der Zeit von 1900 bis 1916 tragen die Spuren seiner Arbeit und in vielen Spalten des Gepräges seines Geistes. An Kämpfen hat es in dieser Zeit und später nicht gefehlt; stets hat Ströbel dabei seinen Standpunkt auf jede Konsequenz hin vertreten, aber stets auch hat er sich bemüht, die kameradschaftlichen Formen zu wahren und den Weg zu menschlichem Sichverstehen zurückzuführen. — Als Parlamentarier hat Ströbel in der Vorkriegszeit im Dreiklassenhaus seinen Mann gestanden, seit 1924 gehört er als Vertreter von Chemnitz-Zwickau dem Reichstag an. Der Novembersturm 1918 trug ihn mit an die Spitze der preußischen Regierung, die er jedoch, infolge der bekannten Konflikte, bald wieder verließ. Erinnert man sich noch der zahlreichen Bücher, die Genosse Ströbel geschrieben hat, so rundet sich das Bild einer rastlosen und sympathischen Kämpferpersönlichkeit, die in der Partei oft Gegner, nie einen Feind gefunden hat. Herzliche Glückwünsche geleiten heute den Sechzigjährigen in das neue Lebensjahrzehnt!

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat beschloffen, für die zweite Rate des Panzerkreuzers A zu stimmen.

Das milde Urteil in Oppeln gegen die Latentkreuzer, die die polnischen Schauspieler überfallen und mißhandelt haben, wird von der Staatsanwaltschaft durch Berufung angefochten.

„Diese Krise brauche ich jetzt.“

Die Katastrophepolitik der Schwerindustrie.

Die gestrige Reichstagsdebatte hat eine außerordentlich lehrreiche Enthüllung gezeigt: der Demokrat Georg Bernhard, von dem Schwerindustriellen Klönne überaus scharf angegriffen, teilte in seiner Entgegnung Einzelheiten aus der Besprechung mit, die zwischen den deutschen Sachverständigen und den Vertretern der Schwerindustrie seinerzeit auf Billa Hügel stattgefunden haben. Danach hat der Führer des Stahlstrusses Thyssen, als Schacht ihn auf die katastrophalen Folgen eines Scheiterns der Pariser Verhandlungen für die deutsche Wirtschaft hinstellte, mit den frivolen Sätzen geantwortet: Diese Krise brauche ich jetzt. Dann ist die Lohnfrage und die Reparationsfrage auf einmal beseitigt.

Diese Worte beleuchten den Jnnismus einer Politik, die von der Schwerindustrie nicht erst seit heute und gestern getrieben wird. Immer wieder hat die Schwerindustrie auf Katastrophen hingearbeitet. Bernhard hat bereits auf die verhängnisvolle Rolle hingewiesen, die Hugo Stinnes in Spa zu spielen versuchte; man kann auch die Vorgeschichte des Ruhrstreiks hierher rechnen. Bekanntermaßen hat die Schwerindustrie damals mit dem Gedanken gespielt, nach völligem Zusammenbruch der staatlichen Gewalt ein „wirtschaftliches Herzogtum“ im Westen zu errichten, in dem die Industriekapitäne, unbeengt von irgendwelchen staatlichen Behörden, nach Belieben schalten und walten könnten. Als das Ruhrabenteuer zusammenbrach, verstanden sie es, vor allen anderen mehr als 700 Millionen Goldmark Entschädigung aus der Reichskasse zu ergattern. Ihren Arbeitern aber, die sie während des Kampfes nicht genug als „treue Bundesgenossen“ gepriesen hatten, legten die Schwerindustriellen sofort die Lasten des Kampfes auf durch Befestigung des Achtstundentages und Senkung der Löhne!

So hat die Schwerindustrie allerdings bewiesen, daß sie bei Katastrophen herrlich im trüben zu fischen versteht, daß ihr Geschäft auch dann noch blüht, wenn dem deutschen Volk der Atem ausgeht. Kein Wunder, daß die Herren auf neue Katastrophen Appetit haben. Die Absicht liegt ja auch klar auf der Hand: „Dann ist mit der Reparationsfrage auch die Lohnfrage auf einmal beseitigt.“

Die Lohnfrage! Sie löst sich nicht nach dem Herzen der Ruhrindustriellen, solange eine republikanische Staatsgewalt mit ihrem Schlichtungswesen die Bergewaltigung der Arbeiter verhindert! Deshalb: „Ich brauche die Krise.“ Erst den Staat in die Katastrophe gejagt, das deutsche Volk mit Hilfe des „Feindbundes“ zermürbt, und dann — heidi! — der Arbeiterschaft die Löhne diktiert!

Dieses nennt sich: Rationale Politik.

Die Beratung des Heeresetats.

Sorgfältige sozialdemokratische Ueberwachung.

In der Donnerstagssitzung des Ausschusses für den Reichshaushalt erteilten zunächst Reichswehrminister Groener und einige Kommissare nach Auskunft über bisher nicht beantwortete Fragen. Die Feldjägerkorps-Organisation, über die ausführlicher Abg. Künzler (SPD.) gesprochen hatte, sei im Dezember 1928 aufgelöst worden. — Die im Sonnenburgprozeß aufgedeckten Unregelmäßigkeiten seien auch nach der Befragung des Untersuchungsrichters und Staatsanwalts in den Zeitungsartikeln außerordentlich übertrieben worden. Die zum Verkauf gedachten Sachen hätten fast ausnahmslos aus schlechten Erzeugnissen bestanden. — Mit den vom Abg. Biedermann (Soz.) zitierten Aussagen aus der Zeitschrift „Wissen und Wehr“ verhalte es sich derart, daß diese Zeitschrift vom Reichswehrministerium gänzlich unabhängig sei. Ihr Herausgeber sei ein pensionierter Offizier, dem das Reichswehrministerium keine Vorschriften zu machen habe. — Der Prozentsatz der höheren Offiziere sei in England und Amerika, die eine ähnliche Wehroertung haben, weit höher als bei uns. — Gegen das Uebermaß von Spionage, das gegen Deutschland betrieben werde, müßten Abwehrmaßnahmen getroffen werden können. — Bezüglich der Rekrutierung seien seit Dezember 1928 mit den Ländern unter Führung des Reichsinnenministeriums neue Formulare vereinbart worden. — Was die vom Abg. Kühni (Soz.) zur Sprache gebrachten Lokalverbote betreffe, so dürften solche Verbote nur erlassen werden, wenn eine Gefährdung der Manneszucht (Schlägereien usw.) zu befürchten sei. In den beiden erwähnten Fällen Dresden und Stendal seien die Verbote aufgehoben. Aus politischen Gründen dürften Lokalverbote nicht erlassen werden.

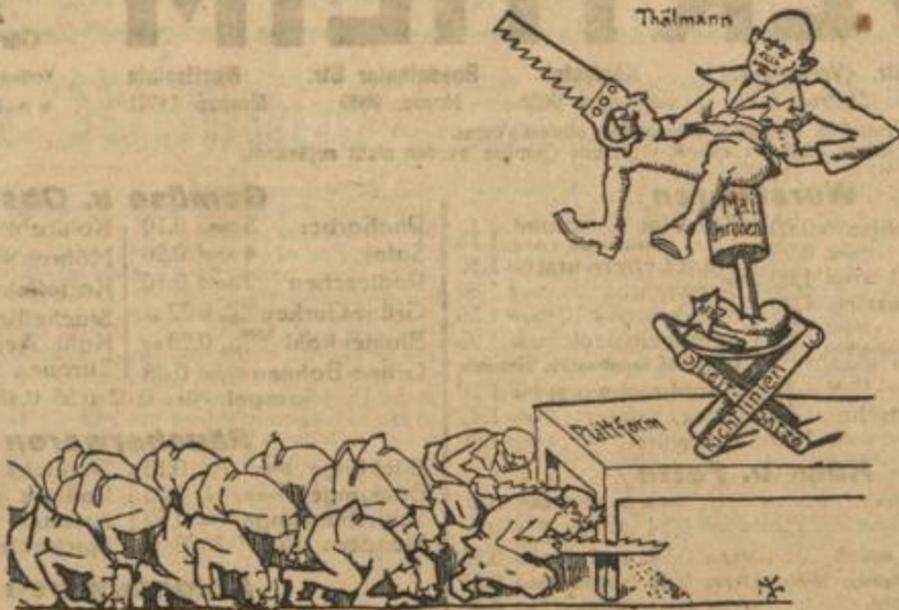
Bezüglich der Umgruppierung der Garnisonen wird eine Entschließung Stadium angenommen, in der die Regierung ersucht wird, bei der Zusammenlegung von Garnisonen darauf zu achten, daß die Gemeinden nicht zu Aufwendungen veranlaßt werden, die eine Belastung bedeuten. Gemeinden, die ihre Garnison verlieren, müßte eine Frist gegeben werden, die ihre Umstellung ermöglicht.

Zu der Bohmann-Angelegenheit wird eine Entschließung angenommen, in der das Reichswehrministerium ersucht wird, sobald als möglich eine neue Denkschrift über die Abwicklung der Bohmann-Unternehmungen vorzulegen.

Abg. Dr. Leber (Soz.) ist von der Antwort des Ministers bezüglich der Abwehrspionage nicht befriedigt. Er fragt, weshalb man den Deutschen Rüsterverband zu den politischen Organisationen zähle. — Abg. Biedermann (Soz.) kritisiert, daß bei einer landwirtschaftlichen Ausstellung in Hamburg Truppen mitgewirkt hätten und fragt nach der Kostenaufbringung. Es wird erwidert, daß Kosten für das Reich bei solchen Fällen nicht entstehen. Abgeordneter Schöpplin (Soz.) vermißt eine genügende Tätigkeit des parlamentarischen Beirats für das militärische Fachschulwesen und fordert stärkere Heranziehung des Beirats. — Abg. Dr. Moses (Soz.) spricht seine Anerkennung aus über die Heeresbücher und erklärt, daß auch die Bücher für den staatsbürgerlichen Unterricht bis auf eine Ausnahme besser geworden seien. Es wird erwidert, daß das getobte Wehrbuch neu aufgelegt werde. Des weitern wünscht Abg. Dr. Moses eine stärkere Bekämpfung des Alkohols beim Heer; ein Wunsch, den zu erfüllen der Reichswehrminister mit Nachdruck betont. Dr. Moses anerkennt auch, daß die Selbstmorde und die Geschlechtskrankheiten in der Reichswehr erfreulicherweise zurückgegangen seien. — Auf eine wiederholte Anfrage vom Abg. Dr. Leber (Soz.) wird mitgeteilt, daß die Lohnerbhöhung bei den Arbeitern der Reichswehr durchschnittlich 10 Proz. betragen habe.

Beim Kapitel Waffen, Munition und Heeresgerät bringt Dr. Leber ein Angebot von Waffen zur Sprache, die zu lächerlich billigen Preisen angeboten würden und nur aus geheimen Waffenlagern stammen können. Ein Kommissar erwidert, daß zurzeit eine große Ebbe auf dem internationalen Waffenhandelsmarkt herrsche und daß die mit der Verfolgung solcher Waffenhandlungen betrauten Polizeistellen der feinen Ueberzeugung seien, derartige Ankündigungen würden in die Zeitungen gebracht, nur zu dem Zweck, um den Markt zu beleben. Im Reichswehrministerium sei von solchen Waffenlagern nicht das mindeste bekannt.

Leddys Thron...



... steht wieder einmal felsenfest

Aufgabe der Labourregierung:

Vor allem Kampf der Arbeitslosigkeit!

London, 6. Juni. (Eigenbericht.)

Premierminister Macdonald hatte am Donnerstag im Beisein von Snowden und Thomas eine Unterredung mit zahlreichen höheren Beamten der verschiedenen Ministerien.

Macdonald erklärte später Pressevertretern, daß er seinen Aufenthalt in Downingstreet zur Schaffung der organisatorischen Grundlagen für die erste wirkliche Behandlung der Arbeitslosenfrage benutzte habe. „Das Wirken,“ stellte Macdonald wörtlich fest, „und der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit hat damit begonnen.“

Es ist aus der Art und Weise, in der Macdonalds Besuch in Downingstreet von der bürgerlichen Presse gemeldet wird, ersichtlich, daß das schnelle Eingreifen der neuen Männer, das in so ausgesprochenem Gegensatz zur Apathie der konservativen Regierung steht, auf die

bürgerliche Öffentlichkeit großen Eindruck gemacht hat.

Die neuen Minister bei Baldwin.

London, 6. Juni.

Macdonald, Snowden und Thomas haben heute in der Downingstreet Nr. 10 eine Unterredung mit Baldwin gehabt. Dabei ist auch die Frage besprochen worden, wann Baldwin die offizielle Wohnung des Premierministers, Downingstreet Nr. 10, räumen werde. Die Frage wird einigermaßen kompliziert durch den Umstand, das Baldwin das Haus in London, das er als Privatmann bewohnt, vor einiger Zeit verkauft hat. Macdonald erklärte, daß er nicht wünsche, in Downingstreet einzuziehen, bevor Baldwin eine passende Wohnung gefunden hat.

Nach den derzeitigen Dispositionen wird das Kabinett Baldwin nach Schloß Windsor fahren und dem König die Amtssiegel übergeben. Das neue Kabinett wird voraussichtlich am Montag zum erstenmal zusammentreten. Bald danach wird sich Macdonald zu einem kurzen Urlaub nach Schottland begeben.

Der Aufbau des Young-Berichts.

Die Amerikaner fahren heute abend.

Paris, 6. Juni. (Eigenbericht.)

Der Bericht der Sachverständigen, an dessen letzter Ausarbeitung am Donnerstag noch eifrig gearbeitet wurde, wird nunmehr am Freitag nachmittag um 5 Uhr nach einer letzten Lesung, in einer Vollversammlung von den Führern der einzelnen Delegationen paraphrasiert werden. Die amerikanische Delegation tritt dann am Sonnabend ihre Heimreise an, während von den anderen Delegationen je ein Mitglied sowie das Personal zur Ausarbeitung der Anträge zurückbleiben werden.

Der Bericht selbst, in dem — ein Fortschritt! — zum ersten Male nicht mehr von „Militären“, sondern nur von Gläubigern und Schuldneuern die Rede ist, wird der Presse am Sonnabend im Auszug bekanntgegeben werden, während die endgültige Veröffentlichung des Textes am Montag erfolgen soll. Dieser zerfällt in acht Teile: Konstituierung und Mandate des Komitees; Rückblick auf die Verhandlungen; wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands; Aufbau und Organisation der Reparationsbank; Vergleich zwischen Dawes- und Young-Plan; der neue Zahlungsplan. Der letztere Abschnitt behandelt die Frage der Höhe und Anzahl der deutschen Zahlungen, der Höhe des transfergeschützten und des transferungeschützten Teiles sowie das Problem der Sachlieferungen. Ein anderer Abschnitt handelt über Transfer- und Ausbringungsmoratorium und ein weiterer endlich über die Kommerzialisierung und Mobilisierung des ungeschützten Teiles. Dem Bericht sind zwei Anträge beigegeben über die Organisation der Reparationsbank und den Verteilungsschlüssel für die von Deutschland zu leistenden Zahlungen. Ursprünglich sollte in einem dritten Antrage die Frage der Höhe und der Modalitäten der deutschen Sachlieferungen behandelt werden. Das Komitee hat jedoch beschlossen, es vorläufig bei der weiteren Anwendung des Wollenberg-Reglements bewenden zu lassen.

Kammer will selbst ratifizieren.

Gegen die Verordnung der Schuldenabkommen.

Paris, 6. Juni. (Eigenbericht.)

Die in parlamentarischen Kreisen angesichts der Möglichkeit einer Ratifizierung der Schuldenabkommen ohne vorheriges Bezogen des Parlaments herrschende Erregung nimmt immer größeren Umfang an. Die Martin-Gruppe, die sich bereits gegen die Ratifizierung überhaupt ausgesprochen hatte, scheint sich angesichts der bedrohlichen Lage nunmehr darauf beschränken zu wollen, kategorisch die Einführung einer sogenannten Sicherungsklausel zu fordern. Eins ihrer hervorragendsten Mitglieder, der Abgeordnete Reibel, hat in der Kammer einen Resolutionsantrag niedergelegt, in dem die Regierung aufgefordert wird, teinerlei Zahlungsverpflichtungen zu übernehmen, wenn nicht absolute Sicherheit dafür bestehe, daß Frankreich im Falle einer Zahlungseinstellung Deutschlands auch seine Zahlungen einstellen könne.

Bölknerbundrat hört Minderheitenbericht

Strefemann heute in Madrid.

Der Rat des Bölkerbundes hat sich heute vormittag den Bericht des Dreierausschusses über die Minderheitenbehandlung vorlesen lassen.

Dr. Strefemann ist Donnerstag vormittag in Paris eingetroffen und ist nach einer Unterredung mit Dr. Schacht am Abend nach Madrid weitergefahren.

Die Schweiz bleibt bei der Miliz.

Der sozialdemokratische Abrüstungsantrag abgelehnt.

Bern, 6. Juni.

Der Nationalrat hat mit 103 gegen 48 Stimmen einen sozialdemokratischen Antrag abgelehnt, nach dem der Bundesrat eingeladen werden sollte, Bericht und Antrag darüber vorzulegen, ob und wie in der Schweiz die Abrüstung durchzuführen sei. Es sollte dadurch, wie es in dem Antrag heißt, ein Beweis der Aufrichtigkeit der Schweiz und des Vertrauens in die Aufrichtigkeit der sämtlichen, den Kellogg-Pakt annehmenden Staaten, vor allem der mit der Schweiz in Freundschaft lebenden Staaten, erbracht werden. Bundesrat Motta lehnte den sozialdemokratischen Antrag im Namen des Bundesrats ab. Es habe, so führte er aus, niemand Anlaß, an der Aufrichtigkeit der Schweiz zu zweifeln, da der Bericht auf den Krieg in der ganzen schweizerischen Politik begründet sei. Die schweizerische Neutralität werde gestützt durch das Milizsystem, und eine auf dem Milizsystem beruhende Armee sei naturgemäß eine reine Verteidigungswaffe und nicht zu vergleichen mit den Armeen anderer Länder. Gerade die Absichten, die der Schweiz ihre Neutralität auferlege, verbieten es ihr, auf die beste Waffe zur Aufrechterhaltung der Neutralität zu verzichten und eine Abrüstung vorzunehmen. Die schweizerische Neutralität sei durch internationale Verträge auch im Interesse Europas rechtlich anerkannt worden. Niemand werde es einfallen, die Schweiz ihrer Milizarmee zu berauben, noch viel weniger könne und dürfe die Schweiz selbst darauf verzichten.

Für den sozialdemokratischen Antrag stimmten die Sozialdemokraten und ein Freisinniger.

Pilsudski erklärt sich schuldig.

Der Finanzminister war nur sein Werkzeug.

Warschau, 6. Juni.

Warschauer Pilsudski hat vor einigen Tagen an den Richter, der mit der Untersuchung des wegen Budgetüberschreitung angeklagten ehemaligen Finanzministers Czeschowiez betraut ist, ein Schreiben gerichtet, in dem er die Schuld für die Budgetüberschreitungen im Finanzjahr 1927/28 als damaliger Ministerpräsident allein auf sich nehme. Er sei es gewesen, der dem Finanzminister Czeschowiez verboten habe, vor dem Sejm um die Budgetüberschreitungen einzukommen. Im übrigen sei das Geld für Investitionszwecke verwendet worden. Die Arbeitsmethoden des Sejm hätten ihm keine Bürgschaft für die rechtzeitige Erledigung der entsprechenden Vorlagen gegeben.

Der Brief des Marschalls wurde den Akten über den Fall Czeschowiez beigegeben. Die Hauptverhandlung vor dem Staatsgerichtshof wird zwischen dem 15. und 20. d. M. erwartet.

WERTHEIM

Leipziger Str. (Versand-Abt.) Königstr. Rosenthaler Str. Moritzplatz
Fernsprecher: Zentrum 8640 Kupfergr. 0055 Norden 9830 Moritzpl. 14721

Preise für Freitag u. Sonnabend, soweit Vorrat.
Fleisch, Fische, Geflügel, Obst und Gemüse werden nicht zugesandt.

Wurstwaren

Hausmacherstübe	Pfd. 0.60	Zerelat u. Salami	1.75
Rotwurst	Pfund 0.95	holsteinische, Pfund	1.80
Dampfwurst	Pfund 1.00	Feine Leberwurst	Pfd. 1.80
Landleberwurst	Pfd. 1.20	Teewurst	Pfund 1.80
Fleischwurst	Pfund 1.20	Specklet, Pfd. 1.10	mager 1.30
Mettwurst (Braunschw. Art)	Pfund 1.30	Schinkenspeck	Pfund 1.95
Jagdwurst	Pfund 1.45	Königstr. 5a, Rosenthaler Str., Moritzplatz	
Schinkenpolnische	1.60	Knoblauchwurst	Pfd. 1.20
Filetwurst	Pfund 1.60	Hildesheimer	Pfund 1.45
		Bierwurst	Pfund 1.60

Käse u. Fette

Ramadou	halbfett	Strick ca. 200 Gramm	0.20
Camembert	vollfett	0.24 6 Port., vollf., Schachtel	0.45
Steinbischer	halbfett	Pfund 0.55	vollfett, Pfund 0.95
Limburger	Allgäuer, halbfett	Pfund 0.55	vollfett, Pfund 0.85
Holländer	halbfett	Pfund 0.62	vollfett, Pfund 0.88
Edamer	halbfett	Pfund 0.64	vollfett, Pfund 0.88
Schweizer	dänischer, dreiviertel, Pfund 0.84	bayr., vollfett, Pfund von	1.45
Brie	vollfett, Schachtel ca. 1 Pfd. br.	0.72	Tilsiter, vollfett, Pfund 1.04 u. 1.15

Blockkäse, ohne Rinde, halbfett: Tilsiter Art Pfund 0.80 Schweizer Art Pfund 1.15

Margarine	Pfund 0.52 0.58	Tafelbutter	Pfund 1.86
Kokosfett	1-Pfund-Tafel 0.62	Dänische Butter	Pfd. 1.98
Schweineschmalz	Pfund 0.72		

Konserven

Rote Rüben	1/2 Dose 0.38	Sentgurken	0.87
Spinat	0.48	Pflaumen	0.90 mit Stein 0.72
Gemischt-Gemüse V	0.72	Apfelmus	0.78
Leipziger Allerlei	0.90	Saure Kirschen	1.05
Gemischt-Gemüse klein	1.50	Mirabellen	1.15
Jung-Erbisen	0.45 0.72	Kaliforn. Pfirsiche	1.40
Junge Erbsen klein	1.25	Kaliforn. Aprikosen	1.55
Kaiserschoten	1.65	Oelsardinen	0.45
Karotten	junge, kleine 0.75	Norweg. Sild	0.40
Karotten	geschnitten 0.42	Tafelbier	0.58 0.80 1.35
Jge. Bohnen	1 0.95	Olivöl	1/2 Dose 1.60 3.20

Konfitüre 1/2 Elmer

Pflaumen	0.92	Orangen	1.05	Aprikosen	1.10
Erdbeer	1.30	Kirsch, Himbeer	1.35	Ananas	1.40
Vierfrucht-Marmelade					0.85

Gemüse u. Obst

Rhabarber	5 Pfund 0.10	Kohlrabi	junge, Mandel 0.55
Salat	4 Kopt 0.20	Möhren	lange, Bund 0.35 0.60
Radieschen	3 Bund 0.10	Kartoffeln	5 Pfd. 0.65
Grüne Gurken	Stück von 0.22 an	Stachelbeeren	unreife, Pfund 0.28
Blumenkohl	Kopt von 0.28 an	Kalt. Aepfel	Pfund 0.45
Grüne Bohnen	Pfund 0.38	Zitronen	Duend 0.48
Spargel	Pfund 0.07 0.35 0.48 0.72		

Räucherwaren

Bücklinge	Bornh., Pfd. 0.13	Seelachs	in Stücken, Pfd. 0.52
Bücklinge	norweg., Pfd. 0.28	Rotbars	in Stücken, Pfd. 0.52
Schleibücklinge	Pfd. 0.52	Sprotten	Pfund 0.52
Fludern	Pfund 0.38 0.52	Spickkafe	Bund 0.34 0.85

Kolonialwaren

Olympia-Mehl	2-Pfund-Beutel 0.52	0.55	5-Pfund-Beutel 1.10 1.18 1.25
Bruchreis	Pfund 0.18	Weizengries	Pfd. 0.21 0.25
Tafelreis	Pfund 0.24 0.32	Makkaroni	Harigriet, Bruch, Pfd. 0.38
Haferflocken	Pfund 0.23	Schnittnud.	(Eier), Pfund 0.40 0.54

Kaffee

Konsum-Misch.	Pfund 2.40	Olympia-Misch.	Pfd. 3.40
Haushalt-Misch.	Pfd. 2.60	Globus-Misch.	Pfund 3.80
Sonder-Misch.	Pfund 3.00	Residenz-Misch.	Pfd. 4.20

Wein Preise für in Flasche, ohne Glas

Edel-Apfelwein	aus Tafelobst, sehr mild	0.65
Maitrank	aus Fruchtweinen	0.80
Johannisbeerwein	extrafrein, aromatisch	0.85
1928 Bergaberner Letten	kerniger Pfälzer	1.05
San Antonio	lieblicher spanischer Rotwein	1.20
1928 Obermoseler	Tisch- und Bouwenmosel	1.50
1928 Wöllsteiner	säuliger Rheinhesse	2.00
1927 Nitteler Gtffel	milder säuliger Mosel	
1927 Mandeler Rosengarten	feinblum. Nahew	
1924 Chät. Reignac	milder Bordeaux-Tischwein	
1926 Oppenheimer Saar	vollblumig, säulig	
1926 Trittenheimer Laurentiusberg	mild, gehalv.	
Deutscher Weinbrand	mit Halb & Halb	3.50
Kirschsaft	hell, dunkel, sehr ausgeblig	0.80 1.40

Wein und Spirituosen vom Faß zu Extrapreisen

A. J. Polak Speisenfabrikate

Kerst-Pudding	25 Pl.	Schokolada mit Mandeln	20 Pl.
Diplomat-Pudding	25 Pl.	Vanille-Creme	15 Pl.
Mandelchen-Pudding	25 Pl.	Rote Grütze	12 Pl.
Götterspeise	25 Pl.	Reklame-Pudding	10 Pl.
Dreimühlen-Pudding	20 Pl.	Lekkerbek	10 Pl.
Frucht-Gelee	20 Pl.	Bourbon-Vanille-Sauce	10 Pl.

pudding-Sortiment 8 Pakete 1 M

Frisches Fleisch

Kalbskamm u. Brust	Pfund 0.85
Kalbsnierenbraten	Pfund 0.95
Hammelvorderfleisch	Pfund 1.10
Rinderkamm u. Brust	Pfund 0.82
Querrippe	Pfund 0.75
Gulasch	Pfund 0.85
Schmorfleisch u. Roastbeef	m. Knochen Pfund 1.00
Schmorfleisch	ohne Knochen Pfund 1.20
Lieser	Pfund 0.70
Gehacktes	Pfund 0.75
Schweinebauch	mit Beilage Pfund 1.06
Schweinerücken	mit Beilage Pfund 1.10
Schweinekamm	und Blatt, mit Beilage Pfund 1.10
Schweineschinken	Pfund 1.18
Kalber	ohne Knochen Pfund 1.30
Ausgelassener Nierenfalg	Pfund 0.45

Frische Rinderzungen	Pfund 1.15
Kalbsschnitzel	Pfund 2.10
Rinderkamm u. Brust	gefroren Pfund 0.78

Getlügel u. Fische

Suppenhähne	Pfund von 1.15 an
Suppenhühner	Pfund von 1.25 an
Wolghühner	Pfund von 1.20 an
Bratschollen	Pfund 0.20
Makrelen	Pfund 0.22
Scheitfische	Pfund 0.24
Kabeljau	ohne Kopf, ganze Fische, Pfund 0.28 0.38
Frischer Zander	Pfund 0.75
Lebende Schleie	Pfund von 1.00 an

Konfitüren

Bonbon-Misch.	Pfd. 0.50	Messina-Drops	Pfund 0.70
Eisbonbons	Pfund 0.70	Gold-Bonbons	Pfund 0.75
Gelee-Himbeeren	Pfund 0.90		
Apfelsinen- und Zitronen-Schnitte	Pfund 0.90		
Erfrischungs-Waffeln	Pfund 0.90		

Arbeitsmarkt

Stellenangebote
Selbständige Berufstätiger, die nach Beendigung ihrer Tätigkeit einflußreiche, preisgünstige, langfristige, dauerhafte Beschäftigung suchen, erlangen durch die
Belle-Alliance-Platz 8.

Ländliches Fräulein sucht Plättmeisterin.

Antritt sofort. Meldungen mit Gehaltsansprüchen, Lebenslauf, Zeugnisabschriften, Lichtbild u. d. Hauptausweis für Arbeiterwohlfahrt, Berlin SW, Belle-Alliance-Platz 8.

Sonders

wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN im „Vorwärts“ und trotzdem !! billig !!

Redakteur gesucht

Wir suchen für unsere Redaktion eine besitzene und tüchtige Kraft zum baldigen Eintritt. — Bewerbungen mit Lebenslauf, Lichtbild und Gehaltsansprüchen sind zu richten an den Vorsitzenden der Pressekommission
Walter Freitag, Hagen (Westfalen)
Weststraße 8
Verlag der Volksstimme, Hagen (Westf.)

Am 1. Juni, nachm. 3^{1/2} Uhr, verstarb infolge eines Unfalles mein lieber Mann, unser guter Vater und Schwiegervater, der Krankenkassendirektor

Otto Gerndt

im vollendeten 83. Lebensjahre.

In tiefer Trauer
Otilie Gerndt, geb. Schulze,
Kurt und Margarete Gerndt.

Berlin, den 6. Juni 1929.
Bismarckstr. 6.

Die Trauerfeier findet am Montag, dem 10. Juni, nachm. 5^{1/2} Uhr, im Krematorium Gerichtstr. 37-38 statt.

Am 1. Juni verstarb infolge eines Unfalles bei Ausübung seines Dienstes unser langjähriger Angestellter und lieber Kollege, Herr

Otto Gerndt

im vollendeten 83. Lebensjahre. — Er war uns in seiner 23jährigen Tätigkeit stets ein treuer und pflichterfüllter Mitarbeiter und Freund, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden.

Vorstand und Kollegenschaft der Ortskrankenkasse der Mechaniker, Optiker und verwandten Gewerbe zu Berlin.

Die Trauerfeier findet am Montag, dem 10. Juni, nachmittags 5^{1/2} Uhr, im Krematorium Gerichtstr. 37-38 statt.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter Bin. 4

Todesanzeige

Inferen Mitgliefern und Freunden zur Nachricht, daß unser langjähriger Mitglied

Otto Gerndt

infolge eines Unfalles verstorben ist. Seine letzten Willen:

Die Beerdigung findet Montag, d. 10. Juni, 17^{1/2} Uhr, im Krematorium Gerichtstr. 37-38 statt.

Sege Beteiligung wünscht
Die Ortsverwaltung

Verkäufe

Tapeten, Gobelins, Porzellan, etc.

Besthaus Rosenthaler Str. Verkauf von Tapeten, Gobelins, Porzellan, etc.

Besthaus Rosenthaler Str. Verkauf von Tapeten, Gobelins, Porzellan, etc.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Nachruf

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriger Mitglied

Hermann Demmel

am 3. d. M. an Herzschwäche verstorben ist.

Seine letzten Willen:

Die Beerdigung findet am Montag, dem 10. Juni, nachmittags 5^{1/2} Uhr, im Krematorium Gerichtstr. 37-38 statt.

Bekleidungsstücke, Wasche usw.

Besthaus Rosenthaler Str. Verkauf von Bekleidungsstücken, Wasche usw.

Wenig getragene, teils auf Seide gearbeitete, erhaltene, modische, Frack, Anzug, Smoking, etc.

Besthaus Rosenthaler Str. Verkauf von Bekleidungsstücken, Wasche usw.

Wenig getragene Herrenmode, teils auf Seide, teils auf Wolle, Frack, Anzug, Smoking, etc.

Besthaus Rosenthaler Str. Verkauf von Bekleidungsstücken, Wasche usw.

Wenig getragene Herrenmode, teils auf Seide, teils auf Wolle, Frack, Anzug, Smoking, etc.

Besthaus Rosenthaler Str. Verkauf von Bekleidungsstücken, Wasche usw.

Wenig getragene Herrenmode, teils auf Seide, teils auf Wolle, Frack, Anzug, Smoking, etc.

Besthaus Rosenthaler Str. Verkauf von Bekleidungsstücken, Wasche usw.

Wenig getragene, teils auf Seide gearbeitete, erhaltene, modische, Frack, Anzug, Smoking, etc.

Besthaus Rosenthaler Str. Verkauf von Bekleidungsstücken, Wasche usw.

Wenig getragene, teils auf Seide gearbeitete, erhaltene, modische, Frack, Anzug, Smoking, etc.

Besthaus Rosenthaler Str. Verkauf von Bekleidungsstücken, Wasche usw.

Wenig getragene, teils auf Seide gearbeitete, erhaltene, modische, Frack, Anzug, Smoking, etc.

Besthaus Rosenthaler Str. Verkauf von Bekleidungsstücken, Wasche usw.

Wenig getragene, teils auf Seide gearbeitete, erhaltene, modische, Frack, Anzug, Smoking, etc.

Besthaus Rosenthaler Str. Verkauf von Bekleidungsstücken, Wasche usw.

Wenig getragene, teils auf Seide gearbeitete, erhaltene, modische, Frack, Anzug, Smoking, etc.

Besthaus Rosenthaler Str. Verkauf von Bekleidungsstücken, Wasche usw.

Volkswohl-Lotterie

Ziehung vom 12. bis 18. Juni 1929

48098 Gewinne u. 2 Prämien im Gesamtwert von

430000 R
150000 R
75000 R
100000 R
50000 R
40000 R
20000 R

Lose zu 1 RM. Doppellose 2 RM.

Glücksbriefe mit 5 Losen sortiert aus versch. Tausenden 5 RM.
Glücksbriefe m. 10 Losen sortiert a. versch. Tausend 10 RM.

Porto u. Gewinnliste 35 Pf. In allen durch Plakate kenntl. Verkaufsstellen u. durch

H. C. Kröger A. G., Berlin W8

Friedrichstr. 192-193 Postcheckkonto: Berlin 215

Sämtliche Gewinne auf Wunsch 90% bar

Erziehungsfragen im Rathaus.

Die Stadterordnetenversammlung arbeitete gestern flott und erledigte einen beträchtlichen Teil des ihr vorgelegten Pensums. Auf der reichlich bemessenen Tagesordnung standen auch mehrere Erziehungsangelegenheiten. Zu dem im „Vorwärts“ schon besprochenen Vorgehen gegen die gemeinsame Erziehung der beiden Geschlechter in weltlichen Schulen konnte auf eine vom Stadterordneten Genossen Kreuziger begründete Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion der Stadtschulrat Genosse Rydahl erklären, daß die Anordnung des Provinzialschulkollegiums wahrscheinlich zurückgenommen werden wird. Als Vorwand zu einer Klage gegen das Landesjugendamt benutzten die Kommunisten die bei Kinderpersönlichkeiten vorgekommenen Unfälle. Stadträtin Genossin Wehl und Stadterordnete Genossin Todenhagen stellten fest, daß für solche sehr bedauerlichen Vorkommnisse nicht das Landesjugendamt verantwortlich zu machen ist. In einer Debatte über das Lehrlingsheim in der Scharnhorststraße traten Stadträtin Genossin Wehl und Stadterordneter Genosse John den heftigsten Uebertreibungen der Kommunisten entgegen.

Ueber die Rußplage, verursacht durch die Kesselheizanlagen des Kraftwerkes Klingenberg in Stralau-Rummelsburg führten die Wirtschaftsparteiler Klage. Die Raubkolonisten, die Anwohner und die Sommerlokalbesitzer von Treptow werden durch den herabfallenden Ruß belästigt und in ihrem Erwerb geschädigt. Stadterordneter Kinder fragte den Magistrat, was zur Abhilfe des Uebelstandes getan sei. Stadtrat Genosse Schlichting betonte, daß bereits in vier von sieben Schornsteinen Aufzehrungsapparate eingebaut seien und daß die restlichen Schornsteine in kürzester Zeit fertig wären. Auf jeden Fall ist festzustellen, daß die Rußplage wesentlich abgemindert ist und daß sie nach der Fertigstellung der gesamten Apparatur völlig aufhören wird — wenigstens soweit das Städtische Kraftwerk in Frage kommt. Er gab aber den Beschwerdeführern zu bedenken, daß auch die vorüberfahrenden Dampfer und die an der Spree liegenden Fabriken viel Ruß entwickeln. Es dürfte dem Magistrat schwer sein, hier abändernd einzugreifen. — Die sozialdemokratische Stadterordnetenfraktion forderte in einer Anfrage Auskunft darüber, warum die

Städtische Sparkasse den Zinsfuß für ausgeliehene Gelder auf 9 Prozent erhöht

hat. Genosse Dr. Löwy betonte dazu, daß es zu verstehen ist, wenn die Sparkasse das Vorgehen der Banken mitmacht. Wenn man aber die geringeren Verwaltungskosten der Städtischen Geldinstitute in Rechnung stellt, sollte sich ein Zinsfuß von nicht mehr als 7 Prozent als genügend erweisen. Die Spanne zwischen den Hypothekenzinsen und den Zinsen, die die sparende Bevölkerung für ihre Einlagen erhält, habe früher 1 bis 1 1/2 Proz. betragen, während dieser Satz jetzt verdoppelt ist. Genosse Löwy machte besonders Bedenken geltend für die Ausleihung von städtischen Geldern zum Wohnungsbau. Die Erschwerung gerade bei kleinen Bauvorhaben sei außerordentlich stark. Der Rämmerer Dr. Lange gab zu, daß die Zinsätze erhöht wurden, meinte aber, daß sie die Sparkasse nur im Rahmen der allgemeinen wirtschaftlichen Lage erhöht habe. Dr. Lange gab ferner zu bedenken, daß die Städtischen Geldinstitute viel Geld auszustehen haben, das in früherer Zeit zu einem sehr niedrigen Zinsfuß ausgeliehen wurde. Man könne also nicht einseitig die Zinsen für Sparkassen erhöhen, ohne gleichzeitig auch die Zinsen für ausgeliehenes Geld höher zu setzen.

Durch eine Anordnung des Provinzialschulkollegiums, das sich auf einen Erlaß des Kultusministers stützte, war der Schule in der Diebstahlsstraße

der gemeinsame Unterricht von Knaben und Mädchen unterlag worden. In einer Anfrage führte die sozialdemokratische Fraktion darüber Beschwerde und fragte den Magistrat, was er zur Abwendung dieser Anordnung des Provinzialschulkollegiums getan

habe. Genosse Kreuziger führte in der Begründung aus: Abgesehen davon, daß an den meisten Landschulen der gemeinsame Unterricht von Knaben und Mädchen aus organisatorischen Gründen seit Jahrzehnten durchgeführt wird, ist der gemeinsame Unterricht auch in vielen Schulen Berlins, an denen sich die Lehrer und die Eltern einig waren, beobachtet worden. Es hat sich durchaus gezeigt, daß dieser Unterricht viel für sich hat und daß er zu keinerlei Benachteiligungen führt. Die Anordnung des Provinzialschulkollegiums verlangte nun gerade für eine Berliner Schule die Trennung der Geschlechter, ohne daß ersichtlich war, welche Gründe dafür vorlagen. Die Berliner Schuldeputation hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß der bisherige gemeinsame Unterricht ohne Bedenken fortzusetzen sei, und sie hat die Schulverwaltung beauftragt, für eine Aufhebung der Anordnung zu wirken. In seiner Antwort stellte Stadtschulrat Genosse Rydahl fest, daß durch die Verfügung des Provinzialschulkollegiums ein Zustand abgeändert wurde, der bisher zu keinerlei Beanstandungen führte. Von der Schulverwaltung ist Einspruch erhoben worden und man hofft, daß die Anordnung des Provinzialschulkollegiums rückgängig gemacht und der ministerielle Erlaß aufgehoben wird.

Die Kommunisten fragten den Magistrat nach seinen Maßnahmen zur Abwendung von Unglücksfällen bei den Transporten von Berliner Kindern in Erholungsheime.

Stadterordnete Frau Rosenthal (Komm.) forderte Herabsetzung der Zahl der einer Aufsichtsperson anvertrauten Kinder, Stellung von D-Zugwagen und Ausweisung höherer Mittel für die Transporte. Stadträtin Genossin Wehl sagte in ihrer Entgegnung, daß vom Landesjugendamt alles, was den Kindern und einem ordnungsmäßigen Transport zuträglich ist, getan wird. Mit der Reichsbahn stehe man in dauernder Verbindung wegen der Bestellung geeigneter Wagen und es sind schon über 100 Extrazüge gestellt worden. Jetzt werden auf 20 Kinder ein Begleiter gestellt. Wer aber weiß, wie lustig Kinder auf solchen Transporten sind, wird die Schwierigkeiten solcher Transporte nicht verkennen. Die Bereitstellung größerer Mittel für den Transport bedeutet Besneidung der Gelder für den Erholungsurlaub. Gegenüber einer nachmaligen Rede der Frau Rosenthal bemerkte Genossin Wehl, daß — zum Glück — erst ein einziges Kind bei den vielen Transporten der Stadt zu Schaden gekommen ist. Trotzdem wird natürlich weitergearbeitet. Stadterordnete Genossin Todenhagen: Der eine Todesfall ist tief zu bedauern, aber man soll nicht, wie es die Kommunisten tun, die Schuld den städtischen Beauftragten zuschieben. Auf die Notwendigkeit eines Ausbaues der Jugendpflege brauchen die Kommunisten durchaus nicht erst aufmerksam machen. Kindertransporte sind immer schwierig, neben den D-Zugwagen seien die alten 4. Klassewagen insofern die geeignetsten, weil sie am übersichtlichsten sind. — In einem Antrag stellten die Kommunisten fest, daß städtische Wohnungsbauvereine ihre Mieter zum Zweck höherer Mietfestsetzung gekündigt haben und verlangen, die für die Erhöhung der Mieten nötigen Beträge in den Etat einzulegen. Den Mieterausschüssen in den städtischen Wohnungen sollen nach dem Antrag die ihnen zustehenden Rechte gewährleistet werden. Der vorbereitende Ausschuss eruchte in seinem Bericht den Magistrat, den Mieterausschüssen die aus dem Gesetz herzuleitenden Rechte zugestehen und baldigst eine Vorlage über eine andere Organisation der städtischen Wohnungsbauvereine vorzulegen, nach welcher die Stadterordneten in den Aufsichtsräten der Gesellschaften angemessen vertreten sind. Nach langer Debatte, in der Genosse Gutschmidt den Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion vertrat und dabei den Kommunisten manche Bohrerei sagte, wurde im Sinne des Ausschusses beschlossene. — Vor genau zwei Jahren beantragten die Deutschnationalen den Magistrat zu ersuchen, eine Uebersicht aufzustellen darüber,

welche kommunalen Wirtschaftsbetriebe seit 1919 zusammengebrochen sind,

oder liquidiert haben oder mit Unterbilanz arbeiten, weiter anzugehen, welcher Schaden der Stadt daraus entstanden ist und in welchen Fällen die Schuldigen erschuldigt gemacht oder strafrechtlich verfolgt wurden? Die Zentrumsleute wollten wissen,

welche Wirtschaftsbetriebe seit 1919 gegründet wurden, wer die Leiter sind, welche Verluste und Gewinne erzielt wurden und welche Steuerermäßigungen zugestanden wurden? Die Demokraten forderben eine ähnliche Aufstellung. Die Grundidee aller Anträge war, eine mehr oder minder starke Aktion gegen die städtischen Betriebe und Gesellschaften zu unternehmen. Gestern wurden die Anträge, soweit sie die Wohnungsgesellschaften und das Messecampt betreffen, durch einen kleinen Bericht des Genossen Bublth und die stillschweigende Zustimmung zu den Ausschussbeschlüssen erledigt. Die anderen Sachen werden weiterberaten.

Im Laufe der weiteren Sitzung wurden — teilweise ohne Debatte — eine ganze Anzahl Vorlagen des Magistrats erledigt. Darunter waren 128 000 Mark für die Aufbaulassen an Volksschulen und die Kosten für den Umbau der 30. Volksschule in der Küdersdorfer Straße. Die Bilanzen und Jahresabschlüsse vieler städtischer Betriebe wurden genehmigt. — Um das Lehrlingsheim in der Scharnhorststraße entbrannte am Ende der Versammlung noch eine heftige Debatte. Die Kommunisten hatten allerlei Mißstände entdeckt, hatten die Jungen veranlaßt, Artikel für die „Rote Fahne“ zu schreiben und sie sonst auch in ihrem Auftreten gegen Heimleiter und städtische Beamte bestärkt. Nun erhoben die Kommunisten Protest in der Stadterordnetenversammlung und machten die Stadträtin Genossin Wehl verantwortlich. Was von unserem Standpunkt dazu zu sagen war, sagte Genosse John. Stadträtin Wehl zeigte, was wahr an der Sache war. Die kommunistische Stadterordnete Frau Hoffmann-Gewinner sprach lange und heftig. Am Schluß gestand sie zu, daß die Stadt Berlin und Genossin Wehl den ehrlichen Willen haben, Jugendpflege zu treiben und Lehrlingsheime zu unterhalten. Aber man sträube sich gegen Kritik, wohingegen in Rußland die Freiheit der Kritik (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten) die Regierung veranlaßt, Abhüllen zu treffen. (Ironisches Härt, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Bei den aus der Sitzung vom 28. Mai ausstehenden Abmachungen wurde der Ausweisung der Friedhöfe in der Gegend der Bergmannstraße als Freiflächen zugestimmt. Dafür war nur die Hülle des Hauses. — Dem ersten Teil eines Antrages der Kommunisten, der mehr Zuwendungen aus Reichssteuermitteln fordert, stimmten auch unsere Genossen zu. — Die Entscheidung an die Kleingärtner im Bezirk Prenzlauer Berg soll ausgezahlt werden, wenn die Rechtslage für die Kleingärtner ist.

Bier interessante Freisprüche.

Sonnenburger Zuchthausprozeß in der Berufungsinstanz.

Sonnenburg, 6. Juni.

Die aufsehenerregenden Vorgänge im Zuchthaus Sonnenburg, wo in dem Altsormetungsbetrieb der Firma Schwarzchild unhaltbare Zustände eingetreten waren, beschäftigten seit in mehrfältiger Verhandlung die Berufungsinstanz, da Rechtsanwalt Franz Thoma für die im ersten Prozeß zu Geldstrafen verurteilten Beamten, und zwar den Inspektor Hinkel, sowie die Wachtmeister Weber, Dobberke und Jabusch Berufung eingelegt hatte. Der Prozeß vor der zuständigen Strafkammer des Landgerichts Frankfurt a. d. O. unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Siebert fand wieder in der Kirche des Sonnenburger Zuchthauses statt. Entgegen der Auffassung der ersten Instanz hielt das Gericht eine Schuld dieser vier angeklagten Beamten für nicht erwiesen und sprach sie entsprechend dem Antrage des Verteidigers frei.

Um die Vergnügungssteuer.

Die Finanz- und Steuerdeputation beschäftigte sich am Donnerstag erneut mit den Anträgen auf Ermäßigung der Vergnügungssteuer und beschloß die Einlegung eines Unterschwusses, der die Möglichkeit einer Ermäßigung der Vergnügungssteuer, insbesondere für die kleinen und kleinsten Betriebe, und die Befreiung der Häften bei der Raumpauschsteuer prüfen und ihre Auswirkung auf die städtischen Finanzen erörtern soll. Der Ausschuss soll der Deputation baldmöglichst Bericht erstatten. Die Deputation wird dann auf Grund dieses Berichts ihre endgültige Entscheidung treffen.

Jack London:



(Berechtigte Uebersetzung von Erwin Magnus.)

Der trockene Canjon machte bald einem anderen schmalen Bande rieselnden Wassers Platz. Der Weg lief in einen Waldsteig aus, und dieser führte über eine kleine Ebene zu einem nur wenig benutzten Sandweg. In unmittelbarer Nähe gab es weder Höfe noch Häuser. Der Boden war mager, das Gestein lag dicht darunter oder trat direkt zutage. Zu beiden Seiten war der Weg jedoch von Manzanitas und niedrigen Eichen eingerahmt, die so dicht wie Dschungelgestrüpp standen. Und aus diesem Gestrüpp hervor huschte plötzlich ein Mann in einer Weise, die Daylight an ein Kaninchen erinnerte.

Es war ein kleiner Mann in geflickten Ueberzugskleidern, barhäuptig und mit einem Baumwollhemd, das Hals und Brust völlig frei ließ. Die Sonne verlieh seinem Gesicht einen rotbraunen Glanz und den Spitzen seines sandgelben Haares einen Silberschimmer. Er winkte Daylight, daß er anhalten sollte, und reichte ihm einen Brief hinauf.

„Wollen Sie zur Stadt, dann wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir diesen Brief besorgen wollten,“ sagte er.

„Gerne.“ Daylight steckte ihn in seine Rocktasche.

„Wohnen Sie hier in der Gegend?“

„Über der Kleine antwortete nicht. Er starrte Daylight überrascht und anhaltend an.“

„Ich kenne Sie,“ sagte der Kleine schließlich. „Sie sind Elam Harnish — Burning Daylight, wie die Zeitungen Sie nennen. Hab ich recht?“

Daylight nickte.

„Aber was in aller Welt tun Sie hier im Chaparral?“

Daylight antwortete lächelnd: „Suche Kunden für unentgeltliche Landpostverbindung.“

„Ja, ich setze mich, daß ich den Brief heute nachmittag geschrieben habe,“ fuhr der Kleine fort. „Ist nicht in den Zeitungen, und ich habe ein gutes Gedächtnis für Gesichter. Ich hab Sie sofort erkannt. Mein Name ist Ferguson.“

„Wohnen Sie hier in der Gegend?“ fragte Daylight nun feinerleht.

„Jawohl. Ein bißchen weiter drinnen im Gebüsch hab ich eine kleine Hütte, eine hübsche Quelle und ein paar Obstbäume und Beerensträucher. Kommen Sie und sehen Sie sich's an. Die Quelle ist prächtig. Solches Wasser haben Sie noch nicht geschmeckt. Versuchen Sie es!“

Daylight stieg ab, folgte, sein Pferd am Zügel führend, dem schnell ausschreitenden kleinen Mann durch den grünen Tunnel und stand plötzlich auf der Lichtung. Es war ein kleiner Winkel in den Bergen, im Schutze der steilen Wände einer Canjonmündung. Mehrere große Eichen zeugten von reichem Boden. Die Zeiten hatten den Hügel ausgewaschen und allmählich diese Ablagerung fetter Erde gebildet. Fast unter den Eichen begraben stand eine roh gezimmerte, ungestrichene Hütte, deren breite, mit Stühlen und Hängematten versehene Veranda zeigte, daß die Bewohner im Freien schliefen. Daylights scharfem Blick entging nicht die geringste Einzelheit. Die Lichtung war unregelmäßig, sie reichte so weit wie der beste Boden, und jeder Obstbaum, jeder Busch, ja jede Gemüsepflanze hatte ihre eigene Wasserzuführung. Ueberall waren kleine Rieselkanäle.

Ferguson suchte eifrig im Gesicht seines Gastes nach Zeichen der Anerkennung.

„Was meinen Sie dazu, wie?“

„Jeder einzelne Baum mit der Nagelschere gestutzt und manikürt,“ lachte Daylight, aber die Freude und das Vergnügen in seinen Augen befriedigten den Kleinen.

„Ja, wissen Sie, ich kenne jeden einzelnen Baum, als wäre er mein eigen Kind. Ich habe sie gepflanzt, aufgezüppelt und großgezogen. Jetzt sollen Sie aber die Quelle sehen.“

„Großartig,“ lautete Daylights Urteil, als sie die Quelle gründlich besichtigte und gelostet hatten und nun zum Hause zurückkehrten.

Als sie eintraten, war Daylight überrascht. Gelocht wurde in der angebauten kleinen Hütte, und das Haus selbst war ein einziger großer Wohnraum. Ein großer Tisch in der Mitte war mit Büchern und Zeitschriften übersät, jeder verfügbare Raum an den Wänden vom Boden bis zur Decke mit Bücherregalen verkleidet. Es schien Daylight, daß er noch nie so viele Bücher auf einmal gesehen hätte. Felle von Wildtaphen, Waschbären und Hirschen lagen auf den Dielen des Fußbodens.

„Selbst geschossen und gegerbt,“ erklärte Ferguson stolz.

Das Hauptmerkmal der Stube war jedoch der mächtige Kamin aus größeren und kleineren unbehauenen Feldsteinen. „Selbst gebaut,“ erklärte Ferguson, „und, weiß Gott, der zieht. Nicht der geringste Rauch außer im Schornstein, und das bei den schweren Südoststürmen!“

Daylight fühlte sich von dem Kleinen angezogen und war neugierig. Warum verstand er sich mit all seinen Büchern hier im Chaparral? Er war durchaus kein Narr, das konnte jeder sehen. Aber warum? Die ganze Geschichte sah nach einem Abenteuer aus, und Daylight nahm eine Einladung zum Abendbrot an, halbwegs darauf vorbereitet, in seinem Wirt einen Rohe-Früchte- und Nüsse-Fresser oder sonst einen Gefundheitsapostel zu finden. Bei Tisch, während sie Kaninchenfrätsche mit Reis und Curry aßen, fand Daylight, daß der Kleine in dieser Beziehung kein Fanatiker war. Er aß, was ihm schmeckte, und soviel er mochte, und mied nur solche Speisen, die ihm, wie er aus Erfahrung wußte, unzutraglich waren.

Als sie die Teller abgewaschen und es sich dann gemütlich gemacht hatten, fand Daylight Gelegenheit, ihn zu fragen: „Hören Sie, Ferguson. Seit wir uns getroffen, habe ich darüber nachgedacht, was für eine Schraube bei Ihnen los ist, aber ich will gekent werden, wenn ich es rausgekriegt habe. Was treiben Sie eigentlich hier? Womit haben Sie sich Ihr Brot verdient, bevor Sie herkamen?“

Ferguson amüsierte sich ganz offen über die Fragen des andern.

„Erstens,“ begann er, „war ich von den Ärzten ausgegeben, obgleich ich alle möglichen Sanatorien besucht und eine Reise nach Europa und eine nach Hawaii gemacht hatte. Sie versuchten Elektrizität, Rast- und Hungerkuren. Sie ruinieren mich mit ihren Rechnungen, und dabei ging es mir immer schlechter. Ich war ein Schwächling, und dann lebte ich unnatürlich — zuviel Arbeit, Verantwortung und Mühe. Ich war Hauptschriftleiter der „Times-Tribune“ —“

Daylight schnappte nach Luft, denn die „Times-Tribune“ war von jeder die größte und einflussreichste Zeitung San Franziscos.

„— und der Anstrengung nicht gewachsen. Mein Körper lehnte sich auf, und mein Geist natürlich auch. Ich mußte mit Whisky nachhelfen, und das vertrat ich ebenso wenig wie das Leben in den Klubs und Hotels.“

Er zuckte die Achseln und paffte seine Pfeife.

(Fortsetzung folgt.)

Nothmann gibt einen Reinfall zu.

Er wird von Bela Grob im Stinnes-Prozess weiter belastet.

Zu Beginn der gestrigen Verhandlung im Stinnes-Prozess wurde zunächst die Vernehmung des Angeklagten Direktor Nothmann fortgesetzt. Nothmann betonte, daß er bei der Schilderung des Pariser Geschäftes Stinnes gegenüber auch erklärt habe, daß der eventuelle Ankauf von Anleiheböden nur im Ausnahmefalle erfolgen könne. An die Darstellung des Angeklagten schlossen sich dauernde Vorhalte des Staatsanwalts und des Vorsitzenden, die wiederum zu längeren Erörterungen mit der Verteidigung Anlaß gaben.

Nothmann erklärte schließlich: Ich gebe zu, daß ich mich über die Zulässigkeit des Ankaufs von Anleiheböden nicht erkundigt habe und daß ich reingefallen bin auf die Mitteilung des Schrandt, ich könnte jederzeit mit ihm in Paris zum Reichskommissar gehen und mich über die Zulässigkeit des Geschäftes erkundigen. In Rumänien gab es überhaupt keinen deutschen Sonderkommissar. Staatsanwalt: Herr v. Waldow hat ausgesagt, Sie hätten ihm erklärt, es würde ungefähr ein fünfzehnfacher Gewinn herauskommen und v. Waldow hat diesen Gewinn auch noch ganz genau berechnet. Nothmann: Ich hätte niemals von einem fünfzehnfachen Verdienst gesprochen. Staatsanwalt: Können Sie denn ein Geschäft, das Ihnen in wenigen Wochen tatsächlich einen vierzehnfachen Gewinn brachte, überhaupt für anständig halten? Nothmann: Ich lege Wert auf die Feststellung, daß ich das Geschäft für durchaus anständig hielt.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung beantragte der Verteidiger des Angeklagten Nothmann, Rechtsanwalt Dr. Davidsohn, die Sachverständigen als Zeugen darüber zu vernehmen, ob in ihren Verwaltungsbetrieben Fälle ähnlicher Anleihegeschäfte bekanntgeworden sind. Es soll dadurch der Nachweis für die wiederholt aufgestellte Behauptung erbracht werden, daß auch andere

Stellen solche Geschäfte gemacht haben. Der Vorsitzende steht auf dem Standpunkt, daß eine solche Vernehmung der Sachverständigen über den Rahmen des Prozesses hinausgehen würde. Der Staatsanwalt sagte zu, die Genehmigung der Behörden für entsprechende Auslagen der Sachverständigen nachzusuchen.

Dann wurde Bela Grob Gelegenheit gegeben, sich zu den von Nothmann gegen ihn erhobenen Vorwürfen zu äußern, wobei er in allen Punkten bei seinen Nothmann beistehenden Angaben blieb. Nothmann sei darüber im Bilde gewesen, daß die in Berlin eingetauchten Anleihen als angeblicher rumänischer Anleihe in allen Punkten bei seinen Nothmann beistehenden Angaben blieb. Nothmann sei darüber im Bilde gewesen, daß die in Berlin eingetauchten Anleihen als angeblicher rumänischer Anleihe in allen Punkten bei seinen Nothmann beistehenden Angaben blieb.

Der Angeklagte Nothmann blieb gegenüber den widersprechenden Angaben des Bela Grob in allen Punkten bei seiner Darstellung. Grob mußte sich dann noch über die Differenz von 64 000 M. äußern, die zwischen der zum Ankauf der Wertpapiere verwandten Summe und dem insgesamt ausgegebenen Betrag besteht. Grob erklärte sich schließlich bereit, in der nächsten Sitzung an Hand der Kontoauszüge Auskunft über die Zusammenlegung der fraglichen Summe zu geben. Zum Schluß der Sitzung kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Joseph Schneid und Bela Grob. Zu der schon vorher aufgeworfenen Frage, weshalb gerade die Wiener Bankier Bloch zum Einkauf der Kriegsanleihe in Berlin von Grob herangezogen worden sei, erklärte Schneid: Bloch war überhaupt kein Bankier, sondern ein kleiner Kommissionsnarr mit einem Zimmer und einem Vorgimmer.

Die Verhandlung wurde dann auf Freitag vormittag vertagt. Es soll der Angeklagte v. Waldow vernommen werden.

Riesenbrand in Hamburg.

Das Möbellager von Karstadt vernichtet.

Hamburg, 6. Juni.

Das Karstadt-Möbellager auf der Veddel wurde gestern durch Feuer vernichtet. Es gelang der Feuerwehr nach mehrstündiger angestrengter Tätigkeit den Brand einzudämmen. Von dem mehrstöckigen Gebäude ist das erste Stockwerk, welches in der Hauptsache das Lager der Einheitspreisabteilung enthielt, völlig ausgebrannt, während das übrige Gebäude von dem Feuer fast beschädigt worden ist. Der Brand war kurz nach 3 1/2 Uhr völlig gelöscht.

Der durch das Feuer und Wasser angerichtete Schaden läßt sich noch nicht ziffernmäßig angeben.

Die Bewohner des Heidedorfes.

Zeugen für Jakobowski.

L. R. Neustrelitz, 6. Juni. (Eigenbericht.)

Die heutige Nachmittags-sitzung zeigte, welche starke Gemütserschütterung die Befestigung Civalds und Jakobowskis Hinrichtung auf die Einwohnerschaft Palingens und dessen Umgebung ausgelöst hat.

Unablässig beschäftigte man sich mit dem Kindesmord und mit den angeblich Schuldigen an der Tat. Die Zeugenausagen brachten die Befestigung für die Behauptung des früheren kommunistischen Landtagsabgeordneten Hartmann, der schon im Februar 1926 im Landtag von dem Rattenest Palingens in der Heidedorfer Sprach Hartmann erzählte, wie er in Palingen auf die geschlossene Ansicht der Dorfbewohner gestanden sei, daß Jakobowski unmöglich der allein Schuldige sein könne. Hätte man nur einem Wiederaufnahmegericht Jakobowskis stattgegeben, so wäre es ein leichtes gewesen, noch vor seiner Hinrichtung der Wahrheit auf den Grund zu gehen. Auch noch, als nach Jahren Regierungsrat Steuding und der Münchener Kriminalpsychologe Hentig ihre ersten Untersuchungen vorgenommen hatten, war die Ueberzeugung von der ungerochten Verurteilung Jakobowskis nicht ins Wanken gekommen. Es war allen klar: der Alleintäter konnte er unter keinen Umständen sein. Heute hörte man die Zeugen sprechen, denen gegenüber Frau Rogens und insbesondere ihr Sohn August immer wieder die Unschuld Jakobowskis beteuert habe. Da war zum Beispiel ein früherer Kriegsgefangener, demgegenüber über August sich als Jakobowskis Freund vorstellte: er sagte ihm, daß Jakobowski unschuldig hingerichtet sei.

Das Gericht weicht nicht zu dem Todesurteil gekommen, wenn es nicht seinem blöden Bruder Hannes geglaubt hätte.

Er könnte noch mehr darüber erzählen, wolle das jedoch unterlassen im Interesse seiner Familie. Das war eine Zeugin aus Lübeck, die anlässlich eines Gesprächs über den Kindesmord Frau Rogens fragte, weshalb sie eigentlich in der Gerichtsverhandlung nicht gesagt habe, daß sie den Jakobowski für unschuldig halte. Frau Rogens bekam einen roten Kopf und begann zu weinen. Immer neue Zeugen traten heute auf und wußten zu erzählen, wie August Rogens selbst seine Hand ins Feuer für die Unschuld Jakobowskis zu legen bereit war.

Das Gericht hofft, morgen mit der Beweisaufnahme fertig zu sein, um am Montag mit den Plädoyers beginnen zu können.

Abfahrgorganisation für Elektroapparate.

Unter Führung der Bewag haben sich die Verbände der Elektroindustrie zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen, die das Ziel hat, dafür zu sorgen, daß nur noch elektrische Geräte von guter Beschaffenheit an das Publikum verkauft werden. Die Geschäfte, die sich der Arbeitsgemeinschaft gegenüber verpflichten, elektrische Bedarfsartikel zu liefern, die den Vorschriften des Verbandes deutscher Elektrotechniker entsprechen, werden von der Arbeitsgemeinschaft besonders kenntlich gemacht. Dadurch soll verhindert werden, daß dem Publikum Waren verkauft werden, deren Benutzung für den Laien gefährlich werden kann. Darüber hinaus will diese Arbeitsgemeinschaft durch Kurze, Mitteilungsblätter und Lehrfilme das Publikum aufklären, wie man elektrische Geräte benutzt und was bei Störungen zu erfolgen hat. Die Bestrebungen sind sicher zu begrüßen, denn mit der Vermehrung des Stromverbrauches und der gesteigerten Benutzung elektrischer Geräte erhöht sich auch die Gefahr für den Benutzer. Schon heute gibt es auf dem Markt eine ganze Reihe elektrischer Apparate, die in der Hand des Laien eine Gefahr bedeuten. Und es zeigt sich auch, daß sich gerade in den letzten Jahren Geräte, die infolge von Kurzschluß entstanden sind, häufen. Das Zeichen der Arbeitsgemeinschaft trägt die Buchstaben AEB und

einen Hinweis, daß in dem betreffenden Laden nur kontrollierte Geräte verkauft werden. Bisher haben sich schon über 300 Geschäfte gemeldet, die ihre Geräte auf Sicherheit und Qualität ständig prüfen lassen und das Zeichen führen wollen.

Hat der Lavastrom aufgehört?

Terzigno soll gerettet sein.

Neapel, 6. Juni.

Durch den in der Nacht eingetretenen Stillstand des Lavaströmes kurz vor der geräumten Stadt Terzigno gilt die Gefahr für die bedrohte Stadt im Augenblick als beseitigt, so daß die gefährdeten Einwohner in ihre Häuser zurückkehren beginnen.

Nach einem amtlichen Bericht beläuft sich der Schaden in Terzigno auf etwa 50 zerstörte Häuser, wovon 80 Familien obdachlos geworden sind. Außerdem vernichtete der Lavastrom auf seinem Wege etwa 50 Hektar Land; davon sind 40 Hektar Weingärten und der übrige Teil Wald. Der ungeheure Wert der zerstörten Häuser und Weinkulturen kann auch schätzungsweise noch nicht angegeben werden.

Französischer Aristokrat als Schmuggler

Alkoholschmuggel-Sensation in New York.

New York, 6. Juni.

Hier erregt die Verhaftung des Führers des Alkoholschmuggler-Ring, des französischen Grafen Polignac, der Mitglied der bekannten französischen Champagnerfirma ist, größtes Aufsehen. Polignac wurde von 40 Beamten der amerikanischen Prohibitions-polizei aus dem vornehmen Savoy Plaza-Hotel herausgeholt. Auf ihn wurden noch verschiedene bekannte französische Kaufleute und Pelzhändler verhaftet, die sämtlich in den höchsten Gesellschaftskreisen verkehrten. Gleichzeitig konnten riesige Champagner-, Wein- und Likörbestände beschlagnahmt werden. Man vermutet, daß noch weitere bekannte amerikanisch-französische Namen hinter dem internationalen Alkoholschmuggler-Ring stehen, der eigene Warenspeicher, eigene Transportmittel, wie z. B. Postkutschen besitzt und auch über eine eigene bewaffnete Schutzgarde verfügt.

Sommerfest der Polizeibeamten.

Der Bezirk Groß-Berlin des Allgemeinen Preussischen Polizeibeamtenverbandes veranstaltete in dem geräumigen Etablissement „Carlshof“ am Spandauer Schiffskanal am 1. Juni d. J. sein Sommerfest. Trotz des ungünstigen Wetters waren die Mitglieder mit ihren Angehörigen zahlreich erschienen. Auch die Ortsvereine des Berliner Reichsbanners beteiligten sich an dieser Veranstaltung und marschierten unter Borantritt eines Tambourmajors mit ihren schwarzrotgoldenen Fahnen ein. Es kann gesagt werden, daß diese Veranstaltung des Polizeibeamtenverbandes erneut dazu beigetragen hat, das gute Verhältnis zwischen Publikum und Polizei weiter zu vertiefen.



Vor fünf Jahren starb, vierzigjährig, Franz Kafka an der Schindsucht. Er hat eine Reihe von Werken von genialer Schwung hinterlassen. Willy Haas war für Kafka wie für sich selber zu beschreiben, wenn er seine begeisterte Stellungnahme für Kafkas Dichtungen als ganz suggestives Werturteil aufgefacht wissen wollte. Nur: vollständig wird Kafkas Wert nie werden. Die Spannung zwischen der äußeren Realität und der inneren Welt des Lesers ist zu groß, um dem Durchschnittsleser nicht zu verwirren. Haas hätte gut getan, wenn er seinen sehr lebendigen Vortrag durch Beispiele ergänzt hätte — um dem Werke Freunde zu werden, aber auch, um jene davon zu warnen, die in ihnen spannende Unterhaltungslektüre wittern. — Noch ein Vortrag zeichnete sich an diesem Tag durch sympathische Frische aus: der dritte Teil von Paul Westheims Jollus „Kunstgeschichte und Mode“. — Eine gute musikalische Nachmittagsdarbietung wurde von blinden Künstlern gebracht. Die Sopranistin Margarete von Winterfeld, der Tenor Herbert Spohn, der Pianist Hermann Jahn-Schulze — der auch mit eigenen Kompositionen für Klavier und Gesang hervortrat, und der Chor der Staatlichen Blindenanstalt hatte sich für das Konzert vereinigt. Am Abend wurden aus der Philharmonie Männerchöre übertrugen, die vom Berliner Lehrerseelsamkeit und der Berliner Liebertafel gesungen wurden. Die Uebertragung klang nicht übermäßig gut; technische Mängel, die heute bei einer Uebertragung aus einem atakstisch so günstigen Raum mindestens nicht mehr wahrnehmbar auftreten sollten, zeigten der sorgfältigen Wiedergabe im Wege zu stehen. Les.

Der Unfug der Weissenberger.

Ein beachtlicher Freispruch.

Joseph Weissenberger, der Führer der merkwürdigen Weissenberger-Sekte, hatte den verantwortlichen Redakteur des „Boten aus dem Riesengebirge“ in Hirschberg wegen Falschmeldung verklagt. Bei dem Berufungsprozess, der in Hirschberg stattfand, wies Justizrat Dr. Ublach, Hirschberg, der frühere demokratische Reichstagsabgeordnete, darauf hin, daß über die verderbliche Tätigkeit der Weissenberger ein Wahrheitsbeweis angetreten werden könne, der erschütternd sein würde. Wohlfahrtsminister Hirtleier hat sich veranlaßt gesehen, in einem Rundschreiben gegen die Sekte der Weissenberger vorzugehen. Er hat die Vereinigung der Kurpfuscherei gefährlichster Art beschuldigt und der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die Öffentlichkeit bei jeder Gelegenheit dringend gewarnt werde. Die Veranstaltungen der Weissenberger seien geeignet, auf Nervöse äußerst schädlich zu wirken. Deshalb hat der preussische Wohlfahrtsminister die Disziplinargeschörden und die Kreisärzte ersucht, dieses gemeingefährliche Treiben zu überwachen. Das Gericht in Hirschberg hat die Berufung des Joseph Weissenberger verworfen und den verantwortlichen Redakteur des „Boten aus dem Riesengebirge“ freigesprochen. Bemerkenswert ist bei diesem Freispruch, daß dem Redakteur der Schutz der Wahrheit berechtigter Interessen zugesprochen wurde.

Zu den Weissenberger-Unfug nach den letzten Nummern seines Blattes, in dem Bismarck, Gustav Adolph, der Hohepriester Krippas und andere Lote Briefe, unter anderem auch an den „Vorwärts“, schreiben, eingegangen, erübrigt sich. Nur Karren werden auf den Schwindel hereinfallen.

Rätsel um „Oge Maru“.

Von verschiedenen Seiten lagen vorgestern und gestern Meldungen über eine Katastrophe auf dem japanischen Dampfer „Oge Maru“ vor. Jetzt teilt die Telegraphenagentur der Sowjetunion aus Wladiwostok mit, daß der angeblich brennend gesunkene japanische Dampfer „Oge Maru“ unbeschädigt seine Reise fortsetzt. Die Meldung von seinem Untergang sei völlig erfunden. „Exchange Telegraph“ in London berichtet, daß der Dampfer unversehrt in seinem Bestimmungshafen auf Kamtschatka eingelaufen ist. Die ersten Meldungen über die gefährliche Lage des von Wladiwostok abgefahrenen Schiffes und das ungewisse Schicksal der an Bord befindlichen 700 Passagiere hatten große Beunruhigung hervorgerufen. Die japanischen Behörden haben eine Untersuchung über den Ursprung der falschen Gerüchte eingeleitet.

Sport.

Rennen zu Ruhleben am Donnerstag, dem 6. Juni.

- 1. Rennen. 1. Keschelos (Ch. Will), 2. Olympia, 3. Banco Duffo. Toto: 20; 10; 20; 33; 10. Ferner liefen: Tamerlan, Selamiti, Golofernes, Beate, Lucie Eugist, Valencia I, Bella Timoteo, Zunario, Remade.
- 2. Rennen. 1. Steden: 1. David (B. Jinn), 2. Quini Stal Rancier, 3. Edo. Toto: 34; 10; 10; 12; 17; 11; 10. Ferner liefen: Antenne, Copal, Nord Arco, Michael, Duffi Quasi. — 2. Steden: 1. David (B. Jinn), 2. Quini Stal Rancier, 3. Michael. Toto: 19; 10; 10; 13; 27; 41; 10. Ferner liefen: Edo, Nord Arco, Antenne.
- 3. Rennen. 1. Concordia (Ch. Will), 2. Cordula, 3. Natur. Toto: 16; 10; 10; 15; 22; 10. Ferner liefen: Waldana, Generalia.
- 4. Rennen. 1. Ledenshäuser (Ch. Will), 2. Kapellmeister, 3. Andros. Toto: 19; 10; 10; 11; 22; 14; 10. Ferner liefen: Deweghina, Bollerfall, Baron Silberer, Florian.
- 5. Rennen. 1. Robena (H. Röder), 2. Herzog Louis, 3. Anafu I, 4. Ellenio. Toto: 121; 10; 10; 31; 14; 13; 32; 10. Ferner liefen: Paul Bolo, Repetto, Oscar, Ratal, Regendenagel, Gendel, Gün Dikun, Robelle, Olga Burton, Cirano, Olli, Heinz Duffo (80 Pros. Wagh zurück).
- 6. Rennen. 1. Alex (A. Will), 2. Brachmadel Lohrer, 3. Stegmud. Toto: 23; 10; 10; 13; 36; 15; 10. Ferner liefen: Gaurela, Queen Alder, Chelmleiter, Quisquale, Gelbin, Colla Rica, Tullio, Frederia Durdio.
- 7. Rennen. 1. Naturburke (Ch. Röder), 2. Clementine, 3. Silvaniana, 4. Bombardier. Toto: 100; 10; 10; 24; 17; 13; 15; 10. Ferner liefen: Long Albert, Sabana, Kubbaga Don, Johreiner, Dolman, Reibhammel, Alenburg, Oltica, Wilke.
- 8. Rennen. 1. Signal (B. Jinn), 2. Frieda Edelstein, 3. König Pear. Toto: 16; 10; 10; 11; 14; 11; 10. Ferner liefen: Klam, Kapitän Ode, Finfiedler, Carlsmaddegen, Effi, Ogarb.

Sozialistische Arbeiterjugend Gr. Berlin
 Einladungen für die Herbst- und die Jugendarbeiten
 Berlin SW 68, Lindenstraße 3
 Abrechnung der Beiträge und Ausgabe des Juni-Jugendboten und des „Arbeiter-Jugend“ heute zwischen 17 und 19 Uhr.
 Abteilungsmitgliederversammlungen, Freitag, 19 1/2 Uhr.
 Rühlischer Bezirk: Heim Weissenstr. 18. — Genu: Heim Podumer Str. 10. — West II: Schule Hallesches Str. 21. — West III: Heim Leichter Str. 18-19. — Weissenhof: Heim Forststr. 36. — Kottbusplatz: Heim Brommstr. 1. — Westplatz: Heim Lütcher Str. 4-5. — Friedrichshagen: Heim Diehlstr. 3-4. — Stralauer Viertel: Heim Schillerstr. 41. — Borsigener Viertel, W. G.: Heim Trauer Str. 18. — Charlottenburg: Heim Polsterstr. 4. — Charlottenburg-Geb.: Heim Schillerstr. 2. — Weissenhof: Altschule, Forststr. 7. — Kottbusplatz: Heim Forststr. 16. — Weissenhof: Altschule, Berlin Str. 21. — Schönewald: Heim Forststr. 11 (Erfrausgabe).
 Kottbusplatz: Schule Altkatholischer Str. 13. — Erste Hilfe bei Unfällen: — Kottbusplatz: Schule Hallesches Str. 21. — Westplatz II: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz III: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz IV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz V: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz VI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz VII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz VIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz IX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz X: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz XI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz XII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz XIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz XIV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz XV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz XVI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz XVII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz XVIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz XIX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz XX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz XXI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz XXII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz XXIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz XXIV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz XXV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz XXVI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz XXVII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz XXVIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz XXIX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz XXX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz XXXI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz XXXII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz XXXIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz XXXIV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz XXXV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz XXXVI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz XXXVII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz XXXVIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz XXXIX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz XL: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz XLI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz XLII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz XLIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz XLIV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz XLV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz XLVI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz XLVII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz XLVIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz XLIX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz L: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LIV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LVI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LVII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LVIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LVIX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXIV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXVI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXVII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXVIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXIX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXIV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXVI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXVII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXVIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXIX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXIV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXVI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXVII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXVIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXIX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXIV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXVI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXVII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXVIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXIX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXIV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXVI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXVII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXVIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXIX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXIV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXVI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXVII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXVIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXIX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXXI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXXI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXXI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXXI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXXI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXXI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXXI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXXI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXXI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXXI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXXI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXXI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXXI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXXI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXXI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXXI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXXI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXXI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXXI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXXI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXXI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXXI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXXI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXXI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXV: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVI: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXVIII: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXIX: Schule Concordiastr. 20. — Westplatz LXXXXXXXX



STADT DES VORWARTS

BEILAGE

Straßenbäume und Großstadtverkehr.

Das Auto gefährdet die Stadtschönheit Berlins.

Das lichte Frühlingsgrün der Bäume in Straßen, Gärten und Parkanlagen trägt auch in die Steinmeere unserer Großstädte einen Hauch von der großen Natur. Für Millionen in Staub und Rauch schwer arbeitenden Menschen bedeutet das Grün der Bäume und Sträucher allein ein wenig Rotundheit und Frühlingsfreude im Alltag. Gerade in der Arbeiterbevölkerung beobachtet deshalb viele mit Bedauern und offener Kritik den von Jahr zu Jahr fühlbaren Rückgang unseres großstädtischen Baumbestandes, der heute schon in erschreckendem Maße dem Verkehr zum Opfer fällt. Ob diese Opfer notwendig, ob sie überhaupt zu rechtfertigen und wie sie andernfalls zu vermeiden sind, ist also eine Frage, mit der eine sozialdemokratische Kommunalpolitik sich unbedingt auseinanderzusetzen muß.

Die Notwendigkeit des Abholzens von Straßenbäumen, der Beseitigung von Vorgärten und Grünflächen begründen die verantwortlichen Stellen entweder mit einem bereits eingetretenen, gefährlichen Answellen des Verkehrs oder mit einer erst in Zukunft in den betreffenden Gegenden sich zu erwartenden erheblichen Verkehrssteigerung.

Trotzdem kann man, abgesehen von Einzelfällen, besonders in osterländischen Städten mit engen Straßen von einer allgemeinen, unerträglichen Verkehrsverdichtung, der dringend durch umfangreiche Veränderungen und Verbesserungen Abhilfe geschaffen werden müßte, in der Gegenwart in Deutschland kaum reden.

Die belebtesten Verkehrspunkte von Berlin können sich mit den entsprechenden Stellen in Paris, London oder gar New York nicht vergleichen. Das wird jeder Reisende bestätigen. Natürlich finden wir auch in Berlin und anderen deutschen Städten vereinzelt Verkehrsanhäufung. Aber wenn an solchen Punkten — es sind dies meist Sternplätze — sich ein paar Reichen Autos anfangeln und einige Minuten warten müssen, so kann nur eine kleinstädtische Auffassung in dieser ganz natürlichen Großstadtscheinung ein belangloses Uebel sehen. Dazu finden wir regelmäßig in nächster Nähe der verkehrsreichen Straßen und Plätze Nebenstraßen mit geringer Verkehrsichte, die sehr wohl die überfüllten Stellen entlasten könnten.

Gegen die Bevorzugung der Privatautos!

Eine Verkehrsnot, die eine Beseitigung des städtischen Baumbestandes in dem gegenwärtigen Umfang rechtfertigen könnte, liegt also nicht vor. Die umfangreichen Opfer an Straßenbäumen, die in letzter Zeit in vielen deutschen Großstädten zu beobachten sind, werden auch zum weitaus größten Teile als Vorbeugungsmaßnahme für die zukünftige Verkehrssteigerung hingestellt. Die Verantwortlichen solchen Vorgehens verweisen immer wieder auf Amerika als Beispiel des Ausmaßes, in dem unter Verkehr und damit auch seine Schwierigkeiten wachsen werden. Da alle diese Verkehrsnot nicht durch die Massenverkehrsmittel, sondern durch das Auto hervorgerufen werden, soll auch bei uns die zukünftige „amerikanische“ Zunahme des Autoverkehrs zu ähnlichen Zuständen führen. In Amerika — womit natürlich immer die Vereinigten Staaten gemeint sind — kommt ein Kraftwagen auf 5,5 Einwohner, in Deutschland nach dem vorjährigen Reichsdurchschnitt ein Kraftfahrzeug, Auto oder Motorrad (während in den Vereinigten Staaten das Motorrad wenig in Erscheinung tritt) auf 54 Einwohner. Gegenüber unseren Vergleichszahlen erscheint also die amerikanische Ziffer gewaltig, und sie wird geradezu überwältigend, wenn man bedenkt, daß im vorletzten Jahre von 29 1/2 Millionen aller Autos, die es auf der Erde gab, 23 1/2 Millionen allein in den Vereinigten Staaten liefen. Aber die Zahl: Ein Auto auf 5,5 Einwohner, belagt noch etwas anderes. Obwohl vier Fünftel aller Kraftwagen in den Vereinigten Staaten fahren, haben, was bei uns wenig bekannt ist, selbst dort von den rund 100 Millionen Nordamerikanern — 82 Millionen Menschen kein Auto! Es kann also gar keine Rede davon sein, daß „in Amerika jeder Arbeiter sein Auto“ hat. Daß selbst im Autoland Amerika für den Berufsverkehr der Privatautos durchaus nicht die führende Rolle einnimmt, beweist auch eine auf der vorjährigen Versammlung der Elektrischen Bahnen in den Vereinigten Staaten vorgetragene, in der „Verkehrstechnik“ veröffentlichte Statistik. Danach führten von und nach dem Hauptgeschäftszentrum in den Städten Baltimore, Chicago, St. Louis und San Francisco durchschnittlich nur 25,2 Proz. der fahrenden Personen in Privatautos, dagegen 74,8 Proz. in den öffentlichen Verkehrsmitteln. In richtiger Einsicht dieser Verhältnisse geht man nun in amerikanischen Städten daran, überfüllte Straßen zugunsten der öffentlichen Verkehrsmittel für den Privatautoverkehr zu sperren! Man erkennt also selbst im hochentwickelten, autotreibenden

Amerika an, daß das Interesse der Autobesitzer gleichbedeutend mit dem Interesse der Allgemeinheit ist! Das sollte unseren europäischen Verkehrsplaner zu denken geben!

Bessere Verteilung des Kraftwagenverkehrs.

In Deutschland fehlen alle wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine den amerikanischen Zuständen vergleichbare Entwicklung des Kraftwagenbesitzes. Selbst optimistische Schätzungen erhoffen nur eine noch drei- bis vierfache Vermehrung des heutigen Bestandes. Es wäre daher vollkommen obwegig, wenn sich die Gestalter unserer Stadt- und Straßenbildes und unsere Verkehrsplaner in erster Linie von Rücksicht auf die Kraftfahrzeugbesitzer leiten ließen, wenn hygienische und ästhetische Forderungen der arbeitenden Masse — zu denen die Erhaltung des ohnehin spärlichen Pflanzenbestandes in den Großstädten gehört — der autofahrenden Minderheit unbedeutlich geopfert würden!

Prüft man, welcher Teil der Autofahrer unbedingte Berücksichtigung im öffentlichen Verkehrsleben verdient, bleibt wenig genug. Feuerwehr, Polizei, Arzt und Tierarzt im Beruf, Rettungswagen — sie alle dienen dem allgemeinen Wohle und müssen auch im Straßenverkehr bevorzugt werden. Der sogenannte Geschäftsverkehr hat hingegen keinen Anspruch auf Vorrechte. Ob Herr A. oder Herr B. einem Konkurrenten zuvorkommt, ist für die Allgemeinheit völlig gleichgültig. Es stehen in unserem Falle, in dem es sich um die Erhaltung der Bäume und Grünanlagen handelt, den berechtigten Wünschen der Volksmasse nur wenige berechtigte Forderungen des Autoverkehrs (Feuerwehr usw.) gegenüber — oder praktisch gesprochen: Wenn wirklich an einer Stelle der Großstadt gefährliche Verkehrsverdichtungen in der Zukunft ausbrechen, so wird eine sozial denkende Verwaltung nicht Stadtbild, Pflanzenwuchs und auch Kunstwerte opfern, ehe nicht alle Möglichkeiten der Um- und Ableitung des Autoverkehrs auf dem Wege der Verordnung, Erziehung und mit technischen Mitteln erschöpft sind. Die Verteilung des Kraftwagenverkehrs auch auf Nebenstraßen wurde als Abhilfe von Verkehrsstaunungen bereits genannt, sie stellt, da sie für den Kraftfahrer selbst nur vorteilhaft ist, nur eine Frage der Einsicht dar. Das in Amerika jetzt angezogene Mittel der Sperrung gewisser Straßen für den Privatautoverkehr wird später auch bei uns in Erwägung zu ziehen sein.

100 000 Autos erzeugen 200 000 cbm Giftgas.

Als „Lungen der Großstadt“ kommt ja gerade bei der Vermehrung der Kraftwagen den Bäumen dauernd erhöhte Bedeutung zu. Nach den Untersuchungen von Dr. Diefering von der Preuss. Landesanstalt für Wasser-, Boden- und Lufthygiene enthalten die Auspuffgase eines Wagens durchschnittlich 4,5 Proz. Kohlenoxyd, 4,5 Proz. Kohlenstoff und 5,5 Proz. unverbrannte Kohlenwasserstoffe. Das gefährlichste unter diesen Gasen ist das geruchlose, sehr giftige Kohlenoxyd. Die Erstickungsfälle in Garagen rühren vom Kohlenoxydgas her. Bei einem durchschnittlichen täglichen Benzolverbrauch von 7 Liter erzeugt ein Kraftwagen etwa zwei Kubikmeter jenes Giftgases im Tage. Die 100 000 Kraftfahrzeuge in Berlin bloßen mithin Tag für Tag rund 200 000 Kubikmeter ungeheuer giftiges Kohlenoxyd in die Luft, die der Großstadtbewohner zum Atmen dient! Nun vermag eine Pflanze zwar nicht das Kohlenoxydgas zu beseitigen. Sie gibt aber bei ihrem Stoffwechsel Sauerstoff ab und vermindert dadurch den Gehalt der Luft an diesem lebenswichtigen Element.

Doch die Erhaltung des Pflanzenwuchses ist nicht nur eine Forderung der Hygiene. Den Millionen der Schaffenden, die sich keine Ruhe in waldige Gebirge leisten können, bringt das frische Grün in dem steinernen Häusermeer einen Hauch der lebendigen Natur, es erfrischt die alten Leute, die nicht mehr hinauswandern können. Auch der Fremde wird nicht gern eine Stadt besuchen, die nur eine öde Steinwüste ist. Gerade für den Amerikaner liegt ja der Reiz der europäischen Stadt darin, daß sie anders aussieht als die amerikanischen Städte.

Bei der durch die Technik bedingten künftigen Entwidlung unserer Großstädte wird eine sozial eingestellte Verwaltung nicht einseitig das Ziel verfolgen: Wie dienen wir dem Autoverkehr? Sie wird vielmehr die Aufgabe voranstellen: Wie schützen wir Allgemeininteressen und Volksgesundheit vor den Schäden des Kraftfahrzeuges? Eine von solchem Gesichtspunkte geleitete Verkehrsplanung muß die Erhaltung der Bäume und Grünanlagen in der Großstadt als wichtige Faktoren der Lebensfreude und Gesundheit für die Volksmehrheit zu ihren vornehmsten Pflichten rechnen!

Dr. B. B.

Aus den Bezirken.

Arbeiten, nicht bloß agitieren!

3. Kreis. — Berlin-Weidling.

In der Bezirksverordnetenversammlung vom 5. Juni stand zunächst eine Vorlage zur Debatte, welche 275 000 M. für den Erweiterungsbau der Aufnahmeabteilung im Kinderkrankenhaus fordert. Außerdem soll eine Röntgenstation errichtet und die Poliklinik umgebaut werden. Der jetzige Zustand, der es nötig macht, daß die kranken Kinder direkt von der Straße in die unzureichenden Ausnahmeräume getragen werden müssen, ist auf die Dauer unhaltbar; denn bei der Verquickung von Aufnahmeabteilung und Poliklinik besteht die dauernde Gefahr, daß sich die Kinder infizieren. Ohne Debatte stimmte die Versammlung der Vorlage zu. Sodann beschäftigte sich die Versammlung mit zwei kommunistischen Rundreiseanträgen. Der erste Antrag forderte die Aufhebung des Verbots des Roten Frontkämpferbundes, der zweite betraf die Vorgänge am 1. Mai und den darauffolgenden Tagen. Die Begründung dieser Anträge durch den kommunistischen Fraktionsredner, der durch seine Uebertreibungen und durch seine Ausfälle gegen die SPD. sehr oft fürmliche Heiterkeit auslöste, hörte sich die Versammlung ruhig an. Die SPD. stellte darauf den Antrag, die kommunistischen Anträge durch Uebergang zur Tagesordnung zu erledigen. Da die Bezirksverordnetenversammlung in diesem Sinne beschloß, gerieten die Kommunisten in eine derartige Wut, daß die nichtöffentliche Sitzung, die im Anschluß an die öffentliche Sitzung stattfinden sollte, nicht abgehalten werden konnte.

Kommunisten gegen Sozialfürsorge.

5. Bezirk. — Friedrichshain.

In der letzten Sitzung der Bezirksversammlung Friedrichshain brachte es eine deutschnational-kommunistische Koalition fertig, die wichtigsten sozialen hygienischen und kulturellen Vorlagen abzulehnen. Die Bevölkerung dieses reinen Arbeiterbezirks wird sich bei den Herbstwahlen entschließen müssen, mit den Deutschnationalen und Kommunisten gründlich abzurechnen und aufzuräumen, um in Zukunft zu einer gedeihlichen kommunalen Aufbauarbeit, wie sie die Sozialdemokratie im Interesse der arbeitenden Bevölkerung wünscht, zu kommen.

Anfragen und Anträge der Kommunisten und Deutschnationalen zu Nichtständen im Schulwesen des Bezirks waren zum Teil überholt. Stadtrat Genosse Klotz und Genosse Therk konnten einen Uebereifer der Antragsteller festnageln, da in der Freizeitanlage des Sportplatzes Friedrichshain für Spiele der Schule in der Dünser Straße ein Bedürfnis seitens der Schulleitung nicht festgestellt werden konnte. Der Wunsch, die Volksschule in der Barfusstraße auszubauen, sei auf alle Schulen auszudehnen. Stadtrat Genosse Brückner teilte mit, daß für den Ausbau der Schulen Freuchtstraße 38 und Friedenstraße 31 bereits Mittel eingestellt sind und für die Schulen in der Krautstraße 49 und Bromberger Straße 13 Bereitstellung von Mitteln vorgeesehen ist. Eine weitere Schule soll noch aus allgemeinen Unterhaltungsmitteln zum Ausbau gelangen. Daraus ist ersichtlich, daß schon im laufenden Jahre auf Veranlassung des Bezirksamts mit der Renovierung einer großen Zahl von Schulen gerechnet werden darf. An die Stadtverordneten des Bezirks richtete Genosse Brückner die eindringliche Forderung, sich für die baldige Durchführung energisch einzusetzen, da der Schwerpunkt für durchgreifende Beschlüsse in Magistrat und Stadtverordnetenversammlung zu suchen ist. Vorlagen, betreffend Aufhebung der Vorgärten in der Landsberger Allee zur Verbesserung der Verkehrsmöglichkeiten, Errichtung eines Rentnerhauses in Straßau und Aufhebung der Puffendorferstraße zum Ausbau der dort gelegenen Schulen und zur Schaffung wichtiger sozialer Einrichtungen (Kindergärten, Kinderkrippen usw.) wurden angenommen. Bei der Beratung der einmaligen Anforderungen zur Bedarfsübersicht 1930 kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen. Als Vertreter des Bezirksamts wünscht Stadtrat Dr. Gilmann, unterstützt vom Genossen Klingler, dringend schnellere Beratung, da bei Nichterreichung bis zum 1. Juli der Bezirk in Rückstand gerate. Die kommunistischen Agitationsanträge wurden sämtlich abgelehnt. Man wünschte dann zweite Beratung. Eine vorgenommene Gesamtabstimmung ergab bei deutschnational-kommunistischer Koalition die Ablehnung der Vorlage. Abgelehnt wurden damit die unbedingt erforderlichen Summen für den Neubau der Warschauer Brücke, für Ausgestaltung und Neubauten in Volksschulereien und Puffendorfer, für die Errichtung eines Rentnerhauses, zweier Jugendheime, zweier Spielstätten für die gefährdete Kinder, eines Jugendhauses, einer

Umbau- Ausverkauf

Auf alle Waren 15% Sonder-Rabatt

(nur die Maß-Abteilung, Berufskleidung und einige Markenartikel ausgenommen)

Wer wirklich sparen will beim Einkauf guter Herren- und Knabenkleidung, der geht zu:

Eidert & Dyckhoff

Gertraudenstraße 8-9 an der Petrikirche

Kinderkrippe, einer Barock für Krüppelbehandlung, eines Gesundheitshauses, zweier Säuglings- und Kleinkinderfürsorgeeinrichtungen, dreier unterirdischer Bedürfnisanstalten, ferner der Mittel für Um- und Ausbau des Krankenhauses (Königininstit, Operationsaal, Pavillon VI usw.), des Hospitals, des Stadtbads, des Sportplatzes Pasterstraße und der gärtnerischen Anlagen (Kinderspielfläche, Planschbecken usw.), sowie für die Fertigstellung des Krematoriums in der Dieftemeyerstraße. Erst jetzt dämmerte es bei den Kommunisten ob ihrer unglücklichen Stellungnahme. Sie verlangten stürmisch die zweite Lesung einer durch Ablehnung nicht mehr vorhandenen Vorlage. Die Genossen Kasper und Siegle nagelten diese blamable Politik der Rechten und Linken fest. Ein Mißtrauensantrag der Kommunisten gegen den Bezirksverordnetenvorsteher Genossen Kasper verfiel, nachdem Genosse Buchmann den Kommunisten gebiet hatte, gegen die Stimmen der Kommunisten und Deutschnationalen der Ablehnung.

Siedlerbeschwerden.

12. Bezirk - Steglitz.

Ein Strauß bunter Verlegenheitsanträge der Fraktionen wird vom Bezirksamt präsentiert; die Anträge werden zum Teil zur Kenntnis genommen, zum Teil wegen Unzuständigkeit des Bezirksamtes zurückgewiesen. Auch die Beschwerde des deutschnationalen Stadtd. Herzog und seiner Parteifreunde über Mißstände bei der Rathhofverwaltung wird aus der Bearbeitung in einer Kommission als unbegründet zurückgewiesen. Der Berichterstatter der Kommission konnte feststellen, daß die Bestimmungen über Höhe der Gebühren, Uniformierung der Leichenträger, Grab- und Denksteinanordnung einheitlich durch eine Friedhofsordnung der Stadt Berlin geregelt worden sind und die einzelnen Bezirke nicht zuständig sind. Die Steglitzer Friedhofsverwaltung ist bemüht, die Friedhöfe gärtnerisch und künstlerisch zu heben. Es existiert eine Liste, die unkünstlerische und lässliche Grabmäler ausschließt. Die Kommunisten spielen sich bei einer Reihe von Punkten, die die Festlegung von Bauflächen und Genehmigung von Bebauungsplänen betreffen, als die Vertreter von Siedlerinteressen auf. Das Bauamt soll nachträglich die Bebauungspläne wieder geändert haben, so daß den Siedlern Schaden und viele Scherereien erwachsen. Besonders heftige Angriffe werden gegen Bürgermeister Sembrotki gerichtet, der gesagt haben soll, daß genügend Kleinwohnungen in Steglitz vorhanden wären und es Zeit sei, große Wohnungen zu bauen. Der Bürgermeister bestritt diesen Anspruch, der zwei Jahre zurückliegt. Auch der Stadtbaumeister bestritt die Behauptung, daß nachträglich die Bebauungspläne geändert worden wären. Steglitz habe die größte Bautätigkeit von allen Bezirken, größtenteils wären es Neubauten, die von gemeinnützigen Gesellschaften mit Hauszinssteuerzuschüssen errichtet würden, bis 85 Proz. beständen nur aus Kleinwohnungen. Es stellte sich schließlich heraus, daß die Siedler mittlerweile auf die Bearbeitung der Rechtsparteien hin wieder umgefallen waren, nachdem das Bezirksamt ihren Befürchtungen Rechnung getragen hat. Die sozialdemokratische Fraktion konnte erklären, daß man sie nicht eingeladen und von den Beschwerden der Siedler nicht unterrichtet habe. Ein Antrag, eine Angliederung der Lärle der Charlottenburger Wasserwerke an die städtischen Wasserwerke seitens des Bezirksamtes herbeizuführen, wurde nunmehr zum 10. und 11. Juli wieder angenommen. — Zur Verbesserung des Verkehrs zwischen dem Lichtenfelder Ortsteil und dem Westen sind neue Autobuslinien geplant. Der Magistrat hat dementsprechend den Bezirksverordneten eine Vorlage gemacht, die von allen Parteien nach den verschiedensten Richtungen hin kritisiert wird. Zuletzt gelangt die Vorlage des Magistrats durch die Zustimmung der SPD. zur Annahme.

Die neue Zeit am Müggelsee.

60 Kilometer Promenadenwege. — Verkehrsverbesserungen.

Es ist keine Übertreibung, wenn gesagt wird, daß erst mit dem Einziehen der Sozialdemokraten in die Magistrats- und Stadtverordnetenversammlungen die Bewegung zur Schaffung von Parks, Spielplätzen, Grünstreifen, Volkserholungsstätten, Freibädern, Verkehrsverbindungen aus dem Stadium literarischer Wünsche, Hoffnungen und Anregungen in die Praxis getreten ist.

Einer der Berliner Verwaltungsbezirke, die stolz auf ihre dem Gesamtwahl geleistete Arbeit sein können, ist Köpenick, an dessen Spitze bekanntlich ein sozialdemokratischer Bürgermeister, der Genosse Kohl, steht. Es ist geradezu überraschend, was in diesem riesigen Waldgebiet, das auch den Müggelsee einschließt, im Lauf des Winters und des Frühlings geschaffen worden ist. Die Gesamtlänge der zurzeit vorhandenen Uferpromenaden beträgt 13 Kilometer. Es sollen aber insgesamt 60 Kilometer Uferpromenaden geschaffen werden. Vorhandene Uferpromenaden sind die an der Dahme bis Krampenburg, die aber noch bis Müggelheim verlängert werden soll, die von Rubezahl am Müggelsee bis Müggelort und die an der Nordseite, der Friedrichshagener Seite am Freibad vorbei bis Rahnsdorf. Geplant sind Promenaden von Schmödewitz bis Gosen. Damit würde ein ganz neues Gebiet in die bequemen Spazierwege einbezogen werden. Auf fiskalischem Gebiet, am Damerhiesee, wird um einen Platz für Badezwecke gekämpft.

Großartig ist auch das Freibadwesen im Osten in diesem Bezirk ausgebaut worden. Das leider abgebrannte Freibad am Müggelsee ist mit einem Kostenaufwand von über 1 1/2 Millionen Mark wieder aufgebaut worden. Das Freibad Grünau ist endlich in städtische Verwaltung übergegangen und hat einen entsprechenden Ausbau erfahren, der aber noch nicht beendet ist. Die Badeanstalt Wendenichloh ist erweitert worden, und es können sich jetzt dort auch Familien ihres gemeinsamen Bades erfreuen. Sind die Gelder für diese Badeanstalten nicht im wahren Sinn des Wortes dem Wohlergehen der Allgemeinheit, der gesamten Bevölkerung zugewendet worden? Und das unter dem Einfluß einer stark sozialistischen Bezirksteilung und Bezirksversammlung. Uebrigens macht eine staatliche Behörde, das Preussische Wasserbauamt, mit Recht darauf aufmerksam, welche großen Gefahren das Baden außerhalb der genannten städtischen Badeanstalten in sich birgt, da fast überall die Ufer der Spree und der Dahme sehr schnell abfallen oder aber auch Morast und Schlingpflanzen den Badenden gefährlich werden.

Der lange vernachlässigte Verkehr im Osten geht gleichfalls einer dringenden notwendigen Erweiterung und Verbesserung entgegen. Vom Friedrichshagener Bahnhof ist für Straßenbahn und Auto eine geradezu ideale Straße quer durch den Wald auf das Freibad zugeführt worden. Welche Schwierigkeiten der BVG. aus derartigen Vorhaben erwachsen, erhellt aus der Tatsache, daß die Aufsichtsbehörden diese Linie — es ist Linie 84 —, die die beste Verbindung vom Bahnhof Friedrichshagen zum Freibad darstellen wird, nur dann genehmigten, wenn ein angeblich im Wege stehendes, der Post gehöriges Gebäude abgerissen wurde. Was blieb übrig. Die BVG. mußte das Gebäude ankaufen, riß es ab und machte so den Berlinern den Weg zum Freibad frei, der Mitte Juni zum erstenmal befahren werden wird. Weit größer sind die Schwierigkeiten bei der Linie 91, die jetzt bis Bahnhof Oberspree bei Spindlersfeld gehend nach dem Wunsch des Bezirksamtes Köpenick und der BVG. bis Friedrichshagen weiter-

geführt werden soll. Da die Weiterführung ein Glied der Reichsbahn kreuzen muß, verlangt die Aufsichtsbehörde eine Unterführung der Straßenbahn, ein unmögliches Begehren, das die Wirtschaftlichkeit der Straße zerstören würde. Es besteht aber Aussicht, die Schwierigkeiten zu beseitigen. Außerdem fährt ein Autobus von Bahnhof Friedrichshagen bis Hessewinden, und im August wird eine Autobuslinie Spindlersfeld—Köpenick—Rahnsdorf aufgenommen werden. Vielen Berlinern wird der Sonntagsausflug durch die schlechten Verkehrsverhältnisse verleidet. Hier im Bezirk Köpenick um den Müggelsee herum wird man bald von keiner Verkehrsnot mehr sprechen können.

Die Tätigkeit der Wohnungsfürsorgegesellschaft.

Dem Stadtverordnetenaußschuß zur Vorbereitung mehrerer Anträge über die Vergabe der Mittel aus der Hauszinssteuer für Wohnungsbauten ist von der Wohnungsfürsorgegesellschaft ein umfangreiches Material zur Beantwortung der gestellten Anfragen übermittelt worden. Der Ausschuß trat am Montag zu einer Besprechung zusammen. Es wurde zunächst über die bis jetzt zur Zwangsversteigerung gekommenen, mit Hauszinssteuer belasteten Wohnungsbauten verhandelt. Hierbei konnte festgestellt werden, daß der Hergabe von rund 1/2 Milliarde Hauszinssteuerdarlehen bis Ende März 1929 für rund 90 000 Wohnungen ein Verlust von nur 282 000 Mark, also ein verhältnismäßig geringfügiger Betrag, gegenübersteht. Ferner wurde bezüglich der wiederholten Angriffe gegen die Wohnungsfürsorgegesellschaft wegen der unterschiedlichen Behandlung der privaten und der gemeinnützigen Gesellschaften dargelegt, daß das Verfahren der Wohnungsfürsorgegesellschaft im Einvernehmen mit dem preussischen Minister für Volkswohlfahrt ausgeübt wird. Der Ausschuß nahm hieran Kenntnis und bezieht sich vor, in einer späteren Sitzung die Verhandlung fortzusetzen.

**Zeichne die
7% steuerfreie Reichsanleihe!**

In Stücken schon zu 100 RM.
Zeichnungsschluß am 8. Juni

Resonanzlos für Politik: Dr. Carl Geuer; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Sozialisten: A. S. Schöber; Kollats und Schlags; Reichsarbeit: Karsig; Th. Glöde; (ämtlich in Berlin). Verlag: Vertriebs-Berlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Hermanns-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Sinner u. Co., Berlin SW. 68. Lindenstraße 2. Dienst- u. Belagere. „Stadtblatt“ und „Unterhaltung und Wissen“.

Stoffe u. Kleider für den Sommer



Blusen aus Baumwollmusselin, Gr. 42-54	4.75	4.25	Kleider-Zephir ca. 80 cm breit	1.15	0.70
Blusen aus Trikot-Charmeuse, bedruckt u. bestickt, mit und ohne Ärmel	18.75 15.50	12.50	Bedruckter Satin ca. 80 cm breit	1.40 1.35	1.25
Praktische Kleider indanthrenfarbig, Gr. 100	6.25 6.45	3.75	Voiles bedruckt, ca. 100 cm breit	2.25 1.95 1.45	0.95
Backfischkleider aus gemusterter Waschkunstseide, Gr. 90, 95, 100		9.75	Waschkunstseide gemustert, ca. 70 cm br.	1.95 1.45 1.25	0.75
Jugendliche Kleider aus bedrucktem Voile	9.75 7.95	3.95	Waschkunstseide ca. 100 cm br.	3.90 2.95	1.95
Jugendliche Kleider aus gemust. Waschkunstseide	13.50	8.90	Baumwollmusselin ca. 70 cm br.	1.10 1.00 0.90	0.78
Jugendliche flotte Kleider aus Wollmusselin in den neuesten Farben	21.- 14.75	11.75	Wollmusselin 75/80 cm br.	3.50 2.90 2.60	2.40
Sportkleider aus gutem weißen Panamastoff, beste Verarbeitung	11.90	10.90	Trachtenstoffe indanthrenfarbig, ca. 80 cm	1.90 1.75 1.60	1.30
Elegante Kleider aus Toile de Soie in glatt und gestreift	38.00 33.00	27.00	Japon Foulard in mod. Mustern, ca. 90 cm	5.50	4.90
Frauenkleider aus bedruckter Waschkunstseide in vielen Mustern		14.75	Crêpe de Chine bedruckt, ca. 100 cm br.	7.90 6.50	4.90
Frauenkleider aus Vollvoile in den modernsten Ausführungen	34.00 29.50	24.50	Toile de soie besonders gute Qualität, ca. 80 cm		5.25
Frauenkleider aus Wollmusselin in aparten Mustern	38.00 29.75	25.00	Bastseidene Bordüre bedruckt und gestickt, ca. 120 cm breit	9.50 7.90	6.50

Beyer-Schnittmuster
im Warenhaus Oranienstrasse 164-165

KONSUM-WARENHÄUSER

S., Oranienstr. 164-165 U., Reinickendorfer Straße 21 Charlottenburg, Rosinenstr. 4

Wirtschaftsdebatte im Reichstag.

Enthüllungen über schwerindustrielle Gewissenlosigkeit. — Sozialdemokratische Wirtschaftskritik.

Der Reichstag lehte gestern die Wirtschaftsdebatte fort. Die Aussprache wurde eröffnet mit einer Antwort des Abg. Brandes (Soz.) an Minister Curtius, die wir im Hauptblatt veröffentlichten. Sodann erhielt das Wort

Abg. Dr. Klönne (Dnat.): Die Ausperrung war die Folge der Verbindlichkeitsklärung des Schiedsprüchs. (Lachen, links.) Der Minister ist in seiner Polemik gegen die Deutschnationalen über das Zulässige hinausgegangen; seine vorjährigen Ausführungen über die Kapitalneubildung in Deutschland waren eine der Grundlagen zu dem unverantwortlich günstigen Bericht Parter Gilberts. Warum hat der Minister den Pariser Verhandlungen zugestimmt, ehe die Frage der Rheinandrängung geklärt war? Hat er kein veto dagegen eingelegt, daß wir Verpflichtungen weit über das Versailles Diktat hinaus übernehmen? Wie kann er ruhig stehen, daß die deutschen Reparationsleistungen von über 10 Goldmilliarden nicht aufgerechnet werden? Der Rücktritt Böglers zeigt, daß die Grenzen deutschen Entgegenkommens überschritten waren. Georg Bernhard ist den deutschen Sachverständigen in den Rücken gefallen. Das Urteil darüber überlasse ich dem Vaterlands- und Anstandesgefühl in der ganzen Welt. (Zustimmung und Landesparlamentarisch rechts, erregte Ruhe links.) Deutschland hat keinerlei Verpflichtung, reicheren Völkern auf sechs Jahrzehnte die finanziellen Sorgen abzunehmen. Schluß mit den Forderungen aus der unsinnigen Kriegsschuldfrage! (Beifall rechts, erregter Widerspruch links.)

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius:

Ich habe nur die absolut schärfste Darstellung des Abg. Dr. Bejauneung über die handelsvertraglichen Verhältnisse zurückgewiesen. Auf die Reparationsverhandlungen kann ich erst später eingehen. Niemals habe ich in der Öffentlichkeit bestimmte Zahlen über die Kapitalbildung in Deutschland genannt. Auf dem Kölner Bankertag habe ich nur betont, welcher großen Kapitalbedarf die deutsche Wirtschaft hat.

Ich wolle es auf das entscheidendste zurück, irgendwelche Gelegenheit zur Schädigung deutscher Interessen geboten zu haben.

In der Beurteilung der Zollfrage stimme ich mit dem Reichsernährungsminister überein. Bei den verschiedenen Handelsverträgen habe ich für Erfüllung der Interessen der Landwirtschaft gesorgt. Ich bin auch immer für Heraushebung des Butterzolltes eingetreten. Sie aber (nach rechts) erschweren uns die Arbeit und verderben sich die öffentliche Meinung, wenn Sie gleich die Erhöhung von 27,50 Mark auf 50 Mark verlangen. Die Interessen des gewerblichen Mittelstandes bei Vergebung von öffentlichen Aufträgen werden sorgsam berücksichtigt.

Abg. Bernhard (Dem.): Herr Klönne hat vor seiner Rede durch seinen Sekretär im Hause mitteilen lassen, daß er nicht anreisen werde. (Hört, hört! links.) Nach diesen Vorbereitungen hätte ich allerdings eine höhere geistige Qualität des Angriffs erwartet. Der Wirtschaftsminister hat Herrn Klönne falsche Zitation seiner Rede nachgewiesen. Da ich nicht annehmen kann, daß ein Mitglied dieses Hauses nicht imstande wäre, richtig zu zitieren, so muß

das falsche Zitieren zum System des Herrn Klönne

gehören. (Sehr gut! links.) So hat er auch aus meinen Artikeln teils Dinge zitiert, die überhaupt nicht drin gestanden haben, teils aus dem Zusammenhang gerissene Worte und Sätze. Nicht ich habe Herrn Böglers als von der Schwerindustrie bezahlt hingestellt, das ist vielmehr die Gewissenlosigkeit der Schwerindustrie ihren Angestellten gegenüber. So hat auch Sainnes von der Generaldirektionspsychologie gesprochen. Sie können nicht leugnen, daß Böglers und Schacht sich im Ruhrgebiet bemüht haben, den Flügel der Schwerindustrie, der gegen die Pariser Vorschläge war, umzustimmen.

Auf dem Frühstück in der Villa Hügel ließ sich Thöfgen von Schacht erklären, welches die Folgen einer Transferteile sein würden. Als Schacht den schwersten Zusammenbruch davon voraus sagte, erklärte Thöfgen: „Diese Krise brauche ich jetzt, dann sind Lohnfrage und Reparationsfrage auf einmal beiläufig.“ (Stürmische Entrüstung links, Unruhe rechts.)

Meine Informationen in diesem Punkt sind ganz unbedingt gut! Die Schwerindustrie wollte aus der Rot der deutschen Wirtschaft Vorteil ziehen. Hat ja auch Stinnes feinerzeit in Spa geraten, man solle die Kohlen nicht liefern und lieber die Franzosen ins Ruhrgebiet einmarschieren lassen. Damals hat mein Freund Dornburg eine schwere Katastrophe verhindert. Solange Böglers Delegierter war, habe ich ihn nicht angegriffen. Vier Tage hatte der Pressesturm gegen mich getobt, und dann ist unsere Forderung, auf den Young-Plan zurückzugehen, erfüllt worden. Und nicht eine Schädigung, sondern das Gegenteil ist eingetreten.

Nach dem Rücktritt Böglers mußte der Rahe die Schelle umgehängt werden, denn es bestand die Gefahr, daß die übrigen Sachverständigen nach der Rückkehr aus Paris als Betrüger verurteilt werden. Die Hugenberg-Presse hatte einen solchen Feldzug schon vorbereitet.

Das habe ich durchkreuzt, und ich konnte dafür keine schönere Dichtung bekommen, als die Angriffe der Hugenberg-Presse. (Beifall links.)

Abg. Dessauer (Z.): Unter keinen Umständen darf die wissenschaftliche Forschungsarbeit zurückbleiben, auf die die deutsche Arbeit besonders angewiesen ist. Auch die Ergebnisse von Enqueteen, wie der über das Handwerk, müßten in volkstümlicher Weise verbreitet

werden. Schon dem jugendlichen Menschen muß gelehrt werden, was vernünftige Wirtschaft bedeutet.

Für Tabak, Alkohol und andere Genussmittel zählt jede deutsche Familie im Jahre durchschnittlich 500 M. für wissenschaftliche Forschung aber, auf der die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes beruht, nur 14 M.

Hier wäre Sparmaßnahme das Schädlichste. (Beifall.)

Abg. v. Raumer (D. Sp.): Unseren Sachverständigen in Paris schulden wir Dank. Auch wir können die Entgleisungen Bernhards nicht verhehlen: er hat schon vor dem Rücktritt Böglers die Sachverständigen kritisiert und große Beunruhigung herbeigewirkt. Zollerhöhungen beeinflussen kaum den Kleinverbraucher, man darf die Interessen der Landwirtschaft nicht unberücksichtigt lassen. Wir als verarbeitende Industrie sind unbedingt gegen eine Wiederkehr des bürokratischen Eisenwirtschaftsbundes. Wozu mußte Abg. Krähigs uns gerade jetzt das kommunistische Manifest vortragen? Gewiß hat die Arbeiterschaft großen Anteil an der Wirtschaft, aber warum erkennt man nicht auch das Verdienst der Unternehmer an?

Die Stilllegungen waren die notwendige Folge der sprunghaften Lohnsteigerungen, die durch Produktionsverbesserung nicht genügend ausgeglichen werden konnten. Unsere Wirtschaftslage ist außerordentlich ernst; wenn sich das nicht ändert, können die sozialen Erregenschaften nicht gehalten werden.

Sie (zu den Sozialdemokraten) müßten daher an der Besserung mitarbeiten, vor allem gegen die „Wirtschaft vom Stempeln“, zu der sich die Arbeitslosenversicherung herausgebildet hat. (Ruf links: Nicht Märchen erzählen, Tatsachen bringen!) Steigender Zinsfuß heißt nicht wachsendes Kapital. Die Einfuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln können wir nur durch Export bezahlen, den wir also fördern müssen. Die sozialistische Bedarfswirtschaft gehört in das Kapitel der Religion, arbeiten müssen wir mit der vorhandenen und uns umgebenden kapitalistischen Wirtschaft! (Beifall bei der Volkspartei.)

Abg. Haindl (D. Bauernp.): macht längere Ausführungen und schließt folgendermaßen: Ich möchte nur noch an den Minister appellieren, daß Einkehr in der Wirtschaft gehalten wird. (Schallende Heiterkeit.) Wenn sich gewisse Leute darüber beklagen, daß die Wirtschaftspartei da ist, so kann ich ihnen sagen, daß sie noch viel größer wird, wenn die Schweinereiereiniche besser wird. (Große Heiterkeit.)

Abg. Bull (Dem.): Der Tadel an der Rede Krähigs ist unerbittlich, es ist durchaus einwandfrei, daß Koalitionsparteien öffentlich miteinander diskutieren. Gegen die Erstlingen verminderte Konzentration der Betriebe in immer weniger Händen muß im Interesse der Gerechtigkeit eine Gegenwehr entstehen.

Abg. Roenen (Rom.) redet scheidend gegen die Sozialdemokratie, die interfraktionell vereinbart hätte, was Brandes hier sagen und daß Curtius darauf nicht mehr antworten werden. Brandes' schredliche (!) Rede sei nur eine Gaudelerei. (Heiterkeit. — Höllein: Die Augen lächeln schon. — Heulendes Gekächel.)

Abg. Arfeld (Hann.) spricht für reaktionäre „Mittelstandspolitik“ gegen Erwerbstätigen der öffentlichen Hand und fordert Steuerlenkung.

Abg. Peine (Soz.):

Die Mittelstandszweiger haben fast sämtlich geglaubt, Seitenhiebe auf die Konsumvereine führen zu müssen. Das Recht haben sie, aber die Genossenschaftler haben das Recht, zu verlangen, daß das mit einwandfreien Mitteln geschieht. Dazu gehören aber grobe Unrichtigkeiten, nicht wie sie hier vorgebracht worden sind. So z. B. hat der Wirtschaftspolitiker Trendel hier am 13. Mai behauptet, die Konsumgenossenschaften seien gegenüber offenen Handelsgesellschaften und Einzelgeschäften steuerlich bevorzugt. Nun sind die Genossenschaften zwar noch theoretisch von der Körperschaftsteuer befreit, aber das wird durch die Exekutive zunichte gemacht. Die dem Zentralverband angehörenden Konsumgenossenschaften haben 1928 von rund 1,046 Milliarden Mark Jahresumsatz 13,9 Millionen Mark, also 1,34 Proz. Steuern gezahlt. Das ist

durchaus nicht weniger, als der Privathandel zu zahlen hat.

Die Verneinung der Großdetalisten im Enqueteausschuß — und nur diese können mit den Konsumgenossenschaften allenfalls auf eine Linie gestellt werden — hat ergeben, daß diese, soweit eine Gegenüberstellung möglich ist, weniger Steuern zahlen, als die Genossenschaften. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Außerhalb dieses Hauses bekämpft man die Konsumgenossenschaften in gleicher Weise. Es ist uns ein Fall bekannt, wo man einen Angestellten der Konsumgenossenschaft zum Dokumenten Diebstahl zu verurteilen suchte, wobei man ihm einreden wollte, die Verfassung und die Gesetze erlaubten ihm das. In einem anderen Fall hat man öffentlichen Beamten mit Anzeige bei ihren Vorgesetzten bedroht wegen des „Verbrechens“, der Konsumgenossenschaft anzugehören!

Abg. Ganderfer (D. Bauernp., Bayern) führt in längerer Rede Klage über die Wohnungsmanagewirtschaft und ruft dabei verweisend aus: „Und das ist das Ungehörliche, diese Gesetze sind so beschaffen, daß man sie nicht einmal sabotieren kann!“ (Große Heiterkeit.)

Abg. Hufemann (Soz.):

Im vergangenen Jahr hat der Minister beim Etat ausgeführt, daß er alle an der Gasfernverlegung Interessierten baldigt an einem gemeinsamen Tisch zusammenbringen wolle. Zu den

Interessierten gehören auch die Arbeiter. (Sehr richtig! bei den Soz.) Deshalb habe ich damals gewünscht, daß sie ebenfalls den Verhandlungen beizugehen würden. Inzwischen ist mehr als ein Jahr vergangen, und ich habe noch nichts von solchen Beratungen gehört; jedenfalls sind die

Bergarbeiterorganisationen bisher nicht hinzugezogen

worden. Es ist höchste Zeit, daß der Minister jetzt eingreift, um eine Zerspaltung zu verhindern. Man arbeitet auf diesem Gebiete gegeneinander, aber in ablehbarer Zeit werden die Verhältnisse dazu zwingen, daß man zusammenkommt. Wenn das aber doch notwendig ist, dann sollte man es schon jetzt tun. Das Saargebiet kommt in nicht ferner Zeit wieder zu Deutschland zurück; darum müßte man überlegen, wie man den Markt für die Saartabelle öffnet. Das Kohlen- und das Landwirtschaftsgesetz ermöglichen dem Reich, hier großen Einfluß zu üben. Daraus ergibt sich die Verantwortung des Ministers für guten Gang der Bergbauwirtschaft zu sorgen und damit auch die andere Wirtschaft zu beleben. (Lebh. Zustimmung der Soz.)

Nach allem, was wir bisher erlebt haben, sind wir nicht überzeugt, daß der Minister die gesamtwirtschaftliche Verantwortung gegenüber Unternehmern und Arbeitern im Bergbau in gleicher Weise übernimmt.

Wir glauben vielmehr, nicht zuletzt nach seiner gestrigen Rede, daß seine Sorge für die Unternehmer viel größer ist, als sein Bestreben, einen gerechten Ausgleich zwischen Unternehmern und Arbeitern herbeizuführen.

Wie es heißt, ist die Denkschrift über den Kohlenbergbau vom Minister oder seinem Beauftragten verfaßt worden (Hört, hört! links), man kann ruhig sagen, daß sie durchaus nicht einwandfrei war. Sie stellt Behauptungen auf, ohne Vorschläge zu machen. Die Angaben der Unternehmer über die Rentabilität im Bergbau haben wir und andere sehr stark angezweifelt. Es wäre richtig gewesen, wenn der Minister sein Nachprüfungsrecht gegenüber den Angaben der Unternehmer ausübt hätte. Er hätte unser Bestreben unterstützen müssen, durch einen Ausschuß, der durch Mitglieder des Reichstagesrat zu verstärken wäre, die Dinge richtigzustellen. Aus alle dem ergibt sich, daß die

Einrichtung einer dauernden Prüfungsstelle unbedingte Notwendigkeit

ist (Sehr richtig! links) und ich bitte den Minister, hier endlich Maßnahmen zu treffen, damit ein Ergebnis erzielt wird.

Eins ist sicher: die ganze Aktion war von den Unternehmern nur eingeleitet, um die notwendigen Lohnerhöhungen zu verhindern. (Lebh. Zustimmung der Soz.) Die Gewerkschaften im Bergbau vermuteten, daß die Behörden, auch das Reichswirtschaftsministerium, den Unternehmern mehr Glauben schenken hat, als den sachlichen Angaben der Bergarbeiter. Dabei steht doch fest, daß die

Kohlenförderung ständig gesunken, während die Arbeiterzahl zugenommen

ist. Die arbeitstäglige Förderung im Ruhrgebiet hat sich steigend entwickelt. Wenn man sich die günstigen Zahlen vor Augen führt, dann kommt man zu dem Ergebnis, daß man den Klagen der Unternehmer über die Unrentabilität des Ruhrbergbaus nicht Glauben schenken darf, daß man aber gerade deshalb Nachprüfungen vornehmen muß!

Gewiß hat unsere Kohlenwirtschaft unter der ausländischen Konkurrenz schwer zu leiden. Deshalb müssen wir zu einer

internationalen Verständigung über die Markverteilung

kommen: ein internationales Kohlenabkommen ist notwendig. Die Vertreter der Kohlenproduktionsländer Europas müssen Vereinbarungen treffen, und Regierungen, Arbeiter und Unternehmer müssen an den Besprechungen teilnehmen. Hierdurch wollen wir erreichen, daß nicht nur Deutschland allein gehoffen wird, sondern auch die Solidarität aller Beteiligten öffentlich dokumentiert wird. (Lebh. Beifall der Soz.)

Nachdem noch einige kommunistische Redner das ermüdete Haus mit dem üblichen Geschimpfe auf die Sozialdemokratie gelangweilt hatten, wurde die Beratung geschlossen.

Die Abstimmungen sind heute, Freitag, 3½ Uhr; außerdem Etat des Reichsministeriums des Innern. — Schluß 10 Uhr.

Der neue Sächsische Landtag.

Regierung Heldt tritt zurück.

Dresden, 6. Juni.

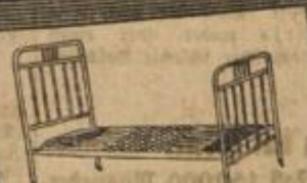
Der Sächsische Landtag trat am Donnerstag nachmittag zu seiner ersten Sitzung nach den Neuwahlen zusammen. Zum Präsidenten wurde Abgeordneter Beckel (Sozialdemokrat) gegen die Stimmen der Kommunisten und der Nationalsozialisten, zu Vizepräsidenten wurden die Abgeordneten Professor Dr. Hickmann (D. Sp.) und Dr. Eckardt (Dnat.), beide gegen die Stimmen der Kommunisten gewählt. Sodann legte Ministerpräsident Heldt sein Mandat sowie das der gesamten Regierung in die Hände des Landtags zurück, erklärte sich aber bereit, bis zur Bildung der neuen Regierung die Geschäfte weiterzuführen.

Ohne Anzahlung

KOMPLETTE EINRICHTUNGEN
EINZELMÖBEL · KORB · GARTEN ·
BALKON-MÖBEL · KÜCHEN

BIS ZU 24 MONATSRATEN

SOFORT KOSTENLOSE, DISKRETE ANLIEFERUNG ALLER GEKAUFTEN MÖBEL



Metallbettstelle
(ohne Anzahlung) 180x90 cm, stabile Verarbeitung, weiß oder schwarz lackiert, mit 4 Messingstützen nur **27,50**



Holzbettstelle
(ohne Anzahlung) 180x90 cm, weiß oder hellbraunfarbig lackiert, Ketteneizmatratze mit Gegenfederung oder Kegelfedern, nur **48,-**

WOCHENRATE 1,- MK

feder

BRUNNENSTRASSE 1 u. 2
FRANKFURTER ALLEE 350
KOTTBUSER DAMM 103
WILMERSDORFER STR. 165

„Organisierte Wirtschaftsfreiheit.“

Unternehmer gegen Wirtschaftsdemokratie. — Die Tagung der Maschinenbauer.

Der Verein deutscher Maschinenbauanstalten, die wichtigste Gruppe der eisenverarbeitenden Industrie Deutschlands, hatte gestern in den Kröllchen Festhallen ihre diesjährige in zweijährigem Turnus fällige Mitgliederversammlung. Der Verbandsvorsitzende, Generaldirektor Reuter, aus der Schwerindustriellen Hoffmannstraße der Maschinenindustrie, führte nach der Begrüßung des Reichsarbeitsministers Bissell und des Reichswirtschaftsministers Curtius gleich in das sachliche Hauptthema des Tages, die Stellungnahme des Verbandes zur Wirtschaftsdemokratie, mit der Bemerkung ein, daß die

Forderung der Wirtschaftsdemokratie vielleicht die schwerste Gefahr sei, die das Wirtschaftsleben bedroht.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius hielt eine ausgesprochene Rinsterrrede, freundlich dem Gastgeber gegenüber und vorsichtig in der Formulierung. Er feierte die Kooperation zwischen Staat und Wirtschaft und machte über die Reparationsfrage nur die persönliche Bemerkung, daß sein Jubel die drohenden schweren Kosten begründen könne, die freiwillig zu übernehmen seien. Er schmeichelte den Maschinenbauunternehmern, daß der soziale Gehalt in der Maschinenindustrie, wo die Menschen nahe so groß ist, zu Hause sei, wobei er die Arbeiter der Maschinenindustrie, die die vom BDRM geleistete Hilfeleistung beim Ruhrarbeitskampf nicht vergessen haben, offenbar nicht um ihre Meinung gefragt hat. Wichtig war wieder die Betonung in Curtius Rede, daß er erschrocken sei über die gewaltige Hochschulungsbewegung, die jetzt in Deutschland herrsche, worauf aber wieder die schon im Reichstag gehörte Feststellung folgte, daß Herr Dr. Curtius, der Minister der Industrie, den Agrariern gewisse Zollerhöhungen nicht verweigern werde. Schade, daß er nicht sagte, welche Zollerhöhungen. — Der Höhepunkt der Tagung, wenigstens der Absicht, kaum aber dem Gelingen nach, war der Vortrag von

Direktor Karl Lange über „Wirtschaftsdemokratie“ oder „organisierte Wirtschaftsfreiheit“.

Der Vortrag von Karl Lange war rein defensiv, defensiv gegen eine Sache und gegen eine Massenforderung, die klar und stark ist, mit Argumenten, die schwach und unklar waren. Entscheidend war für Herrn Lange offenbar, daß er die Pflicht empfand, als Vertreter des BDRM, als Vertreter der deutschen Maschinenbauunternehmer gegen die sozialisierenden Einflüsse der Wirtschaftsdemokratie anzukämpfen.

Lange hätte offenbar nur dann nichts gegen die Forderung der Wirtschaftsdemokratie, wie finden das begreiflich, wenn mit ihr keine sozialisierenden, das heißt die Wirtschaftsführung auf die Volks- und Masseninteressen umstellenden Tendenzen verknüpft wären. So bezeichnete er denn die mit der Demokratisierung der Wirtschaft verbundenen wirtschaftsorganisatorischen Absichten als nichts anderes denn

einen neuen Weg zur kalten Sozialisierung

und zur Ausschaltung des Unternehmertums. Daß die Forderung der Wirtschaftsdemokratie nur den bestehenden ökonomischen Tatsachen der wachsenden Monopolisierung und einer von Kapitalisten errichteten, aber volkswirtschaftlichen Planwirtschaft Ausdruck gibt und daß der politische Wille, diese Entwicklungstendenzen in den Dienst des Volksinteresses zu stellen, erst die Folge dieser Tatsachen ist, davon hat Herr Lange offenbar nichts gemerkt. Immerhin verschleiert er sich nicht völlig dem Ernst der wirtschaftsdemokratischen Bewegung. Daß hinter dem Drängen der Massen nach einer anderen Wirtschaftsverfassung etwas Berechtigtes stecken müsse, das läßt ihn die Unternehmer zur Besinnung raten. Der Egoismus des Unternehmers müsse sich dem höheren Gesamtinteresse unterordnen und der Mensch dürfe in der Wirtschaft nicht nur als Objekt behandelt werden.

Lange verteidigte den reinen Kapitalismus und das Prinzip der freien Wirtschaft, die es beide nicht mehr gibt. Er will keinen verborgenen oder verpöhlten Kapitalismus, wie es nach seiner Behauptung die Folge der Demokratisierung der Wirtschaft wäre. Er macht zugleich den bürgerlichen Gelehrten wie Schmalenbach und Sombart den Vorwurf, daß sie die kapitalistische Planwirtschaft und Organisationsstrebungen überschätzen. „Nur“ zwanzig Prozent der deutschen Wirtschaft, so meinte Herr Lange, seien heute monopolistisch erfasst. Und der erstaunte Zuhörer sieht, wie Herr Lange gar nicht auf den Gedanken kommt, zu untersuchen, ob denn nicht die gesamte eisenverarbeitende Industrie durch ihre wirtschafts- und sozialpolitische Dienerschaft gegenüber der Schwerindustrie diese „nur“ zwanzig Prozent um ein Gemaltes erweitern. Und Herr Lange nimmt die augenblickliche und durchaus vorübergehende Aufsichtung großer Monop trusts gegen die Politik der Eisenverbände zum Anlaß, daraus ein Argument für die rückgängige Monopolisierungstendenz in Deutschland zu schmieden. Herr Lange findet, daß

der „politische Lohn“ der schärfste Ausdruck sei der neuen kalten Sozialisierung.

und er meint, daß die Wirtschaftsgesetze mit Sicherheit einst die Möglichkeit der politischen Lohnbestimmung verneinen werden. Wenn dem so ist, dann begreift man nicht, weshalb die deutschen Unternehmer gegen den politischen Lohn kämpfen. Selbstverständlich, daß Herr Lange auch nicht merkt, daß der sogenannte politische Lohn ebenso Ausdruck gesellschaftlicher Machtverhältnisse ist, die zu einer Veränderung der Wirtschaftsverfassung drängen, wie das Unternehmerstreben zur Monopolisierung die bestehende Wirtschaftsverfassung in einseitigem Interesse stabilisieren will. Herr Lange kämpft auch gegen jede weitere Ausdehnung des Wirkungsbereiches öffentlicher Betriebe. Daß die privatwirtschaftliche Form öffentlicher Betriebe einer gemeinsamen wirtschaftlichen Widmung der öffentlichen Wirtschaft nicht zu widersprechen braucht, daß die privatwirtschaftliche Form öffentlicher Betriebe kein Argument für eine privatkapitalistische Unternehmerrwirtschaft ist, dürfte Herr Lange nie begreifen.

Den Eisenwirtschaftsbund lehnt Herr Lange grundsätzlich ab. Er will Klarheit der Geschäfte und Klarheit der Verantwortung, wie er sagt. Staat, Arbeiterschaft und Konsumenten sollen sich hier offenbar ebenso wenig in die private Monopol- und Kartellmacht einmischen wie der Staat sich nach dem Willen der Unternehmer von der Beeinflussung der Arbeitsbedingungen der Arbeiterschaft fernhalten soll. Unwürdig schließlich der Versuch Langes, die Forderung der Demokratisierung der Wirtschaft durch Hinweise auf Mißerfolge in der bolschewistischen Planwirtschaft zu diskreditieren.

Waren aber schon Herrn Langes Argumente gegen die Wirt-

schaftsdemokratie enttäuschend, sein positives Programm gegen die Wirtschaftsdemokratie war es noch mehr. Lange stellte

der Forderung der Wirtschaftsdemokratie die Forderung der „Organisierten Wirtschaftsfreiheit“ gegenüber.

Aus der Perspektive seines Verbandsbureaus heraus versuchte er, Prinzipien der Deonomie oder ökonomische Politik zu gestalten und das Schlimme ist, daß er die Engigkeit seines Standpunktes nicht einmal merkte. Die Maschinenindustrie hat keine monopolistischen Trustbetriebe und zugleich eine ungeheuer vielfältige Produktion. Sie hat in der Hauptsache mittelgroße Betriebe und davon einige tausend. Natürlich muß der BDRM so arbeiten, als ob er eine organisatorische Dachgesellschaft und ein zentrales Kalkulationsbureau seiner Betriebe wäre. Die Maschinenindustrie außerdem hat in der Tat nur ganz wenig monopolistisch wirkende Kartelle. Die Folge ist, daß der BDRM die den Mitgliedern erwünschten Kartellwirkungen sicherzustellen versuchen muß. So untersteht tatsächlich die Maschinenindustrie mehr dem Prinzip der Wirtschaftsfreiheit als andere Industrien, und diese Wirtschaftsfreiheit wird vom BDRM auch organisiert. So kann in der Tat Herr Lange für die Maschinenindustrie von organisierter Wirtschaftsfreiheit sprechen.

Aber was für die Maschinenindustrie gilt, das möchte Herr Lange als Tatbestand für die heutige Verfassung des Kapitalismus festlegen, ein Verfahren, das selbstverständlich den wirklichen Tatsachen des Wirtschaftslebens, von denen die Forderung zur Demokratisierung der Wirtschaft ausgeht, nicht gerecht werden kann. Herr Lange entwickelt also nur die Weltanschauung eines Syndikats, wo er glaubt, einer futuristischen Massenforderung ein Paroli bieten zu können.

Es ist denn auch äußerst mager, was Herr Lange positiv zu seinem Programm zu sagen hat. Er entwickelt die banale Weisheit, daß die Sozialpolitik durch Zusammenarbeit von Unternehmern und Arbeiterschaft einen optimalen Lohn und eine optimale Arbeitszeit finden müsse, er will für öffentliche Betriebe nur solche Gebiete reservieren, die unbedingt zu einer öffentlichen Bewirtschaftung zwingen. Mehr hatte Herr Lange positiv nicht zu sagen. Herr Lange hat in der Tat Recht mit seiner Bemerkung, daß das Programm der organisierten Wirtschaftsfreiheit noch sehr des Ausbaues bedürfe, denn weder die Deffektivität noch die Unternehmern, geschweige denn die Arbeiterschaft werden sich von diesem „Programm“ imponieren lassen können.

Dem Vortrag des Direktors Lange folgte der Sachvortrag der Tagung über die Schwierigkeiten der deutschen Maschinenindustrie und die daraus erwachsenden Aufgaben, den Fabrikbesitzer Bögeler aus Mannheim, Mitglied des Reichswirtschaftsrats, hielt. Die Folgen des Mißverhältnisses zwischen Leistungsfähigkeit und Absatz in der Maschinenindustrie sei ein überscharfer Konkurrenzkampf, der die Maschinenpreise auf ein Niveau drückt, bei dem die Rentabilität kaum möglich sei. Die in erster Linie gestellten Aufgaben der Maschinenindustrie seien Umsatzsteigerung, sorgfältiges Studium des in- und ausländischen Marktes und Selbstkostensenkung durch Spezialisierung und durch Bildung von Arbeitsgemeinschaften zur Aufstellung des Arbeitsprogramms.

Den abschließenden Exportvortrag über die japanische Wirtschaft und deren Bedeutung für die deutsche Ausfuhr hielt der ehemalige Botschafter in Tokio, Dr. Soli. Nach seiner Meinung werden sich die Ausfuhr für die Ausfuhr nach Japan immer weiter verbessern. Der Ausbau eigener Maschinenindustrie in dem Osten werde den Einfuhrbedarf vielleicht in der Richtung auf hochwertige Spezialkonstruktionen verschieben, im ganzen aber eher vermindern als vermehren.

Schweigsame Dinstsch-Verwaltung.

Umsatz- und Dividendensteigerung im letzten Jahre.

Die wichtigsten Zahlen aus dem Abschluß der Julius Dinstsch A.-G. Berlin haben wir bereits mitgeteilt. Der Rohgewinn, der in dem Vorjahrsabschluß um 28 Proz. auf 8,2 Millionen stieg, wuchs im letzten Jahre in verstärktem Tempo um 36 Proz. auf 11,2 Millionen. Nach Abzug von weiterhin erhöhten Abschreibungen von 1,92 Mill. M., die fast 30 Proz. des Bilanzwertes von Grundstücken, Gebäuden und der gesamten Fabrikeinrichtungen ausmachen, bleibt ein Reingewinn von 0,96 gegen 0,75 Mill. M. im Vorjahr. Da außerdem noch die neu angeschafften Maschinen sofort abgeschrieben wurden, liegt der tatsächliche Ertrag natürlich weit höher, als dies dieser friffrerte Gewinn ausweis erkennen läßt.

Die im letzten Jahr von 5 auf 8 Proz. heraufgesetzte Dividende wird diesmal auf 10 Proz. erhöht. Da die Verwaltung die Bilanz so unübersichtlich wie möglich aufstellt und unter anderem Unkosten, Steuern und Lasten in einem Posten ausweist, so läßt sich über das Verhältnis der Fabrikationskosten zu der Gewinnentwicklung nichts sagen. Auch über den Posten „Wertpapiere und Beteiligungen“, der einen Zuwachs von 2,5 Millionen erhalten hat, schweigt sich die Verwaltung aus. Der größte Teil des Zuwachses dürfte jedenfalls aus Aktien der Boman-Reguin in Berlin-Roßbit bestehen, auf die Julius Dinstsch im vergangenen Jahre Einfluß gewonnen hat.

Der Beschäftigungsgrad in den Werken war diesen großen Gewinnen entsprechend gut. Besonders lebhaft hatte die Abteilung Seegeln zu tun und auch der Gasanstaltbau konnte seinen Auftragsbestand nicht unmerklich erhöhen. Die Nachfrage nach Luftfahrzeugern ist dagegen unter Schwierigkeiten. Im Laufe des neuen Geschäftsjahres 1929 hat sich der Auftragsbestand wieder gebessert. Wie schon bei den anderen großen Konzernen, zuehrt bei Drenstein u. Koppel, festzustellen war, kann sich die Berliner Metallindustrie weder über einen Konjunkturrückgang im letzten Jahre noch über schlechte Beschäftigung in der Gegenwart beklagen.

Konsumanstieg im Mai.

Maumsatz 6,17 Mill. Mark. — Fast 150 000 Mitglieder

Wieder haben im Mai 1928 Haushaltungen sich in die Konsumgenossenschaft Berlin aufnehmen lassen; außerdem traten 2838 Mitglieder des ehemaligen Konsumvereins für Strausberg und Umgebung zur KGB. über. Dadurch erhöhte sich der Mitgliederbestand Ende Mai auf 177 908; der Zuwachs seit Beginn des 30. Geschäftsjahres, dem 1. Juli 1928, beträgt 31 806.

Im Mai ergab die Statistik gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres eine Steigerung um 1 277 872,86 M. auf 6 172 763,60 M. Das ist eine Steigerung um 26,1 Proz. Wieder marschiert die Gruppe der Fleischabgabestellen mit 88,3 Proz.

Umsatzsteigerung an der Spitze. Eine sehr glänzende Entwicklung zeigen die Fleis Abgabestellen, die Anfang April bei der Uebernahme des Konsumvereins für Strausberg der Berliner Genossenschaft eingefügt wurden; während bei ihnen die Umsatzsteigerung im April 30,8 Proz. betrug, erhöhte sie sich im Mai auf 48,5 Proz. Dieser weit über dem Durchschnitt liegende Fortschritt ist ein zwingender Beweis für die Zweckmäßigkeit des Zusammenstufes.

Die Konsumgenossenschaftliche Sparkasse erreichte bei einem Zugang von 380 462 M. einen Einlagenbestand von 34 802 758 M.

Mitgliederzuwachs und Umsatzerhöhung erfordern beschleunigten Ausbau der Warenvermittlung. Ungefähr ein Dutzend neue Lebensmittelabgabestellen und ebenso viele Fleischabgabestellen werden bald errichtet. Am 17. Mai wurde die 33. Fleischabgabestelle in Rahnsdorf, Fürstenwalder Straße 56/57, in einem von der Genossenschaft errichteten Gebäude eröffnet. Am Freitag, dem 7. Juni, hat in Fichteau, Bismarckstraße 15, die 230. Lebensmittelabgabestelle ihre Arbeit aufgenommen.

Zentralverband deutscher Konsumvereine

Die Entwicklung im ersten Vierteljahr 1929

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine hat seine Vierteljahresstatistik für das 1. Quartal dieses Jahres veröffentlicht. Bei den 602 berichtenden Vereinen mit mehr als 400 Mitgliedern ist die Mitgliederzahl gegenüber dem letzten Quartal 1928 um 55 291 auf 2 870 201 gestiegen. Die Mitgliederzunahme vermehrte sich um 14 Proz. Der Gesamtumsatz bei den berichtenden Vereinen lag mit 288,45 Millionen naturgemäß niedriger als im vorhergehenden Weihnachtsquartal (313 100 Millionen). Dementsprechend war auch je Mitglied der Vierteljahresumsatz mit 100,50 M. gegen 111,41 M. niedriger als im Weihnachtsquartal, aber um fast 20 Proz. höher als im gleichen Vierteljahr des vorigen Jahres. Der Umsatz der Vereine bei der GEG. betrug 114,54 gegen 131,10 Millionen im Weihnachtsquartal und gegen 100,57 Millionen im entsprechenden Quartal des Vorjahres; gegen das Vorjahr eine Zunahme um 14 Proz. Die Geschäfte der Vereine mit der GEG. stiegen trotz des insgesamt stark erhöhten Umsatzes im ersten Vierteljahr 1929 gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres von 39,71 auf 40,87 Proz. Rekordmäßig war der Zuwachs an Spareinlagen. Diese wuchsen gegenüber dem Weihnachtsquartal um 27,89 Millionen von 295,94 auf 323,82 Millionen Mark.

Konjunkturstudium gibt Rätsel auf.

Deutscher Gesamtumsatz größer als im Vorjahr.

Im letzten Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung wird eine bemerkenswerte Feststellung gemacht. Das Institut sagt, daß gegenwärtig die volkswirtschaftlichen Umsätze im ganzen etwas über Vorjahreshöhe liegen dürften. Die eingetretene Steigerung sei aber geringer als das normale jährliche Wachstum.

Uns scheint diese Feststellung außerordentlich bedeutsam. Das Institut für Konjunkturforschung spricht seit 1½ Jahren von einem im ganzen ununterbrochenen Rückgang der Konjunktur. Democh wird jetzt ein Wachsen der Umsätze gegenüber im vorigen Jahre zugegeben. Wenn die Konjunktur zurückgeht, ist schlechterdings ein Wachstum der Umsätze, besonders, wenn das Preisniveau nicht steigt, nach dem Begriff der Konjunktur ausgeschlossen. Das Institut für Konjunkturforschung gibt der Deffektivität also Rätsel zu lösen auf. Das ist zwar keine Ueberrschung, aber es wäre doch mahnenswert, wenn das Institut für Konjunkturforschung von sich aus dieses Rätsel baldmöglichst lösen würde.

Doppelte Moral in Sowjetrußland.

Gut kapitalistisch mit den „Feinden“ — Nagenschläge für die „Freunde“.

Professor Lengiel, Ratsmitglied der Berliner Handelsvertretung, sprach kürzlich in einer vom Auslandsamt der Deutschen Studenten-Gesellschaft einberufenen öffentlichen Versammlung über Außenhandel der Sowjetunion. Bei einer wirtschaftlichen Analyse der Wandlung und Probleme des russischen Außenhandels erwartete, wurde enttäuscht. In seinem anderthalbstündigen Vortrag streifte Lengiel die tatsächliche Lage des Außenhandels der Sowjetunion mit einer knappen Bemerkung über die allgemeine Entwicklung der Außenhandelsumsätze und erwähnte in seinem Vortrag mit keinem einzigen Worte den fast völligen Ausfall der Getreideausfuhr dieser für Sowjetrußland heute so ungemein schwerwiegenden Tatsache.

In der üblichen Ausdrucksweise der Sowjetpresse schilderte der Vortragende die grandiosen Ziele des „sozialistischen Systems der Sowjetunion“, wobei er zugab, daß von Sozialismus dabei noch keine Rede sein könne: „Wir haben in der Oktoberrevolution versprochen, den Weg zum Sozialismus zu suchen und wir suchen diesen Weg in der Verflechtung mit der kapitalistischen Weltwirtschaft. Es wäre Dummheit und Utopie, wenn wir dabei die wirtschaftlichen Interessen der Auslandskapitalisten, mit denen wir die Verbindung suchen, nicht befriedigen würden. Wir zahlen daher recht hohe Zinsen für die Auslandskredite.“ Es fehlte nicht der Hinweis, daß die ausländischen Kreditgeber, sofern sie sich weigern, die Kredite der Sowjetunion zu erhöhen, ein recht einträgliches Geschäft sich entgegen lassen. Den Vorwurf der Prinzipienlosigkeit wegen der Respektierung „der wirtschaftlichen Interessen der Auslandskapitalisten“ wies Professor Lengiel mit folgender Begründung zurück: „Es gehört zu unserem Prinzip, alle Mittel zur Erreichung unserer Ziele auszunutzen, es wäre daher Verrat an unserem Prinzip, wenn wir nicht mit den Kapitalisten zusammenarbeiten würden.“ Die doppelte Moral gegenüber den ausländischen Kapitalisten, deren Profitinteresse man respektiert, weil man nicht utopisch sein dürfe, und gegenüber den russischen Kapitalisten, denen man selbst in der reichlich bestehenden Gestalt des Großbauern, des „Kulaken“ von Staats wegen den Garau macht, — trat in den Ausführungen des Redners deutlich in Erscheinung.

Christlicher Konsumvereinstag in München. Vom 20. bis 22. Juli hält der Reichsverband Deutscher Konsumvereine (Räner Verband), der dem Zentrum nahesteht, seine 20. Tagung ab. Zu dem Verband gehörten Ende vergangenen Jahres 276 Genossenschaften mit rund 787 000 Mitgliedern, 2212 Vertretungsstellen und einem Gesamtumsatz von 180,3 Millionen Mark, wovon rund 27 Millionen Mark auf die Eigenproduktion entfallen.

Bei Rheuma, Gicht, Ischias

sowie bei Nerven- und Kopfschmerzen, Erkältungskrankheiten und Grippe haben sich Logal-Tabletten hervorragend bewährt. Ueber 5000 notariell beglaubigte ärztliche Gutachten! Davon mehrere hundert Berichte, in denen neben prompter Wirkung besonders die Unschädlichkeit des Logal hervorgehoben wird. Logal scheidet die Harnsäure aus! Ein Versuch überzeugt! Fragen Sie Ihren Arzt. In all. Apoth. Mk. 1.40. 0,46 Chin. 12,6 Lith. 7,4 Accl. acet. sal. ad. 100 Amyl.

Rudolf Jeremias Kreutz: Der Bartgams

Die Witwe Dora Eberlein in Rammelhofen sah den Jagd-gehilfen Valentin Moser gern. Er war fehnig, schlank, trug eine herrlich patinierte Lederhose, die braun gebeizte Arie, von Muskelsträngen gefaltet, freileh. Und obendrein: Er „jederte“ beim Gehen, schwang über den Boden hin, lässig, anmutig in den Hüften sich wiegend. Die Wahrnehmung dieser Besonderheiten machte der Witwe ein melancholisches Vergnügen. Sie mußte dabei ihres seligen Gatten gedenken, der als Balletmeister gleichfalls am ausdrucksfähigsten in seinen Gliedmaßen gewesen war. Sie hatte sich vor fünfunddreißig Jahren in seine Fußspitzen gelehrt verschaut. Sollte ihr mit dem federnden Jäger auf einem Umwege ein spätes Glück beschieden sein? Sie dachte das Unwahrscheinliche kühn zu Ende, zumal sie eine empfindsame Frau war, die sich jung fühlte. Um dieses jünger als ihr Tauffeier.

Was nun die anderen „besseren“ Männer von Rammelhofen betraf, so waren sie von der in Gefühlsdingen heißen Balletmeisterwitwe alleamt längst verworfen worden. Der Schullehrer: als Schulternschleuderer, der Krämer: als Schürfer, Apotheker und Fleischhauer: als maßige Bodenstampfer. Von den verheirateten Honorationen zu schweigen, deren Wandel ästhetisch zu prüfen doch überhaupt nicht lohnte. Darum lag Köstlichkeit in der ein wenig schwermütigen Feststellung, der Jäger Moser sei der einzige, der mit dem unerschütterlichen Gemahl verglichen zu werden einigermassen verdiente.

Der Jäger Valentin Moser freilich ging arglos, die Pfeife im Mundwinkel, täglich am Eberleinschen Fenster vorbei ins Revier. Nicht bloß aus dienstlichem Pflichter, sondern jetzt im Frühherbst auch aus privatem Drang. Galt es doch, die Gemse „sicherzustellen“, deren Abschuss und Nahrung ihm vom Jagdherrn für gute Wildwege bewilligt worden war. Ein Gams: Da wäre weiter nichts dabei gewesen, in den Steilmäuden des Traweng standen starke Rudel, der Jäger wußte über Standplätze und Wechsel selbstverständlich Bescheid. Zum Schuß zu kommen war ein Leichtes. Daß er aber jetzt allmorgens an die zwöshundert Meter hochflieg, ein Fernrohr im Aufsatz, und vorläufig gar nichts anderes tat, als die Gamsen anschauen, statt sie anzupirschen, das hatte seinen besonderen Grund. Dem Moser ging es nämlich keineswegs um den bewilligten Bod schlechthin, sondern um die Erbeutung des schönsten „Bartgams“ im Revier. Darum lag er täglich viele Stunden in die Patschen geduckt in Sonne, Wind und Regen, dem Rausch des Traweng gegenüber, und zielte mit dem Fernrohr scharf nach den Halben und Gesäßbändern im Sekstanz. Hatte er ein Rudel „angesprochen“, dann kroch er gegen den Wind vorsichtig näher, so nahe, daß er die ästenden Tiere genau sah, und doch weit genug ab, um den Leihock nicht untertraut zu machen.

Dann kam das Schwierigste: das Gastieren der „Bärte“. Das, was so heißt, hat jede männliche Gemse: Steife, dunkel verfärbte Gamsenhaare auf dem Widerrist und die Rückenlinie entlang, aber den Ehrenitel Bartgams erwirbt sie nur, wenn dieser Behang schon gleichmäßig samtschwarz ist und nach den Spitzen der Haare zu gelblich-weiße „Bereifung“ zeigt. Die solcherart beschaffenen Bärte ergötzen, in Büschel gebunden, als Tier aspenländischer „Jagdhüte“ hohe Preise. Die Sicherstellung eines Bartgams aber erfordert viel Mühe. Bei Windstille ist überhaupt wenig zu wollen. Da liegen die Decken den Tieren glatt an, die Mächtigkeit der Bärte, der Grad ihrer Schwärze und Bereifung kann selbst durch das beste Glas kaum unterfucht werden. Bläst es, wie meist im Sekstanz, so gilt es den Augenblick abzapfen, wo Böde sich vom Winde abkehren, gleichsam achtern zu ihm stehen. Dann kann die Prüfung erfolgen: Die Rückenhaare sträuben sich auf im Luftzug wie Hahnentänne.

Der Jäger Moser hatte nach zehntägiger Suche Erfolg. Ein ausnehmend schöner Bartgams war fixiert, ein kapitaler Bod. Noch dazu ein „Allerger“. Er stand — todlicher — unterhalb vom „Rebe-ten Stein“. „Moring g'hört er mir“, dachte der Moser befreidigt im gemächlichen Abstieg nach Rammelhofen. Er prüfte den Himmel. Weiße Federwölkchen schwammen im blauen Blau. Er zog die Luft ein. Sie schmeckte herbe. — „Föhnig wird's net bis moring. Ausgeschloffen!“

Barhäuptig, bligende Reflexe im angegrauten Haar, trabte Valentin Moser langsam talwärts. Auf dem Ummweg zündete er die Pfeife an und sinnierte vergnüglich. Als er aus dem Walde trat und in den Fußsteig zum Dorf einbiegen wollte, sah dort auf der Bank unter dem Christuskreuz ein Weib. Es hatte einen glitzgrünen Schal um die Äppigen Schultern geworfen und blickte ihn durchdringend freundlich an. Der Moser zog die Brauen zusammen und äugte schief: „Berstuch, a Mite!“ Sah schnell weg und kam ins Rennen: „Höllsoaggra, sigeini, dö... wann i' mo mein' Bartgams verschredt!“

Die Balletmeisterwitwe Dora Eberlein starrte betroffen auf das Federn seiner Selene. Den Beginn einer persönlichen Bekanntschaft mit dem einzigen Mann, der nach ihrem „Seligen“ einigermassen in Veracht kam, hatte sie sich ziemlich anders vorgestellt. Doch immerhin: Seht wußte er um sie. Männer handeln oft unbegründlich leicht in Ueberredungsmomenten, und als Deuter von Symbolen sind sie bekanntlich Stümper.

Des anderen Tages ballte graues Gewölke um den Traweng Als der Moser in die Patschen kam, war der Wind nach Süd umgesprungen. Die Luft war widerlich warm. Es roch nach Regen, die Felswände wuchelten bleiern im häßlichen, fahlen Licht. Der Jäger wüchste den Schweiß von der Stirn, streifte mit dem Glas die Wände ab: gar Gemse keine Spur. Er visierte den „Redenden Stein“ an: Nichts.

„Hundsteif, Kalesitzge“ noamal ein! Hat dös Uder mein' Bartgams vertrieben! Und am Föhn is a schuld, dö alte Scharteten, mit ihrem green' Umhängtuch. Hundsteif, Hundsteif!“

Er fluchte lange noch, lästerlich und gründlich, häufte gräuliche Drohungen gegen die ahnungslose Dora Eberlein. Aber der Wind wurde darum nicht besser, die Gemse blieben verschwand, tützig verfanterte Dunstfäden jagten von Norden heran.

Da schüttelte er den Schultern und stapfte ergrimmt nach Haus. Am Waldrand und unter „verhoffte“ er zum Christuskreuz hinüber. Weiner Seel und Gott! Dort hockte die Unholdin wieder — genau wie gestern — mit ihrem glitzgrünen Vorhang! Verloren ist der Gams, durchwüchste es den Valentin Moser, und er brach, um den bösen Zauber wenigstens zu beschwichtigen, seitwärts durch das Gebüsch.

Da scholl es ihm jäh entgegen: „Weidmannsheil!“

Er stockte, umklammerte den Kolbenhals, rote Blätter tongien im Gedst. Ein gräßlicher Wunsch zerbarst im Moser, stumm und darum schmerzhaft. Dann aber löste ein Gedanke durch sein Hirn: Auschwefeln, dö Krumel, dö verdächtige, daß a Nuah gibt in Ewigkeit. Amen.

Er trat rasch an die Bank heran und küßte den Hut: „Weidmannsheil! Darf i — bitt' schön — a weengert rasten.“

„D ja! Wenn wir zusammenrücken, ist Platz genug.“ sagte die Balletmeisterwitwe.

Der Jäger setzte sich, stützte das Kinn schwer auf die Faust.

„Herrlich muß es in den Bergen sein, in der freien, wilden Natur.“ begann Dora Eberlein mit dem festen Vorsatz, aus dem Allgemeinen so bald als möglich ins Besondere zu gelangen.

Der Moser glotzte die Errösende innig an: „Wertwürdi, wertwürdi... ma möcht's schier net glauben!“

Die Witwe raschelte, monnig vergurustet, näher. Ganz nahe. Nun sah sie Schulter an Schulter mit ihm.

Seht — auschwefeln! befahl sich der Jäger grausam, und fuhr

perfonnen fort: „Denken S' Jhna, gnä' Frau, was mir heut passiert is. I geh ins Revier, auf Gams pirschen. Hockt da oben im Gwänd, just am Wildwechsel a alt's Weib, hat an granen Umhang, akkrat wie Sö, und i' gleiche säße G'schou. No bent i ma, dös funnt ma grad fehlen! Duet' mi und schnür vorbei wie der Fuchs am Eisen. Da treischt die Aite mit einer Stimme — i kann ma net helfen, gnä' Frau, i sag's wie's is — Föhnerer Stimme freischt i: Weidmannsheil! — I bin umg'fallen und hab m' lang minner g'rührt. Dann bin i halt ob'i'leustelt, denn von an Anschuß is la Re' net, baß a grauslich's alt's Weib im Revier umanandgeiert. Wir hoben amal den Glauben, wir Jager, da kann ma' nig machen. Und wie i daher kimm, sigen Sö da, gnä' Frau — das reinste Spiegelbild von der andern! Es hot mi g'riffen —, Sö wer'n's g'merkt haben — i bitt' um Verzeihung, i kem mi net aus, i müäst rein an Zauberei glauben!“ Der Moser lugte der Balletmeisterwitwe treuherzig in das bloß gewordene Antlitz: „Und drum bin i so frei, die gnä' Frau zu fragen, ob Sö vielleicht a Zwillingsschwester auf der Traweng Alm haben?“

Eine Antwort erhielt der Jagdgenosse nie. Er erwartete auch keine. Der Platz neben ihm war pfeiflich frei. Die Bank beim Wald ist nie mehr von der Balletmeisterwitwe benützt worden, wenn der Moser vom Revier heimkehrte. Sie widmete sich fürderhin reuig dem Andenken ihres seligen Gatten.

Die Ausbrüche des Vesuvus

Der Vesuv hat sich wieder einmal mit einem heftigen Ausbruch eingestellt, und es kommt nicht überraschend, denn schon seit Jahren tauchen immer wieder Meldungen über stärkere Erregungen des gefährlichen Nachbarn von Neapel auf, die sich nicht nur in verstärktem Rauch, sondern auch in kleineren Ausbrüchen und schweren Explosionen zeigten. Man kann diesem temperamentvollen Herrn, der zu den rührigsten Vulkanen der Erde gehört, nicht nachsagen, daß er die Menschen überrascht, sondern er befehligt sich sogar einer höchst anerkennenswerten Pünktlichkeit. Nun darf man freilich von einem Berge nicht verlangen, daß er sich mit seinen so unangenehmen und so heftigen Lebensäußerungen auf einen bestimmten Tag oder eine bestimmte Stunde festlegt, aber bei einem solchen Berg, in dessen Geschichte ja ein Jahrhundert nur eine Minute darstellt, ist es schon viel, wenn er regelmäßig nach einer ungefähren Reihe von Jahren zu einer Katastrophe führt. Beim Vesuv ist dies der Fall, wie sich aus dem genau erforschten Teil seiner Geschichte ergibt. Das erste, was wir vom Vesuv erfahren, ist der berühmte Bericht über jenen Ausbruch im Jahre 79 n. Chr., dem die Städte Pompeji, Herculaneum und Stabiae zum Opfer fielen. Da der Berg ja mitten in der Sphäre regsten altrömischen Lebens lag, so hätten die Schriftsteller und Gelehrten sicher einen früheren Ausbruch der Rauchwelt aufbewahrt. Da dies nicht der Fall ist, müssen wir annehmen, daß der Berg bis zu diesem ersten, in Gestalt gewaltiger Gaseffusionen plötzlich eintretenden Ausbruch in Ruhe war oder doch jedenfalls nur in schwacher Tätigkeit, die nicht beachtet wurde. Aus dem ersten Jahrtausend n. Chr. sind uns dann mehrere Ausbrüche überliefert, und auch nach dem Jahre 1000 hat der riesige Berg die Menschen vielfach erschreckt, ohne daß wir aber Genaueres darüber erfahren. Uns helle Licht der Wissenschaft tritt der Vesuv erst mit dem gewaltigen Ausbruch von 1631, der ebenso überraschend auf die Umgebung herniederbrach wie der von 79 n. Chr. Seitdem läßt sich die Tätigkeit des Vulkans eingehender verfolgen, und er ist derjenige feuerpeinende Berg, über den wir am besten unterrichtet sind.

Der italienische Vulkanologe Mercalli hat in Form eines Kalenders die Tätigkeit des Vesuvus in der Zeit von 1712 bis 1906 registriert und 12 geschlossene Perioden festgestellt, die mit einer gewissen Regelmäßigkeit auftraten und alle den gleichen Verlauf zeigten. Man unterscheidet in diesen Perioden drei verschiedene Stufen der Entwicklung. Zunächst tritt ein Zustand der Ruhe auf, in dem man den Vulkan fast für erloschen halten könnte, wenn er nicht seine „Atmung“ durch Rauch und Gaswolken anzeigte. Diese Ausstoßen von Rauch und Gaswolken nimmt allmählich zu, und der Berg geht in einen zweiten Zustand über, der eine gesteigerte, aber doch noch mäßige Tätigkeit aufweist. „Schredschüffe“ in Gestalt von Gaseffusionen kündigen das Empordringen seiner vulkanischen Kräfte an; er schafft sich auf dem Kraterboden einen Ausgang und bildet so einen „Rebentkrater“, der immer mehr anwächst und in dem Hauptkrater langsam emporsteigt, wobei man den dämpfen Värm der Explosionen hört und nachts den Glukchein sieht, der das Haupt des Vesuvus verklärt. Ist der Hauptkrater durch den Rebentkrater ganz ausgefüllt, dann ist mit dem Eintreten des Schluffaktes dieses Dramas zu rechnen, mit einer Katastrophe, wie wir sie augenblicklich jetzt wieder erleben, die durch Ausstoßen gewaltiger Lavaaffen, durch Auswerfen ungeheurer Mengen von Gasbomben, Sand und Asche, durch heftige Bodenerschütterungen gekennzeichnet ist. Wir befinden uns heute in der 13. Periode dieser Tätigkeit seit 1712. Der letzte große Ausbruch erfolgte 1906, und dann kam eine ungewöhnlich lange Ruhepause, die über sieben Jahre bis zum Juli 1913 dauerte. Von dieser Zeit an regt sich der Feuerberg wieder heftiger auf aus seiner Ruhe erwacht und jetzt zum fürchterlichen Wüterich geworden. Die Dauer der einzelnen Perioden schwankt natürlich. Die längste Periode von 1870 bis 1872 dauerte nur 1 1/2 Jahre, die längste von 1875 bis 1906 über 30 Jahre. Auch die jetzige Periode, die nun ihren Abschluß zu finden scheint, dauert bereits über 23 Jahre. Wir müssen uns also damit abfinden: der Vesuv ist „fällig“ und stellt sich pünktlich ein.

Paul Herzog: Der Sonntag der Werkflügigen

Kleine zarte Weibchen. Laub, in dem es raschelt. Von Käfern, Bögeln, Menschen und Wind. Himmel blau und weiße Wolken. Ein Gasthaus mit Stühlen im Freien, links Kellnerinnen, die hin und her laufen und Kaffee herbeischleppen. Ein See und Kinder, die Fische füttern und jubeln. Weil die Fische anbeißen und wieder verschwinden. Touristen mit bespaßten Aufsätzen und ausgetropften Krügen. Das lacht im Wald und unter den Gartenbäumen und verschlingt Kuchen, vierzig Pfennig das Stück.

Zwei Menschen, die sich lieb haben und nicht aufbrechen wollen. Man möchte immer so bleiben. Das Mädchen hat sich halb aufgerichtet. „Wir müssen.“ Er will nicht und zieht sie wieder zu sich nieder. Nur jetzt nicht! Man muß so viel im Leben. Daß man ihm nicht entfliehen kann, diesem fürchterlichen Müßel! Er greift das Mädchen um die Hüften und schmiegt sich an seinen Körper. Dann wird es wieder still, und die Köfer rascheln und das Laub raschelt und die Bögeln wiegen sich auf ihren Nesten. „Ach du,“ sagt sie. Und dann fällt ein Kofemort und wieder ein Kofemort. Und schließlich ist es Nacht und Sterne hängen am Himmel und die Bögeln schlafen und die Würmer schlafen und das Laub raschelt nicht mehr.

Es ist schwer, jetzt einen Heimweg zu finden. Sie halten sich fest in den Armen. Kein Raum ist zwischen ihnen. So eng gehen sie. Frost fallen sie. Aber er hält sie noch. Sie lachen wie Kinder. Sie kommen am kleinen See vorüber. Die Kinder füttern keine Fische mehr. Der Kuchen ist aufgeessen und die Kellnerinnen haben die weißen Schürzen abgelegt und lassen sich vom Wirt ihr Geld auszahlen.

Der Weg ist holprig. Die Bäume stehen wie finstere Gesellen. Das Mädchen hat Angst. Kann nicht jemand dahinter lauern? Es anfallen? Was kann in der Nacht nicht alles geschehen! Raschelt es in den Gebüsch, so ist es gewiß ein Untier, das ihnen Böses zufügen will. Böse Tiere sind in der Welt. Menschen, die aus dem Zuchthaus ausgebrochen sind. Mörder, die ein Opfer suchen. Alles ist Angst.

Die Elektrischen sind überfüllt. Man wird auseinander gedrängt. Zuletzt stehen viele Menschen zwischen einem. Es ist fürchterlicher Qual im Rupee. Man muß Weid hervorholen. Andere dabei anstoßen. Dem Schaffner Weg machen. Um jeden freien Sitzplatz entspinnt sich ein Kampf. Man ist froh, wenn man endlich draußen ist. Man trinkt noch ein Bier. Belichtet, helles Bier, das nicht viel kostet. Nur ein kleines Glas. In der Ecke spielt ein Grammophon. Aufdringlich, ohrenbetäubend. Es ist gar nicht wie draußen.

An der Türe gibt man sich die Hand. Sagt noch etwas. Berechnet sich für das nächste Mal. Man will dann noch weiter hinausgehen, wo noch weniger Menschen sind. Die Stille noch stiller ist. Man weiß gar nicht, was man noch alles will. Müd fällt man ins Bett. Um sieben Uhr muß man ja schon wieder aufstehen. Der Dienst. Chef, Bureau... es ist alles so bitter, was jetzt kommt.

Vom Elektron zum Kosmos

Die moderne Wissenschaft hat durch die Atomzertrümmerung noch winzigere Stoffteile gefunden, als sie von den Atomen dargestellt werden, die lange Zeit für die kleinsten Einheiten galten. Andererseits aber hat die moderne Astronomie mit ihren Riesenspektren im Weltraum so ungeheurer Weiten und Fernen festgestellt, wie sie der Menschengeist vorher nicht geahnt hatte. Auf diese Weise war es möglich, eine Stufenleiter der Gegenstände des Universums zu gewinnen, die von den unendlich kleinen Dingen zu den unendlich großen Sternensystemen aufsteigen.

Wie wir uns diese verschiedenen Größenstadien des Weltbildes zu denken haben, zeigen die neuesten Forschungen des berühmten amerikanischen Astronomen Chaply. Er hat vor etwa 10 Jahren durch Messungen die Größe der Milchstraße berechnet und zwar mit einem Durchmesser von mehr als 200 000 Lichtjahren, wobei ein Lichtjahr etwa eine Quadrillion Kilometer umfaßt. Die Mitte der Milchstraße ist etwa 50 000 Lichtjahre entfernt im Sternbild des Schützen, so daß wir auf der Erde gewissermaßen in einem kleinen Vorort dieser ungeheueren Welt leben, zu der unser Sonnensystem gehört. Außerdem gelang es, mit dem 100zölligen Fernrohr der Mount-Wilson-Sternwarte sehr weite Nebel als Sternhaufen zu erkennen, die infolge ihrer Entfernung außerhalb des Milchstraßensystems liegen müssen und daher besondere Welten für sich darstellen. Für diese neuen Milchstraßensysteme, die zu Tausenden im Weltraum vorhanden sind, schlägt Chaply den Namen Galaxie vor, in Anlehnung an den Namen der Elektronen, die die kleinsten bekannten Einheiten der Materie sind. Man darf aber annehmen, daß es wieder noch größere Systeme gibt, zu denen die Galaxien gehören, und diese größten Einheiten, die wir im Weltall annehmen dürfen, werden Kosmos genannt. An die 50 verschiedenen Kosmos hat man bei den photographischen Aufnahmen der Harvard-Sternwarte beobachtet. Dajsenige Kosmos, das unser Sonnensystem am nächsten liegt, befindet sich im Sternbild der Jungfrau, ist 11 Millionen Lichtjahre von uns entfernt, zählt 250 getrennte Galaxien und mißt im Durchmesser etwa 2 Millionen Lichtjahre.

Die Stufenleiter, in der sich das Universum aufbaut, würde also noch einer Aufstellung der Franziskaner Weberschrift „Die Umschau“, etwa folgendermaßen anzugeben sein: Vom Elektron zum Atom, vom Atom zum Element, vom Element zum Stern, vom Stern zum Galaxien und vom Galaxien zum Kosmos.

Ein frischer Strohhalm hat eine Tragfähigkeit von 15 bis 20 Kilogramm, das ist nicht viel weniger als die Tragfähigkeit des deutschen Stahls. Die Kraft des Strohhalms liegt in seiner Rohrform. Ingenieure haben dies erkannt und man konstruiert daher seit langem in Rohrform.

Berufsmusiker in Not!

Die Konkurrenz der Beamten- und Dilettantenmusiker.

Wenn wir auch in einer Zeit starker wirtschaftlicher Krisen leben, die naturgemäß eine allgemeine, große Berufsnot im Gefolge haben, so richten sich die nachfolgenden Ausführungen nicht weniger gegen die allgemeine Berufsnot im Musikergewerbe, als gegen jene Schwarzarbeiter, die als Doppelverdiener den Berufsmusikern auch noch das spärliche Stückchen Brot streitig machen.

Nach § 16 des Reichsbeamtengesetzes darf kein Reichsbeamter ohne vorherige Genehmigung der obersten Reichsbehörde ein Nebenamt oder eine Nebenbeschäftigung, mit welcher eine fortlaufende Entschädigung verbunden ist, übernehmen oder ein Gewerbe betreiben. Nun erhebt sich aber die immer wiederkehrende Streitfrage: Was ist fortlaufende, was ist gelegentliche Nebenbeschäftigung? In einer Verfügung des früheren Reichsinnenministers Solmann vom Jahre 1923 werden diese beiden Fälle wie folgt festgestellt: Gelegentliches Musizieren braucht nur bei der vorgelegten Dienstbehörde angemeldet zu werden, während beim gewerbmäßigen Musizieren die Bescheinigung des öffentlichen Arbeitsnachweises beigebracht werden muß, daß kein Berufsmusiker mehr zur Verfügung steht. Die Förderung der Berufsmusiker, daß diese Bescheinigung für jeden Einzelfall des öffentlichen Musizierens beigebracht werden muß, ist von dem damaligen Reichsinnenminister v. Reubell abgelehnt worden. Heute dürfen die Reichsbeamten ohne Kontrolle des öffentlichen Arbeitsnachweises neunmal im Vierteljahr oder öfter im Jahr musizieren. Tatsächlich aber musizieren manche Beamte täglich in Kinos und Restaurants, während die Berufsmusiker Arbeitslosen- oder Wohlfahrtsunterstützung beziehen.

Wir haben heute ungefähr 15 000 musizierende Reichs-, Staats- und Kommunalbeamte,

denen etwa 60 000 Berufsmusiker gegenüberstehen. Von den Berufsmusikern ist ein gutes Drittel unständig beschäftigt, d. h. ohne laufenden Verdienst. Im Falle der völligen Erwerbslosigkeit erhalten diese unständig Beschäftigten meist keine Erwerbslosenunterstützung, weil sie die in der Reichsversicherungsordnung vorgeschriebene wöchentliche ununterbrochene Arbeitszeit niemals nachweisen können. Aus diesem Grunde müssen die durch den ungeheuren Wettbewerb der Nichtberufsmusiker brotlos gewordenen Berufsmusiker zu einem erheblichen Teile die öffentliche Wohlfahrtspflege in Anspruch nehmen. Hinzu kommt noch, daß fortgesetzt ausländischen Musikern und Kapellen die Einreise und musikalisch-gewerbliche Tätigkeit erlaubt wird, obwohl deutsche Musiker nur selten im Ausland Stellung und Arbeitsbewilligung erhalten und die Schmutzkonkurrenz der Dilettantenmusiker. Aus allen möglichen Berufen fühlen sich Arbeiter und Angestellte berufen, das Heer der Musizierenden ständig zu vergrößern und den Berufsmusikern das Anrecht auf musikerberufliche Arbeitsgelegenheiten streitig zu machen. In der Hauptsache sind es junge Leute, Angestellte, Arbeiter, auch Studenten-

und Schüler höherer Lehranstalten, die sich aufeinander einspielen, zu Jazzkapellen zusammenschließen und dann auf das Publikum losgelassen werden. Daß diese Schwarzarbeiter vor allem die Arbeitslöhne unterbieten, bedarf keiner besonderen Erörterung. Während die Berufsmusiker laut Tarif Wochentags 2 M. und Sonntags 2,50 M. Stundenlohn erhalten, sind diese „wilden“ Kapellen mit einem Stundenlohn von 1 M. vollauf zufrieden.

Durch die Entwicklung der mechanischen Musik (Schallplatte, Rundfunk, Tonfilm) droht dem Musikerberuf ohnedies ständig große Gefahr. So sollen in Amerika

durch den Tonfilm tausende von Kinomusikern brotlos geworden

sein. Die Kinomusik, die etwa 15 000 Berufsmusikern Brot gibt, bildet also im Musikerberuf einen ganz bedeutenden Verdienstoffaktor. Die Berufsaussichten für den Sommer sind auch wieder recht trübe. Die Gastwirte der Ausflugslokale sind natürlich darauf bedacht, bei etwa eintretendem schlechten Wetter möglichst wenig Unkosten zu haben und engagieren am liebsten Militär- und Beamtenkapellen mit „Regenvertrag“. Mittags gegen 1 Uhr fragt der Kapellmeister der Beamtenkapelle bei dem Wirt an, ob gespielt werden soll, worauf sich dieser bei unbeständigem Wetter ein paar Stunden Bedenkzeit erbittet. Da der Kapellmeister seine Musiker bei sich im Auge hat, genügt es, wenn die Beamten vor ihrem Weggehen definitiven Bescheid erhalten.

Auch in den Bädern und Kurorten hat sich vieles zuungunsten der freistehenden Berufsmusiker geändert. Der Tarifvertrag mit dem Allgemeinen Deutschen Bäderverband besteht nicht mehr, da die Kurverwaltungen eine Erhöhung der Dienststunden von 35 auf 48 verlangten, dafür aber die Lohnsätze abbauen wollten. Einzeltarifverträge bestehen vorläufig mit Altheide, Charlottenbrunn, Rudow, Lander, Wilmanns, Scholz, Braunlage und Friedrichroda. Viele Bäderorte lassen auch städtische und staatliche Orchester benachbarter Städte bei sich spielen, die sie durch Pauschalverträge mit den Staats- oder Stadtverwaltungen für wenig Geld erhalten, so daß beiden Arbeitgeber, leider zum Schaden der freistehenden Berufsmusiker, geholfen ist.

Die notleidenden Berufsmusiker fordern angesichts dieser Mißstände mit Recht die baldige

Einführung des gesetzlich zugelassenen Mindestwages

für freie Stellen im Musikerberuf, eine Verhinderung des Ueberstehens des gesetzlichen Mindestwages durch Schwarzarbeit anderer Berufsangehöriger, den Anspruch aller im freien Arbeitsverhältnis stehenden Musiker auf einen vollen wöchentlichen Arbeitstag und damit Arbeitsgelegenheit für arbeitslose Berufsmusiker und schließlich die Ausdehnung der Sozialgesetzgebung einschließlich der Krisenfürsorge auf alle Musiker, im besonderen auf die Kategorie der nicht im festen Arbeitsverhältnis stehenden sogenannten unständig Beschäftigten.

Sofort-Programm und Reichsfinanzen. Interfraktionelle Besprechungen.

Am Reichstag haben am Donnerstag die interfraktionellen Beratungen der Koalitionsparteien über die Vorschläge des Reichsarbeitsministeriums für ein Sofortprogramm zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung begonnen. Sie werden erst am Freitag zu einem Abschluß kommen. Die Ausflüchte auf eine Verständigung sind, wie wir hören, im Augenblick nicht ungünstig. Die Entscheidung über die Frage, ob und wie sofort etwas zur Sanierung der Reichsanstalt geschieht, steht jedenfalls unmittelbar bevor.

Der Standpunkt der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, die beide in der Frage der Arbeitslosenversicherung einer Meinung sind, ist klar. Es gibt nur zwei Wege zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung: entweder sofortige Beitragserhöhung oder allgemeiner Leistungsabbau. Wer den allgemeinen Leistungsabbau nicht will — und die Gewerkschaften sowie die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wollen ihn nicht —, der muß für Beitragserhöhung eintreten; denn die Erhöhung muß bald erfolgen und nicht erst im Herbst, da nur während des Sommers die Möglichkeit besteht, finanzielle Reserven für den Winter anzusammeln. Wenn die Erhöhung nicht sofort erfolgt, dann muß die Reichsanstalt ohne Reserven in den kommenden Winter gehen und dann muß das Reich mit neuen Darlehen einspringen. Ein neues Gesetz über den Bankrott der Arbeitslosenversicherung wird sich alsdann erheben. Übermals wird ein scharfer Kampf für und gegen die Arbeitslosenversicherung entbrennen, der die Durchführung wirklich notwendiger Verbesserungen nur erschwert. Wer jetzt die Beitragserhöhung verhindert, trägt die Verantwortung für die Schwierigkeiten, die ohne rechtzeitige Sanierung im Herbst für die Reichsfinanzen entstehen müssen.

Man wird das Gefühl nicht los, daß gewisse Kreise eben deshalb die Erhöhung der Beiträge zu hinterziehen versuchen, weil sie Schwierigkeiten im Herbst herbeiwünschen, um dann unter dem Druck einer neuen Psychose den Abbau der Versicherung und den Leistungsabbau zu erzwingen. Denn niemand im Lager der Gegner der Arbeitslosenversicherung ist so dumm, sich einzubilden, daß die Beseitigung der sogenannten Mißstände irgend etwas Wesentliches in der Finanzbelastung ändert. Gewerkschaften und Partei werden sich einem Leistungsabbau mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenstemmen. Gewerkschaften und Partei verlangen, daß jetzt sofort auf dem Wege der von ihnen gemachten Sanierungsvorschläge Hilfe geschaffen wird.

Lohnkonflikt im Expeditionsgewerbe. Die Spediteure lehnen jede Lohnverhandlung glatt ab.

Im Berliner Expeditionsgewerbe ist durch die Halsstarrigkeit der Expeditionsunternehmer ein erster Konflikt heraufbeschworen worden. Von der Ortsverwaltung des Deutschen Berkehrsbundes war das im April v. J. abgeschlossene Lohnabkommen zum 30. Juni gekündigt und eine Lohnerrhöhung von 20 Proz. gefordert worden. Der „Lokalverband Berliner Spediteure“ hat der Organisation gestern in einem Schreiben mitgeteilt, daß er jede Verhandlung über die Lohnforderungen der Arbeiter ablehne, da nach der Auffassung der Unternehmer die Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse seit dem Tarifabschluß im vorigen Jahre eine Lohnerrhöhung nicht rechtfertige, im übrigen aber auch jede Lohnverbesserung infolge der ungünstigen Lage im Expeditionsgewerbe untragbar sei.

Bedeutet schon die Ablehnung jeder Lohnverhandlung überhaupt eine unerhörte Propagation der Arbeiter, so ist die Begründung der Ablehnung geradezu lächerlich. Viele Expeditionsfirmen be-

treiben nebenher noch das Möbeltransport- oder Schwerfuhrergewerbe und müssen den in diesen Zweigen ihres Unternehmens beschäftigten Arbeitern die höheren Löhne des Möbeltransport- bzw. Lohnfuhrertarifs zahlen, woran sie auch nicht zugrunde gehen. Für das Möbeltransport- und Schwerfuhrergewerbe sind die Löhne erst kürzlich erhöht worden, obwohl die Lage in diesen Gewerben die gleiche ist wie im Expeditionsgewerbe. Die Expeditionsunternehmer können wohl, aber wollen eben nicht die Löhne ihrer Arbeiter verbessern.

Wenn es nicht in den Schlichtungsverhandlungen, die die Organisation jetzt beantragen wird, zu einer Verständigung kommt, ist jedenfalls mit einem offenen Konflikt im Berliner Expeditionsgewerbe zu rechnen.

Verbandstag der Sattler.

Ausbau der Unterstüßungseinrichtungen beschlossen.

Dresden, 6. Juni. (Eigenbericht.)

Der Verbandstag der Sattler, Tapezierer und Portefeuller beschäftigte sich am Donnerstag mit den Statutenänderungen und Anträgen. Oden-Berlin gab den Bericht der Kommission, die zur Ueberprüfung der eingereichten Änderungsanträge eingesetzt worden war. Insgesamt kamen über 90 Anträge aus dem Lande zur Entscheidung. Die Debatte füllte den ganzen Tag aus. Es beteiligten sich an ihr nicht weniger als 25 Redner. Die Abstimmungen entsprachen meist den Anträgen der Kommission. An wichtigeren Beschlüssen sind zu erwähnen, daß der Verbandstag den erweiterten Vorstand ermächtigte, im Laufe der nächsten Geschäftsperiode eine neue Beitragsklasse mit einem Wochenbeitrag von 1,40 M. einzuführen und dementsprechend auch höhere Unterstüßungssätze anzusetzen. Die Zuschüsse an Streikende oder Gemahregelte sollen vom siebenten Tage des Streiks bzw. der Maßregelung an gezahlt und die Höhe der Streikunterstützung um 10 Proz. erhöht werden. Die Kinderzulage wird erhöht. Die Karenzzeit für den Erkrankungsfall wird um sechs Tage verkürzt und damit auf zwölf Arbeitstage festgesetzt. Weitere Beschlüsse beziehen sich auf die Einrichtung der Urabstimmung im Verband und andere organisatorische Fragen.

Bundestag der Reichssteuerbeamten.

Steinkopf für den Zusammenschluß der Beamten.

Auf dem Bundestag der Reichssteuerbeamten in Königsberg hat der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Steinkopf die Bildung einer Einheitsfront der Beamenschaft gefordert. Die von Tag zu Tag stärker werdende Bedrohung des Berufsbeamtentums, so führte Steinkopf aus, mache eine solche Einheitsfront zum Gebot der Stunde. Der Zusammenschluß schaffe auch alle unliebsamen Differenzen zwischen parteigefühllosen Beamten im Deutschen Beamtenbund und im Allgemeinen Deutschen Beamtenbund aus der Welt.

Kein Koalitionsrecht für Eingeborene? Unternehmer und Regierungen dagegen.

Genf, 6. Juni. (Eigenbericht.)

Der zuständige Ausschuß der Arbeitskonferenz lehnte am Donnerstag nach lebhafter Debatte den Antrag der Arbeiter auf Gewährung der Koalitionsfreiheit der eingeborenen Arbeiter mit den Stimmen der Regierungsvertreter und Arbeitgeber ab. Das Schicksal des Antrags in der Vollversammlung ist damit besiegelt.

Land- und Industriearbeiter gehören zusammen

Der Verbandstag der freigewerkschaftlich organisierten Landarbeiter in Kiel beendete am Donnerstag seine Verhandlungen. In der Aussprache über die Lohnpolitik kam auf der Tagesordnung die Zustimmung zu den Vorschlägen der Verbandsleitung zum Ausdruck. Mit besonderem Nachdruck wurde von den Delegierten hervorgehoben, wie sehr die Rückständigkeit der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Landwirtschaft den Arbeitsämtern die Ueberführung großstädtischer Arbeiter aufs Land erschwert. Von verschiedenen Seiten wurde in der Debatte die Forderung an die Regierungen erhoben, die Gewährung von Staatssubventionen an die Landwirtschaft nur dann zuzustimmen, wenn sich die Landwirte zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse verpflichten. An Beispielen wurde wiederholt der Nachweis geführt, daß die Spanne zwischen Industriearbeiter- und Landarbeiterlohn nicht kleiner, sondern größer geworden ist. Auch die Lohnpolitik in den Staatsforstbetrieben wurde scharf kritisiert.

Die Anträge zur Lohnpolitik, soweit sie dem Verbandsparlament als Material überliefert wurden, fordern: allmähliche Beseitigung der Deputatenlohnung, Neuregelung des Urlaubs für die Staatsforstarbeiter in Preußen, Prüfung der Frage der Sozialzuschläge in den Staatsforstbetrieben, Betrauung der arbeitslosen Arbeitergerichte und nicht der bisherigen Schlichtungsstellen mit den Differenzen aus dem Arbeitsverhältnis. Für die jugendlichen Landarbeiter verlangt ein Antrag Erhebung des Lohnausfalls infolge des Besuchs der Fortbildungsschule. In einer Entschließung protestiert der Verbandstag scharf gegen die Absicht des preussischen Finanzministeriums, keine weiteren größeren Geldmittel zur Verbesserung der Wohnungen der Landarbeiter auf den Staatsdomänen bereitzustellen, und in einer zweiten gegen die Bestrebungen weiter Unternehmerkreise auf Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung.

Die zum Statut vorliegenden Anträge wurden sämtlich nach den Vorschlägen der Statutenkommission erledigt. Von Bedeutung

ZIGARILLOS
Qualitätserzeugnisse von hervorragendem Geschmack
Gesundes und billiges Rauchen!

KLTRÖSTERIN 53
FUMARILLOS 63
STUMPEN 63
AVICULA 63
LILIPUT 73
FUMARILLOS 50 83
SCHALK 83
STUMPEN GELB 83
KLEINE L&W 83
FUMARILLOS 103
PIKANT 103
SELIM 123
STUMPEN GELB-83
PIKANT-103
FUMARILLOS 60-63
KLTRÖSTERIN-53

LOESER & WOLFF

